



# Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Die Nationenwerdung der Slowakei und ihr Weg zur  
Eigenstaatlichkeit“

Verfasser

Stastny Ronald

Abgestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 10. Februar 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaften

Betreuer:

Univ.- Doz. Dr. Johann Wimmer



## ***Danksagung***

***Diese Arbeit ist meiner Familie gewidmet, meinen Eltern, die mir das Studium ermöglicht haben und meiner Schwester, die mir das ganze Studium beigestanden war.***

***Ein besonderer Dank gebührt Dr. Johann Wimmer, einen besseren Mentor kann man sich nicht wünschen.***

***Pre teba maminka....***



## **Gliederung**

<b>A.</b>	<b>Begriff der Nation und des Nation- Building .....</b>	<b>8</b>
1.	Vorwort .....	8
2.	Begriffsbestimmung .....	9
a.	Nationalismus .....	9
b.	Nation .....	10
aa.	Nationenbildung .....	11
bb.	Nationalstaat .....	11
cc.	Nationalbewusstsein .....	11
c.	Emanzipation .....	12
3.	Zusammenfassung .....	12
<b>B.</b>	<b>Nationenwerdung bis zum Ende des II. Weltkriegs .....</b>	<b>12</b>
1.	Einleitung .....	12
2.	Die slowakische Nationalbewegung bis 1918 .....	13
a.	Frühgeschichte der Slowakei .....	13
b.	Slowakische Widergeburt .....	14
c.	Magyarisierung .....	17
d.	Aufbegehren der Slowaken .....	19
aa.	Rückschläge .....	21
bb.	Erfolge .....	22
e.	Magyarisierung in der Ausgleichsepoche .....	22
aa.	Kulturelle Situation .....	23
bb.	politische Situation .....	25
3.	Die Slowakei in der Ersten Republik .....	26
a.	Autonomiebestrebungen .....	29
b.	Das Ende der Ersten Republik .....	31
4.	Der „Schutzstaat Slowakei“ .....	33
a.	Das Regime Tiso .....	34
b.	Das Ende der Republik .....	35
<b>C.</b>	<b>Die sozialistische Ära der ČSSR .....</b>	<b>37</b>

1. Einleitung .....	37
2. Machtkämpfe in der Anfangsphase der Tschechoslowakei .....	38
a. Exilregierung unter Beneš .....	38
b. Die politischen Kräfte in der Slowakei .....	41
c. Die Verhandlungen und der Wiederaufbau der ČSR .....	44
3. Die Konsolidierung der Sozialistischen Republik.....	46
a. Unterwerfung der Slowaken.....	47
b. Slowakisches Ausbegehren.....	51
4. Der „Prager Frühling“ und seine Folgen.....	54
a. „Der Prager Frühling“ .....	54
b. Die Folgen des „Prager Frühlings“ .....	58
5. Der Zusammenbruch der ČSSR .....	60
a. Reformansätze .....	62
b. Die „sanfte Revolution“ .....	63
 <b>D. Die Sezession .....</b>	<b>66</b>
1. Einleitung .....	66
2. Die Transformationsperiode der Tschechoslowakei .....	66
a. Der Vorrang des Politischen.....	67
b. Nationale Konflikte .....	68
aa. Gedankenstreich –Diskussion.....	69
bb. Wirtschaftliche Transformation.....	72
c. Vorboten der Sezession .....	73
3. Die Sezession .....	78
4. Entwicklung der unabhängigen Slowakischen Republik .....	81
a. Geopolitisches System der Slowakei .....	82
b. Die Ära Mečiar .....	82
aa. Konfliktherde .....	84
c. „Intermezzo“ der Opposition.....	86
d. Fortsetzung der Ära Mečiar.....	87
e. Die Ära Dzurinda .....	89

<b>E.</b>	<b>Ausblick auf Gegenwart und Zukunft der Slowakei.....</b>	<b>95</b>
<b>F.</b>	<b>Resümee .....</b>	<b>106</b>
<b>G.</b>	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>108</b>
<b>H.</b>	<b>Anhang.....</b>	<b>112</b>
	1. Abstract .....	112
	2. Lebenslauf .....	114

## ***A. Begriff der Nation und des Nation- Building***

### **1. Vorwort**

„Erprobt und geprüft, aber niemals gebrochen in langen Jahrhunderten der Not; ein bescheidenes und einfaches Volk, klug, seinem Boden und seinen Traditionen verbunden, wie es in seiner Poesie, in seiner Musik und in der Farbigkeit einer reichen Folklore zum Ausdruck kommt; ein Volk, so fest und beharrlich wie die Berge der Tatra, so heiter und optimistisch wie die grüne Weite ihrer Täler und Wälder; ein Volk, vor allem, eng verbunden den Werten der europäischen Kultur...“<sup>1</sup>

Wer ist dieses Volk, diese Nation, über die Erzbischof Giovanni Cappa, Botschafter des Vatikans bei seiner Akkreditierung am 3. Januar 1993 so sprach?

Nach dem Ende der bipolaren Nachkriegsordnung infolge des Zerfalls des ehemaligen Ostblocks, ist die Landkarte Europas in den darauf folgenden Jahren fortwährenden Veränderungen unterworfen gewesen. Dies, weil in den Staaten des ehemaligen Ostblocks die jahrzehntelange Periode der kommunistischen Herrschaft ihr Ende gefunden hat und im Zuge der neu gewonnen Freiheit, zahlreiche Autonomie- und Sezessionsbestrebungen, ehemals gemeinsame Staatengebilde, konkrete Formen angenommen haben. Ein Beispiel hierfür stellt die Auflösung der Tschechoslowakei und die Konstituierung des unabhängigen Staates „Slowakische Republik“ am 1. Januar 1993 dar.

Die vorliegende Diplomarbeit hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Nationenwerdung des slowakischen Volkes und der Entstehung seines Staates zu untersuchen. Dabei soll versucht werden, überblicksmäßig die besagten Vorgänge historisch aufzuarbeiten. Der Schwerpunkt der Arbeit konzentriert sich hierbei auf diejenigen Epochen des slowakischen Volkes, in denen das nationale Bewusstsein allmählich erwachte, sowie den beschwerlichen Weg von der Gründung eines gemeinsamen Staates mit dem „Brudervolk“, nämlich den Tschechen bis hin zur Unabhängigkeit und Errichtung einer bis heute existierenden „Slowakischen Republik“.

In der Einführung soll versucht werden, den Begriff der Nationenwerdung näher zu bestimmen, wozu auch dazugehört, sich mit dem komplexen Thema der Nation und der damit im Zusammenhang stehenden Begriffe, wie Nationalbewusstsein, Nationalismus,

---

<sup>1</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S 10



Emanzipation und Nationalstaat auseinanderzusetzen.

Obgleich die nachfolgenden Ausführungen den Versuch darstellen, eine einigermaßen vollständige Begriffsbestimmung aufzustellen, so erheben sie keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit.

## **2. Begriffsbestimmung**

### ***a. Nationalismus***

„Nicht Nationen sind es, die Staaten und Nationalismen hervorbringen, sondern umgekehrt.“<sup>2</sup> Demnach kann man die These aufstellen, dass sich eine Nation nicht ohne Nationalismus entwickeln kann. Nur, was versteht man unter diesem in der Politik geläufigen theoretischen Konstrukt?

In der Wissenschaft gibt es zwei Grundrichtungen, die den Ursprung des Nationalismus unterschiedlich verorten. Bei der ersteren gilt die Ideologie des Nationalismus als ein Phänomen der Moderne, die im 18. Jahrhundert weitgehend unbekannt, sich erst durch die Ideen der Französischen Revolution allmählich zum heutigen Verständnis entwickelte. Die zweite Grundrichtung geht von einem präordialen Nationalismus aus und sieht ihn als eine Erscheinung des uranfänglichen Zusammengehörigkeitsgefühls.

Bei der schwierigen Suche nach einer befriedigenden Antwort erscheinen in der Literatur die Definitionen von Gellner und Hobsbawm von Bedeutung. Nach deren Aussage ist Nationalismus „in erster Linie ein Prinzip, das besagt, dass die politische und nationale Einheit kongruent sein sollte“. Eine weitere Definition der Brockhaus-Enzyklopädie lautet: „eine Ideologie, die auf der Grundlage eines bestimmten Nationalbewusstseins den Gedanken der Nation und des Nationalstaates militant nach innen und außen vertritt“.<sup>3</sup> Auch Eugen Lemberg schließt in seine Definition von Nationalismus den gemeinsamen Staat mit ein, indem er diesen definiert als „ein System von Vorstellungen, Wertungen und Normen, ein Welt- und Gesellschaftsbild, das einer sozialen Großgruppe ihre Zusammengehörigkeit bewusst macht und dieser Zusammengehörigkeit einen besonderen Wert zuschreibt...“ und welches sich auszeichnet durch die „...Gleichheit der Sprache, der Abstammung, des Charakters, der

---

<sup>2</sup> Hobsbawm Eric: Nationen und Nationalismus- Mythos und Realität seit 1780. S. 21

<sup>3</sup> Brockhaus – Enzyklopädie. Bd. 15. S. 351 f.

Kultur oder der Unterstellung unter eine gemeinsame Staatsgewalt“<sup>4</sup>

Diese Liste der Definitionen ließe sich noch fortsetzen, da in der Nationalismus-Forschung die genaue Bedeutung des Begriffs immer noch umstritten ist.

### ***b. Nation***

Ein Baustein, der den Nationalismus hervorbringt, ist wie gesagt die Nation. Laut James Kellas ist eine Nation „eine Gruppe von Menschen, die sich als Gemeinschaft begreift, verbunden durch eine gemeinsame Geschichte, Kultur und Herkunft.“<sup>5</sup> Eine sogenannte „Ethnische Nation“ wird daraus dann, wenn die Nation sich aus einer ethnischen Gruppe zusammensetzt.

Die Nation ist gemäß der Definition der Brockhaus- Enzyklopädie ein „Begriff der politischen und sozialen Sprache, der international im historischen und politischen, aber auch im kulturphilosophischen und staatsrechtlichen Denken der beiden letzten Jahrhunderte den Rahmen bezeichnet, innerhalb dessen sich Menschen neben kultureller Eigenständigkeit vor allem politische Selbständigkeit unter Verweis auf eine gemeinsame Geschichte, Tradition und Kultur, Sprache zumessen. Die politische Zielsetzung drückt sich dabei vor allem in der Tendenz aus, Nation und Staat zur Deckung zu bringen.“<sup>6</sup>

Eine politische Definition des Begriffs „Nation“ erfolgt auch seitens von Heller, der meint: „Zur Nation wird das Kulturvolk, das an sich politisch amorph ist, dadurch, dass es sein Zusammengehörigkeitsbewusstsein zu einem politischen Zusammenhang bezieht“.<sup>7</sup>

Hierin manifestiert sich eine der zahlreichen Definitionen, die sich politik- oder sozialwissenschaftlich, staatsphilosophisch oder völkerrechtlich deuten lassen. Ursprünglich aus dem Lateinischen und eine Gemeinschaft von Menschen gleicher Herkunft bedeutend, gewann der Begriff „Nation“ im 16. Jahrhundert in Frankreich wieder an Bedeutung und kann ab dem 18. Jahrhundert mit der Französischen Revolution allgemein mit der Gesamtheit und Souveränität des Staatsvolkes gleichgesetzt werden. Heute ist die Nation gleichsam die natürliche Maßeinheit für die politische Ordnung, wenngleich es wohl heute keinen Staat in Europa gibt, der mit der Zuordnung von Nationen keine Probleme hätte, wie das Beispiel Tschechoslowakei

---

<sup>4</sup> Lemberg Eugen in Alter Peter: Nationalismus. S. 14

<sup>5</sup> Kellas James G.: The Politics of Nationalism and Ethnicity. S. 2

<sup>6</sup> Brockhaus – Enzyklopädie. Bd. 15. S. 344 ff.

<sup>7</sup> Heller Hermann in: Heckmann Friedrich: Ethnische Minderheiten, Volk und Nation- Soziologie inter-ethnischer Beziehungen. S. 52

eindrucksvoll gezeigt hat.

#### *aa. Nationenbildung*

Die Nationenbildung, englisch auch „Nation- building“ genannt, beschreibt Hroch in folgender Weise: „Der Vorgang der Nationenbildung, der letztlich zur Herausbildung eines Nationalstaates führt, verläuft als langwieriger Integrationsprozess. Er wird zunächst von Minderheiten getragen, welche über nationales Gedankengut versuchen, die Nation in ihrer Gesamtheit für ihre Idee eines Nationalstaates zu gewinnen.“<sup>8</sup>

Mit Nation- building im weiteren Sinne wird somit ein sozio- politischer Prozess gemeint, in dessen Verlauf sich eine Gemeinschaft mit verbindenden Identitätsmerkmalen auf dem Gebiet der Kultur, Sprache und ethnischer Prägung herausbildet und in der Regel zur Schaffung eines Nationalstaats führt. Damit einher geht die Etablierung von nationalen Symbolen, wie der Nationalflagge-, Hymne etc. Auf besagten Vorgang soll innerhalb dieser Arbeit dezidiert eingegangen werden.

#### *bb. Nationalstaat*

Den Nationalstaat definiert die Brockhaus- Enzyklopädie folgend: „ein Staat, dessen Staatsangehörige im Gegensatz zum Nationalitätenstaat alle oder in ihrer überwiegenden Mehrheit Angehörige ein und derselben Nation sind. Im Nationalstaat besteht eine weitgehende Identität von Staatsvolk und Nation. Politische Grundlage jedes Nationalstaats ist das Zusammengehörigkeitsbewusstsein der Nation und der politische Wille, die Eigenart der Nation in einem eigenen und selbständigen Staat zu verwirklichen.“<sup>9</sup>

#### *cc. Nationalbewusstsein*

Jeder Nation eigen ist auch ein Bewusstsein der eigenen Identität, das sogenannte „Nationalbewusstsein“.

Laut Brockhaus- Enzyklopädie ist das Nationalbewusstsein, „das Bewusstsein, eines einzelnen oder einer Gruppe, einer bestimmten Nation anzugehören; dabei können objektiv gegebene Faktoren (z.B. gemeinsame Abstammung, Sprache, Religion, Kultur

---

<sup>8</sup> Hroch Miroslav in: Kellas James G.: The Politics of Nationalism and Ethnicity. S. 79

<sup>9</sup> Brockhaus – Enzyklopädie. Bd. 15. S. 363

und Geschichte) oder subjektiv- gedankliche Orientierungen (z. B. übereinstimmende Weltbilder, Rechts-, Staats- und Gesellschaftsauffassungen) bestimmend sein.<sup>10</sup>

### ***c. Emanzipation***

Immanuel Kant verstand unter Emanzipation Aufklärung und definierte demnach diese als das Streben eines Menschen, „aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit herauszukommen“. Unmündigkeit im Sinne von Kant, ist dabei als die gesellschaftliche und institutionelle Fremdbestimmung zu verstehen, die es zu erkennen und aus der es sich zu befreien gilt, um die Selbstbestimmung zu erlangen.

Dieses Streben nach Emanzipation haben viele Menschen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks jahrzehntelang durchlebt, bis mit dem „Fall des Eisernen Vorhangs“ die Emanzipation sich manifestiert hat.

Der politische Emanzipationsprozess allerdings, das bedeutet die Befreiung von Gruppen, die aufgrund ihrer Ethnizität von politischen Entscheidungsprozessen mitunter ausgeschlossen waren, entlud sich in vielen osteuropäischen Staaten, so auch in der Tschechoslowakei, namentlich bei der slowakischen Bevölkerung.

### ***3. Zusammenfassung***

Das Ziel dieser Arbeit ist es, besagte Vorgänge aufzuzeigen, das bedeutet, die Formierung einer zunächst nur durch eine gemeinsame Herkunft und Sprache verbundenen ethnischen Minderheit innerhalb des Habsburgerreiches, die sich allmählich über Kultur zu identifizieren begann und eine politische Emanzipation vollzog, die schlussendlich in der Herausbildung eines eigenen Nationalstaates mündete.

## ***B. Nationenwerdung bis zum Ende des II. Weltkriegs***

### ***1. Einleitung***

---

<sup>10</sup> Brockhaus – Enzyklopädie. Bd. 23. S. 347 f.

Das erste Kapitel meiner Diplomarbeit, soll wie der Titel schon sagt, „Die Nationenwerdung der Slowakei bis zum Ende des II. Weltkrieges“ behandeln. Hierzu will ich versuchen den Begriff der Nation und des „Nation- building“ darzulegen um im Anschluss, dieses Kapitel in drei Punkte zu unterteilen, die jeweils eine Zäsur in der Geschichte der Slowaken darstellen. Angefangen gegen Ende des 18. Jahrhunderts, als sich erste Zeichen einer slowakischen Nationenbildung abzeichneten, über die Entstehung eines tschechoslowakischen Staates als unmittelbare Folge der Nachkriegsordnung des I. Weltkrieges, bis hin zur Konstituierung der ersten Slowakischen Republik von Hitlers Gnaden im Jahre 1939 und ihrem Ende.

## **2. Die slowakische Nationalbewegung bis 1918**

### ***a. Frühgeschichte der Slowakei***

Um die Entwicklung der slowakischen Nationalbewegung, deren Anfänge gegen Ende des 18. Jahrhunderts sich lokalisieren lassen, besser zu verstehen, will ich einen kurzen Überblick über die Situation und die sich daraus für die Entwicklung dieses Volkes ergebenden Probleme vermitteln. Die Slowaken, die heutigen Bewohner der Slowakei, leiten ihre ethnische Abstammung von den slawischen Stämmen ab, die im 5. Jahrhundert das Territorium der heutigen Slowakei besiedelten und im 9. Jahrhundert ein Großmährisches Reich geschaffen haben. Ende des 9. Jahrhunderts fand die slowakische Sprache durch das Eindringen der ungarischen Nomadenstämme und des Fränkischen Reiches ein jähes Ende und die „Slowakei“ wurde zwischen dem 10. und 12. Jahrhundert allmählich zum festen Bestandteil des Ungarischen Königreichs.<sup>11</sup> Im Laufe des 12. bis 15. Jahrhunderts formierte sich das slowakische Ethnikon, das sich sprachlich von den anderen slawischen Volksstämmen abhob. Trotz der Bewahrung einer Volkssprache und des Bewusstseins „slowakisch“ zu sprechen, kam es unter den im ungarischen Reich,- das wiederum seit 1526 der Habsburgermonarchie gehörte und demzufolge auch „Bergland“ oder „bergisches Ungarn“ genannt wurde-, lebenden Slowaken, aber nur im Ansatz zur Ausbildung eines eigenen Geschichtsbewusstseins, eigenständiger Traditionen und geistig- kultureller Strömungen.<sup>12</sup>

---

<sup>11</sup> Rasek Marion: Das Nationale Erwachen und die Nationwerdung der Slowakei. S. 43

<sup>12</sup> Wensauer Caroline- Robertson: Slowakei: Gesellschaft im Aufbruch. S. 53

Die Gründe hierfür liegen darin, dass das slowakische Volkstum, Jahrhunderte lang nicht nur von der ungarischen, sondern auch der deutschen Seite dominiert wurde. Das gipfelte in der Wahl der Habsburger, Bratislava zwischen 1531 und 1783 zur Hauptstadt Ungarns und damit zum Zentrum des politischen und kulturellen Lebens des Habsburgerreiches zu machen, so dass dort auch zahlreiche Herrscher dieser Dynastie die Königskrönung erhielten.

Zwar ließ der Protestantismus gegen Ende des 16. Jahrhunderts das geistige Leben der Slowakei aufleben und sogar ein eigenes slowakisches Schulwesen entstehen.

Obwohl sich die Slowaken von den Ungarn aber durch Sprache und Herkunft deutlich unterschieden, wurde ihnen von der ungarischen Krone niemals der politische, verfassungsmäßige Status einer eigenen Nation, wie bei anderen Völkern des Reiches, zugestanden, vielmehr hatten die Slowaken weder einen eigenen Landtag, noch einen eigenen Adel, der seine Interessen hätte wahrnehmen können.<sup>13</sup> Dies, nicht nur weil sich der eigentlich slowakische Adel zur „natio hungarica“ zählte, sondern seit dem Aufstand des unzufriedenen ungarischen Adels und seinem Kampf gegen das Haus Habsburg, sich die ungarische Majorität im Reich bemerkbar machte und seit dem 18. Jahrhundert mehr und mehr zum Nationalitätsprinzip bekannte. Insofern sah sich das slowakische Volk gegen Ende des 18. Jahrhunderts in ihre Existenz bedrohende intellektuelle und politische Kämpfe, verwickelt.

### ***b. Slowakische Wiedergeburt***

Die slowakische Wiedergeburt ist eng verknüpft mit dem Regierungsantritt von Kaiser Joseph II. und seinem im Jahre 1781 erlassenen Toleranzedikt. Dies, weil von jenem die unterdrückte lutherische Kirche Oberungarns profitierte und im Zuge ihres Aufblühens eine Reihe großer Persönlichkeiten aus dem slowakischen Volk hervorbrachte. Der Grund hierfür dürfte auch in der von Joseph II. begonnenen Bauerbefreiung zu finden sein, die vielen Slowaken neue Berufsaussichten und soziale Aufstiegsmöglichkeiten gebracht hat.

Einen weiteren Faktor bei dieser Entwicklung spielen die Zentralisierungstendenzen und mit ihr einhergehend die einheitliche Verwaltung des Habsburgerreiches. Mit der Einführung des Deutschen als Amtssprache, wurden damit in Ungarn heftige Abwehrreaktionen initiiert und somit auch letztendlich die Bestrebungen der Magyaren,

---

<sup>13</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 46

Ungarisch als Amtssprache auch im von Slowaken bewohnten nördlichen Ungarn, durchzusetzen. Joseph II. bestimmte jedoch, dass die Kinder seines Reiches eine Schulbildung in ihrer Muttersprache erhalten sollten, was insofern ein Problem darstellte, als es zu dieser Zeit noch keine slowakische Schriftsprache gegeben hat. Die Oberschicht, respektive der Adel bedienten sich nämlich des lateinischen, deutschen oder vorwiegend ungarischen, während das gemeine Volk, je nach Region, eine unterschiedliche Mundart verwendete.

Erst dieser deutschbetonte Zentralismus von Joseph II., sowie der aufbegehrende Magyarismus weckte einerseits bei der kleinen, zumeist den Protestanten zugehörenden slowakischen Intelligenzschicht die Bemühungen, das eigene Kulturleben selbständig zu artikulieren und sich dabei der Unterstützung des nationalbewußteren Tschechentums zu bedienen, andererseits gebührt der entscheidende Impuls hierfür den katholischen Geistlichen.

Am Beginn der „Slowakischen Wiedergeburt“ steht nämlich eine Persönlichkeit, die ihre Zeitgenossen an Erfindungsgeist und nationalem Eifer bei weitem überragte, nämlich der am Priesterseminar in Bratislava tätige katholische Geistliche und Lehrer Anton Bernolák, der sich zusammen mit ein paar Kollegen für ein Idiom entschied, das in der Westslowakei verbreitet war und das sie gemeinsam zu einer Hochsprache erarbeiteten. Es war Bernoláks entscheidende Tat, die Sprache als Merkmal nationaler Identität des slowakischen Volkes entdeckt zu haben, indem er die erste slowakische Schriftsprache bereits 1787 mittels eines sechsbändigen Wörterbuchs kodifizierte.<sup>14</sup> Obwohl er mit seinen Freunden im Jahre 1792 die „Slowakische Gelehrte Gesellschaft“ gegründet und mit über 500 Mitgliedern die neue Schriftnorm verbreitet hatte, setzte sich diese vorwiegend nur unter den Katholiken durch, nicht hingegen im ganzen Lande.

Dafür gibt es vor allem zwei Gründe, einerseits nämlich die Tatsache, dass sich die Sprachschöpfung auf einen im Westen der Slowakei gesprochenen Dialekt stützte und so fast wie eine Fremdsprache auf die Bevölkerung der zentralen und östlichen Landesteile wirkte und folgerichtig dort schwer zu vermitteln war.

Andererseits scheiterte die Durchsetzung des Konzepts an der Intervention der Protestanten. An der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert bildeten sich nämlich zwei unterschiedliche Konzepte der slowakischen nationalen Wiedergeburt heraus. Vertrat das katholische Lager, repräsentiert durch Bernolák, die Ansicht, das slowakische Volk

---

<sup>14</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 48

müsse als ein selbständiger slawischer Volksstamm angesehen werden, stützte sich die protestantische Intelligenz zunächst auf das Konzept von Ján Kollár, demzufolge das slowakische Volk nur einen Bestandteil des tschechisch- slowakischen slawischen Stammes bilde.<sup>15</sup> Die Protestanten hielten am Tschechisch der Kralice- Bibel fest und suchten es als Verständigungsmittel aller Slowaken durchzusetzen, da die Lösung von Bernolák als ein „Bauernjargon“ diffamiert und die Verschmelzung des kleinen und schwachen slowakischen Volkes mit dem stärkeren tschechischen, angesichts des Erwachens Magyarischen Nationalbewusstseins, geboten erscheine.

Bei den Slowaken, die sich bis dato stets als ein integraler Bestandteil Ungarns gesehen hatten, erreichte die von Jozef Šafarik und Ján Kollár vertretene Auffassung, dass ein in früherer Zeit vereintes, quasi tschechoslowakisches Volk ein Großmährisches Reich errichtet habe und dieses erst durch fremden Einfluss entzweit worden sei, eine recht hohe Popularität. Letzterem kommt in den 1820er Jahren sogar der Verdienst zu, dass er einen Gedanken der nationalen, sprachlichen und literarischen Einheit in der Slowakei formte, wenngleich unter der Prämisse, die Slowaken seien lediglich ein Teil des tschechisch- slowakischen Stammes. Mit der Belebung dieser Tradition entstand ein Gefühl des „Slawentums“.

Gleichwohl konnte sich die „Tschechoslowakische Idee“ aufgrund des drohenden Widerstandes der Ungarn und des Beharrens der Tschechen auf ihrer Kultur nicht durchsetzen. Überdies fehlte, von dieser kurzen Periode abgesehen, der nationalen Emanzipation der Slowaken und somit der ganzen slowakischen Nationalbewegung eine Tradition, die sich auf eine eigene Staatlichkeit hätte stützen können, so dass die Nationenwerdung zum Stillstand kam.

Doch bereits kurz nach dem Tod von Bernolák im Jahre 1813, gab Juraj Pavlovič ein sechsbändiges Wörterbuch nach dessen Regeln aus, welches auf den Regeln von jenem beruhte und die slowakischen Gelehrten nahmen wieder die Bestrebungen auf, das Bewusstsein der Slowaken, eine eigenständige Nation zu sein, zu stärken. Diese Idee vertrat besonders vehement Ľudovít Štúr, ein lutherischer Gelehrter und Erzieher am Lutherischen Lyzeum in Bratislava, der sich mit den Thesen von Ján Kollár und Jozef Šafarik vertraut gemacht hat, dem Studentenclub „Gesellschaft für tschechisch- slowakische Sprache“ beigetreten war, dort in den 1830er Jahren eine führende Rolle erlangt hatte und schließlich die Leitung des Slawischen Instituts in Bratislava übernahm.

---

<sup>15</sup> Rasek Marion: Das Nationale Erwachen und die Nationwerdung der Slowakei. S.47



Von dort aus stärkte er das Selbstbewusstsein der Slowaken, indem er mit seinen Weggefährten Jozef Hurban und Michal Hodža die Erkenntnis verbreitete, die Slowaken seien das ältere, seit Jahrhunderten in dieser Region siedelnde und kultiviertere Volk als die Ungarn, die mit der Einwanderung erst im 9. Jahrhundert begonnen hätten.<sup>16</sup> Štúr betonte auch den zivilisatorischen Charakter der Slowaken auf die halbwilden Ungarn und den Beitrag, den die Slowaken zur Herausbildung der ungarischen Kultur geleistet hätten, was naturgemäß bei der slowakischen Bevölkerung und insbesondere bei der aktiven evangelischen Jugend, die sich um das Zentrum Lyzeum gebildet hatte, für Begeisterung gesorgt hat. Dieser Umstand sollte die Verbreitung der von Štúr im Jahre 1843 einheitlich kodifizierten slowakischen Schriftsprache erheblich erleichtern, zumal dieser einen in der mittleren Slowakei gesprochenen Dialekt wählte, der dem slowakischen Volk eine eigene, von anderen slawischen Idiomen, deutlich unterscheidbare Schriftsprache schenkte. Durch sein Schaffen konnte der Streit um die sprachlichen Differenzen zwischen den katholischen und protestantischen Bevölkerungsteilen behoben werden und dem Gedanken der Eigenständigkeit der Slowaken als selbstständigem Volksstamm, zum Durchbruch verholfen werden. Dieser ist mit der Aufgabe des Barnolákschen Idioms und der Einigung mit den Katholiken auf eine modifizierte Version Štúrs auf das Jahr 1851 zu datieren, so dass die Slowaken Štúr, ihre Literatursprache und ihr Bewusstsein nationaler Identität verdanken. Nicht zuletzt deshalb wird Ľudovít Štúr als die führende Persönlichkeit der nationalen Emanzipation der Slowaken verehrt.

### *c. Magyarisierung*

Als die größte Herausforderung und das gleichzeitig stärkste Hemmnis für die slowakische Nationenwerdung sollte sich aber die ungarische nationale Bewegung, die mit Repressionen einherging und auf die Assimilation der Slowaken abzielte, die sogenannte Magyarisierung, herausstellen.

Die Grundlage für die Entwicklung des magyarischen Nationalismus liegt in der politischen Entwicklung der Habsburger Monarchie begründet und lässt sich in etwa auf den Zeitraum von 1815 bis 1971 eingrenzen. Der ultrakonservative Kaiser Franz I. hat mit seiner Zensur und Polizeigewalt jede gesellschaftliche Veränderung in der

---

<sup>16</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 50

vielsprachigen Habsburger Monarchie zu unterdrücken versucht und wurde dabei vom reaktionären ungarischen Adel unterstützt. Allerdings bereitete genau diese Situation auch den künftigen Nährboden für das ungarische Streben nach Autonomie und nachfolgend die Magyarisierung.

Ungarn existierte unter einer feudal- repräsentativen Konstitution, wobei sich die Magyaren uneins waren, was sie wollten, nämlich einen Verfassungsstaat im Rahmen der österreichischen Monarchie, eine radikale Demokratie oder die Trennung vom Hause Habsburg. Während der Reformier Graf Széchenyi für einen modernen Industriestaat kämpfte, vertrat Lajos Kossuth eine radikalere Richtung und wollte die den Ungarn seit alters zustehenden Rechte den Habsburgern abtrotzen.

In den Jahren 1832 bis 1836 wurden im ungarischen Parlament die Probleme des Feudalsystems diskutiert, im Zuge dessen Lajos Kossuth und seine Anhänger, die Theorie der einheitlichen politischen ungarischen Union formulierten und konsequenterweise diese Forderungen zur Grundlage der Magyarisierung machten.<sup>17</sup>

Da nach den Vorstellungen des romanischen Nationalismus, die Sprache die Identität des Volkes bestimmte, musste sie auch vereinheitlicht werden.

Und so war Kossuth, der dem romanischen Nationalismus anhing, überzeugt, dass die verschiedenen Völker des Königreich Ungarns durch die Annahme der ungarischen Sprache sich wandeln und schließlich in einem gemeinsamen Ungarntum aufgehen würden. Deswegen gerieten sämtliche Bemühungen von Vertretern der nichtungarischen Völker, um den Erhalt der eigenen Sprache und Identität, ins Visier der ungarischen Nationalbewegung.

Einig waren sich nämlich die Ungarn im Nationalismus und dem Willen, die Länder Stephanskrone, in denen sie selbst allerdings nur die Minderheit waren, zu magyarisieren und den Kroaten, Rumänen, Slowaken und Deutschen jener Rechte ganz zu berauben, die sie für sich selber einforderten.<sup>18</sup> Denn die ungarische Nationalbewegung träumte von einem Nationalstaat nach französischem Muster, zu dem sich alle Bürger dieses Vielvölkerstaates zu bekennen hatten. Folglich nahm die Intoleranz gegenüber den anderen Volksgruppen, innerhalb des ungarischen Herrschaftsbereichs in geradezu drastischer Weise zu.

Seit den 1830er Jahren rollte die Magyarisierungswelle durch das ganze Land, da ab diesem Zeitpunkt der ungarische Reichstag zunächst selbst, der lateinischen Sprache den Rücken gekehrt hat und anschließend eine Reihe von Gesetzen verabschiedete, die

---

<sup>17</sup> Sinzinger Marc: Die Transformation und die demokratische Konsolidierung der Slowakei. S. 32

<sup>18</sup> Rasek Marion: Das Nationale Erwachen und die Nationwerdung der Slowakei. S. 56

den Gebrauch der ungarischen Sprache auf allen Ebenen der Gesellschaft etablieren sollte. Zudem wurden alle Inhaber öffentlicher Ämter zwangsverpflichtet, magyarisch zu sprechen und zu schreiben, wollten sie des Rechtes das Amt zu bekleiden nicht verlustig werden. Im Jahre 1844 wurde das Ungarische zur Amtssprache im gesamten Königreich, mit Ausnahme Kroatiens, erhoben, ebenso wie die ungarische Sprache für den Klerus fortan obligat wurde und ihre Einführung an den Schulen zur alleinigen Unterrichtssprache. Wie weit die Magyarisierung ging, zeigt sich auch daran, dass sogar liberale ungarische Printmedien die völlige Magyarisierung aller Völker Ungarns forderten und nur wenige prominenten Ungarn die Slowaken vor diesem Übel verteidigten. Diese Aussagen lassen sich am besten mit den Worten der bereits bekannten Rivalen Széchenyi und Kossuth belegen. Während ersterer meinte, er kenne kaum einen Ungarn, der nicht gegenüber den Geboten der Fairness und Gerechtigkeit taub sei, wenn es um Fragen der ungarischen Sprache und Nationalität gehe, schickte Kossuth an die Hüter der slowakischen Nation die Ansage, die slowakische Nation habe niemals, nicht einmal im Traum existiert.<sup>19</sup>

#### *d. Aufbegehren der Slowaken*

In dieser Zeit der höchsten Bedrängnis, erwachsen dem slowakischen Volk ein paar herausragende Persönlichkeiten, unter deren Führung sie die Nation gegen die Magyarisierungspolitik und ihre Repressionen aufbegehrten.

Die Reaktion der slowakischen Intellektuellen auf die aufkeimende Magyarisierung in den 1930er Jahren war die Belebung des slowakischen Idioms, wobei die die meisten Werke bezeichnenderweise im Ausland veröffentlicht wurden, wenngleich es die Slowaken immerhin gewagt haben, 1834 die „Gesellschaft der Liebhaber der slowakischen Sprache und Literatur“ zu gründen. Angesichts der 1839 bis 1840 erlassenen Magyarisierungsgesetze, setzte sich in der slowakischen Bevölkerung als Abwehrreaktion, allmählich der Gedanke des „Slawismus“ durch. Als die radikalen ungarischen Reformkräfte daran gingen, durch gezielte Aktionen, das Slowakische aus den Kirchen und Schulen zu verdrängen und auch in Levoča, eine literarische Gesellschaft als „Brutstätte des Panslawismus“ verboten, ihre Bibliothek aufgelöst und ihr Vorsitzender, ein Lehrer am Gymnasium entlassen wurde, richteten im Jahre 1842 rund 200 slowakische Pastoren eine Petition an den Kaiser und berichteten von den

---

<sup>19</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 52/53

Repressionen durch die Magyaren.<sup>20</sup> An dem Bechwerdedokument, an dem auch Štúr mitgearbeitet hatte und das nur den Wunsch nach Schutz vor der Magyarisierung verlangte, wurde jedoch abgelehnt.

In dieser Zeit kristallisierte sich Štúr bereits als geistiger Führer des slowakischen Volkes heraus, indem er mittels zahlreicher Veröffentlichungen offen gegen die Magyarisierung kämpfte, die slowakische Sprache kodifizierte und nicht zuletzt deswegen auch 1844 aus dem Lehramt entlassen wurde. Doch noch im selben Jahr gründete er mit Gleichgesinnten die Tatra- Gesellschaft, die Bücher in Štúrs Slowakisch veröffentlichte, 1845 und 1846 kamen mit Genehmigung der Wiener Behörden, weitere Zeitschriften und Bücher heraus, die rasch Verbreitung fanden.

Als die multinationale Habsburger Monarchie, die ja mitten im Herzen Europas lag und sich insofern den geistigen Strömungen, die seit der „französischen Revolution“ durch Europa wanderten, nicht mehr entziehen konnte und 1848 mit der vollen Wucht einer Revolution das gesamtösterreichische Staatswesen aufwühlte, eskalierte auch der Konflikt zwischen Slowaken und Magyaren.

Während das Habsburgerreich von Aufständen erschüttert wurde, schritt Štúr zur politischen Tat, indem er bei Ausbruch der Revolution in Budapest vom März 1848 mit Vertretern anderer slawischer Völker der ungarischen Krone, nach Wien gereist ist, um den österreichischen Hof um Unterstützung gegen die Magyarisierung zu bitten.

Zentrales Ziel von Štúr, war die Erhaltung der slowakischen Nation und so konstituierten sich am 10. Mai 1848 in Liptovský Svätý Mikuláš rund 50 Vertreter der slowakischen Führungsschicht als selbstproklamierte slowakische Nationalversammlung. Damit war das erste repräsentative, politische Organ in der Geschichte des slowakischen Volkes entstanden.

Man verlangte die Föderalisierung Ungarns, die Festlegung der slowakischen Grenzen, einen eigenen Landtag, eine slowakische Nationalgarde, eine Nationalflagge, das allgemeine Wahlrecht und die Gleichberechtigte Vertretung der Slowaken im ungarischen Parlament, so dass diese schriftlich fixierten Forderungen faktisch dem ersten Ausdruck der Slowaken nach Autonomie gleichkamen.<sup>21</sup> Dies, weil sie den Zusammenschluss des slowakischen Staatsgebietes als einer ethnopolitischen Einheit forderten, wenngleich im Rahmen des ungarischen Staates. Darüber hinaus sollte der Gebrauch der Muttersprache in sämtlichen amtlichen Verlautbarungen, vor Gericht und in allen schulischen Institutionen erlaubt sein, wie auch dem zeitgleich verlaufenden

---

<sup>20</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 52

<sup>21</sup> Sinzinger Marc: Die Transformation und die demokratische Konsolidierung der Slowakei. S. 34

sozialrevolutionären Gärungsprozess Rechnung getragen wurde und die Abschaffung der Urbariallasten und die Rückgabe des Bauernlandes durch die Großgrundbesitzer eingefordert wurden. Inhalte übrigens, die in dieser verhältnismäßig moderaten Form, bis 1868 den politischen Zielen der Slowaken entsprachen.

Die besagten Parolen der nationalen Führer fanden einen starken Widerhall im slowakischen Volk, insbesondere aber lösten sie einen Begeisterungsturm unter der notleidenden bäuerlichen Bevölkerung der Slowakei aus, die den Großteil der Population ausmachte.

Der ungarische Adel, der um seine Führungsstellung fürchtete, veranlasste bei der ungarischen Regierung Haftbefehle gegen die betreffenden slowakischen Führer, so dass diese sich gezwungen sahen, nach Wien zu flüchten und von dort aus, nach der Proklamation einer souveränen Slowakei, einen bewaffneten Aufstand gegen die Ungarn zu führen.

Dieser Aufstand ist zwar von der ungarischen Armee niedergeschlagen worden, allerdings erwuchs nach der Unterstützung der kaiserlichen Truppen bei der Niederschlagung der ungarischen Rebellion, neue Hoffnung auf Belohnung und so formulierte die slowakische Führungsschicht im Januar 1849 neue Forderungen an die Wiener Regierung. ,

#### *aa. Rückschläge*

Die Situation für die Petition war jedoch durch die Thronbesteigung von Kaiser Franz Joseph I. und der heraufziehenden Restauration wieder ungünstig geworden und so wurde sie im März nur ungnädig vom Kaiser aufgenommen. Mit absolutistisch-administrativen Mitteln war der Staatsumbau bereits im Gange, Ungarn, das zu einem Kronland degradiert wurde und die germanisierend- zentralistische Bürokratie brachten weder gegenüber den Partikularismen, noch dem Nationalgedanken der Slawen Toleranz auf und die Auffassung der Zentralregierung, das Slowakische sei nur ein Dialekt des Tschechischen, ließen der Petition keine Beachtung zukommen.

Der Enttäuschung durch den Ministerrat in Wien, ob der erwiesenen Loyalität, folgten für die Slowaken weitere Rückschläge bei der Nationenbildung. Zum einen fand sich die Slowakei dem gleichen zentralistischen Regime des Innenministers Bach ausgesetzt, wie die übrigen Provinzen des Reiches auch, was zur Abneigung zum Deutschtum

beitrug. Zum anderen kam es aufgrund des Todes des „Motors“ der slowakischen Nationalbewegung Ludevít Štúr im Jahre 1856 und des geringen Interesses der slowakischen Intelligenz an der geistigen und nationalen Entfaltung in politischen und wirtschaftlichen Fragen, zu einem kurzzeitigen Abebben der slowakischen Nationalaspirationen.

Mit der Lockerung der zentralistischen Politik des Wiener Hofes Anfang der 1860er Jahre und seiner Suche nach einer Alternative für die Politik der Ära Bach, sah die Nationalbewegung wieder eine Möglichkeit, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Unter dem Einsatz von Hurban und Štefan Moyses, lebte der slowakische Nationalgedanke wieder auf und die Slowakische Nationalversammlung im Juni 1861 forderte in einem Memorandum vom Kaiser, ein autonomes slowakisches Kronland einzurichten, die slowakische Amts- und Unterrichtssprache verlangte und die früheren Magyarisierungsmaßnahmen als rechtswidrig verurteilte.

Eine Berücksichtigung der slowakischen Forderungen unterblieb aber, da unter den ungarischen Politikern die Befürchtung wuchs, eine Autonomie der ungarländischen Nationalitäten würde den Bestand des Königreiches gefährden und der Kaiser sich deswegen zur Erfüllung der Forderungen des Memorandums, nicht verbindlich äußern wollte.<sup>22</sup>

Darüber hinaus wussten die Ungarn eine nationale Vertretung der Slowaken im ungarischen Landtag durch Wahlmanipulation zu verhindern.

#### *bb. Erfolge*

Das Drängen der Slowaken brachte aber zumindest kleinere Erfolge. Am 31. Mai 1863 genehmigte der Kaiser den slowakischen Patrioten die Gründung der „Slovenská Matica“, welche die Aufgabe hatte, die slowakische Sprache und Kultur zu verbreiten, slowakische Literatur veröffentlichte, slowakische Geschichtsforschung betrieb und so dazu beitrug, das slowakische Nationalbewusstsein im slowakischen Volk zu stärken.<sup>23</sup> Neben diesem wissenschaftlichen und kulturellen Zentrum, trug der Aufbau weiterer dreier Gymnasien, zweier lutherischer und eines katholischen, in den Jahren von 1862 bis 1869 zusätzlich zur Stärkung der slowakischen Nation bei.

---

<sup>22</sup> Wensauer Caroline- Robertson: Slowakei: Gesellschaft im Aufbruch. S. 57

<sup>23</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 56

### *e. Magyarisierung in der Ausgleichsepoche*

Eine weitere Zäsur in der Entwicklung der slowakischen Nation nimmt die Epoche des „Ausgleichs“ in der Doppelmonarchie ein. War die Periode bis dato von bescheidenen Erfolgen der slowakischen Nationalbewegung gekennzeichnet, so änderte sich das grundlegend im Jahre 1867 mit dem „Ausgleich“, der ohne die Mitwirkung der nicht-magyarischen Nationalitäten, sondern nur zwischen der ungarischen und der österreichischen Seite ausgehandelt wurde. Mit dem Ausgleichsgesetz wurden nämlich zwei gleichberechtigte Reichsteile geschaffen, die mittels eines gemeinsamen Herrschers verbunden waren. Für Ungarn bedeutete die Anerkennung der „Länder der ungarischen Krone“, ein souveränes Königreich, in dessen interne nationale Fragen sich Wien nun nicht mehr einmischte und damit letztendlich den Sieg der Idee eines magyarischen Einheitsstaates.

Die Magyarisierung wurde nun endgültig zur vorherrschenden Staatsidee und zum existenzbedingtem Staatszweck des neuen Ungarn, wobei das slowakische Volksgebiet in den nächsten Jahrzehnten besonders stark unter den erzwungenen Entnationalisierungsbestrebungen der Ungarn zu leiden hatte.

#### *aa. Kulturelle Situation*

Das Mittel zum Zweck bildete das transleithanische Nationalitätengesetz vom Dezember 1868, das nur noch eine „unteilbare einheitliche ungarische Nation“ anerkannte und den Nicht-Magyaren im Geiste der zentralistischen Auffassung, das persönliche Recht zum freien Gebrauch der Muttersprache auf die untersten Verwaltungsebenen, bei den Gerichten und Grund- wie Mittelschulen, zugestand, sowie prinzipiell das Recht zur Vereinsgründung und der kirchlichen Autonomie gewährte und die Gleichberechtigung aller Staatsbürger garantierte.<sup>24</sup> Obwohl die Minderheiten in Ungarn, die zu diesem Zeitpunkt über die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachten, dieses Gesetz erbittert bekämpften, waren sie dem wachsenden kulturellen und sprachlichen Magyarisationsdruck schutzlos ausgeliefert, zumal dieses Gesetz in der Praxis konstant unterlaufen wurde und von den Kroaten abgesehen, die Minderheiten aus dem politischen Leben de facto ausgeschlossen wurden. Ohnehin war der ungarischen Regierung mehr an einem durch Assimilierung

---

<sup>24</sup> Wensauer Caroline- Robertson: Slowakei: Gesellschaft im Aufbruch. S. 57/58

herbeigeführten Einheitsstaat, denn an dem Schutz der Minderheiten gelegen. Hierzu sollten die Staatsymbole, die Magyarisierung von Orts- und Familiennamen und die Durchsetzung der ungarischen Sprache auf allen Ebenen des Staates dienen.

Das 1875 ausgesprochene Verbot der, dank freiwilliger Spenden und Opferbereitschaft von Patrioten, florierenden Kulturorganisation „Matica Slovenská“ und der drei slowakischen Gymnasien, die als „Brutstätten der eigenständig- slowakischen Nationalidee und Propagatoren der gesamtslawischen Bewegung“ diffamiert wurden, verstärkte nur die Magyarenfeindschaft und belebte die panslawische, respektive russophile Einstellung unter der slowakischen Bevölkerung.<sup>25</sup>

Die ungarischen Behörden erkannten die Bildungspolitik als ein wichtiges Instrument zum Erreichen der Magyarisierung und so forcierten ungarische Schulgesetze aus den Jahren 1879, 1883 und 1891 deren Vordringen. Die Ausbildung auf den Universitäten erfolgte ausschließlich in Ungarisch, auch wurde auf den höheren Schulen slowakisch nicht einmal als Nebenfach zugelassen. Ihren Höhepunkt erreichte die Verdrängung der slowakischen Muttersprache mit der Appoyonischen Schulreform von 1907, als im Wege des „Umvolkungsprozesses“ über 200.000 slowakische Schüler rein ungarische Lehranstalten zu besuchen hatten, so dass im Jahre 1917/18 von den 3520 Schulen, nur noch 276 als slowakisch galten.<sup>26</sup>

Weil durch diese Maßnahmen die Berufschancen und Aufstiegsmöglichkeiten nur dann erfolgversprechend waren, wenn man als ein Angehöriger der „natio hungarica“ gewertet wurde, erwies sich die Assimilierung der bürgerlichen Gesellschaft als erfolgreich. Wenngleich mehr als zwei Drittel der Bevölkerung Oberungarns von der Landwirtschaft lebte, so kam es auch hier in den Anfängen der Industrialisierung wegen der Ausbeutung und Magyarisierung, zur politischen und ökonomischen Misere, in deren Verlauf zwischen 1889 und 1914 über 600.000 Slowaken mit der Auswanderung nach Amerika zu entfliehen suchten, so dass die Zahl der nationalbewussten slowakischen Intelligenz des Landes, am Ende des Ersten Weltkriegs nur auf 500 bis 1000 Personen geschätzt wird.<sup>27</sup>

Nur der Großteil der slowakischen bäuerlichen Landbevölkerung widerstand dem Assimilierungsdruck und hielt an Sprache und überkommenen Sitten fest, nicht zuletzt deshalb, weil die Kirchen von Oberungarn die slowakische Sprache in der Liturgie stützten.

---

<sup>25</sup> Hoensch Jörg: Studia Slovaca. S. 7

<sup>26</sup> Ebenda: S. 8

<sup>27</sup> Wensauer Caroline- Robertson: Slowakei: Gesellschaft im Aufbruch. S. 59/60



## *bb. Politische Situation*

Mit der kulturellen, ging auch die der Verschlechterung der politischen Situation in der Zeit der Doppelmonarchie einher. Die auf Initiative von Jozef Hurban erstmals 1861 und erneut 1867/ 1868 gegründete Slowakische Nationalpartei, deren Mitglieder sich überwiegend aus lutherischem gebildeten Bürgertum rekrutierte, beschränkte sich auf passiven Widerstand und rief regelmäßigen zum Boykott der Wahlen auf. Allerdings vermochte diese Partei mit ihrem panslawischem Aktionsprogramm und Russland in der Rolle des künftigen Befreiers der Slowaken, die katholisch- konservative Bevölkerung ebenso wenig für sich zu gewinnen, wie die 1905 gegründete „Slowakische Nationalpartei“ welche aus gleichen Gründen ein zu schmale Anhängerbasis hatte, um ihr weitgehend austromarxistisch ausgerichtetes Programm erfolgreich zu propagieren.

So blieb dem slowakischen Volk eine wirksame politische Repräsentanz im ungarischen Parlament versagt, was sich daran ersehen lässt, dass die Slowaken zwischen 1881 und 1901, mit nicht mal einem einzigen Abgeordneten vertreten waren, bis 1901 lediglich vier, 1905 zwei 1906 acht und 1910 drei slowakische Abgeordnete ins Parlament einzogen, obwohl entsprechend dem slowakischen Bevölkerungsanteil, den Slowaken 40 Sitze zugestanden hätten.<sup>28</sup> Die Gründe hierfür lagen zum einen in einem Wahlgesetz, das weite Teile der Bevölkerung ausschloss, zum anderen in Wahlmanipulationen, Bestechungen, Fälschungen und erzwungener offener Stimmabgabe durch die Magyaren, um die Slowaken an der politischen Repräsentation zu hindern. Erst in den 1890er Jahren kam wieder Bewegung in das politische Leben der Slowaken, was auf internen und externen Faktoren beruhte.

Auf internen, weil durch die Ereignisse von Černová. Der Priester Andrej Hlinka, Mitglied eines klerikalen Flügels der Katholischen Volkspartei Ungarns, der sich für die Beachtung der slowakischen Interessen einsetzte, war wegen Aufwiegelung im November 2006 zur Gefängnisstrafe verurteilt worden. Am 27. Oktober 1907 protestierten slowakische Bauern in seinem Heimatdorf dagegen, die neu erbaute Kirche von einem pro-ungarischen Priester einweihen zu lassen, was die ungarischen Gendarmen ein zu einem Gewaltexzess mit Verletzten und Toten verleitete. Als Konsequenz davon, richtete sich die Aufmerksamkeit der europäischen Presse auf das

---

<sup>28</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 57

Schicksal des slowakischen Volkes und rief neben dem Protest des Papstes, der die spätere Freilassung von Hlinka erreichte, auch den Protest von tschechischen Parlamentariern hervor.

Auf externen Faktoren, weil sich insbesondere die junge slowakische Intelligenz mit den Vorstellungen von Tomáš Garrigue Masaryk vertraut gemacht hat und bestrebt war, für die Slowakei ein neues politisches und nationales Programm zu geben. Masaryk vertrat die Auffassung, dass ohne eine tschechisch- slowakische Vereinigung zu einer einheitlichen Staatsnation, die slowakische Herauslösung von der magyarischen Hegemonie nicht machbar sei und der von den Tschechen bereits erzielte Fortschritt, günstige Voraussetzungen für die Slowaken böte, um ihre Probleme zu überwinden. Auf seine Initiative, lässt sich die 1898 von seinen Schülern wie etwa Šrobár, Blaho und Osuský gegründete Zeitschrift „Hlas“ zurückführen, die zum geistigen Mittelpunkt derjenigen Slowaken wurde, die eine Ablehnung gegen die Hegemonie der Magyaren über die Slawen vertraten und ein kämpferisches Bekenntnis für die tschecho- slowakische Einheit ablegten.<sup>29</sup>

### **3. Die Slowakei in der Ersten Republik**

Nach dem militärischen Zusammenbruch der Mittelmächte und dem Sieg der Entente-Staaten im Ersten Weltkrieg, wurde auf Betreiben der „Tschechoslowakisten“ am 28. Oktober 1918 in Prag die Tschecho-Slowakische Republik als Nachfolgestaat der Doppelmonarchie proklamiert. Zu verdanken ist dieser Erfolg, dem von Masaryk und Eduard Beneš gegründetem Tschecho- Slowakischem Nationalrat, der von den Entente-Staaten, während des Weltkrieges unablässig den Zusammenschluss der beiden eng verwandten slawischen Volksstämme gefordert hatte. Zuvor hatten bereits in Pittsburgh im Mai 1918 auf Vorschlag von Masaryk, die wichtigsten Vertreter der slowakischen und tschechischen Emigrantenverbände der USA, die allerdings unverbindliche Vereinbarung getroffen, „die Tschechen und Slowaken in einem Staat zu vereinigen“ wobei die Slowakei „ihre eigene Verwaltung, ihren Landtag und ihre Gerichte“ erhalten sollte- jedoch unter dem Vorbehalt, dass die weiteren Einzelheiten der Ausgestaltung dieses Staates seinen rechtmäßigen Vertretern überlassen würde.<sup>30</sup>

---

<sup>29</sup> Wensauer Caroline- Robertson: Slowakei: Gesellschaft im Aufbruch. S. 60/61

<sup>30</sup> Hoensch Jörg: Studia Slovaca. S. 10/11

Nachdem die Vertreter des Prager Nationalausschusses am 31. Oktober 1918, die demokratische, parlamentarische Republik beschlossen hatten, am 13. November die provisorische Verfassung angenommen und Tags drauf Masaryk der Präsident dieser wurde, bestand die Hauptaufgabe der neuen Regierung darin, sich Autorität auf dem gesamten Staatsgebiet zu verschaffen, was angesichts des militärischen Widerstandes der Ungarn und einer schwachen tschechoslowakischen Armee, erst am 20. Januar 1919 gelang.<sup>31</sup>

Die internationalen Verträge von Versailles, Saint Germain und besonders bitter für die Ungarn, Trianon aus den Jahren 1919 und 1920, sollten die Grenzen des neuen Staates endgültig garantieren. Wenngleich die Slowakei nach über 1000jähriger Herrschaft der Magyaren frei geworden war und ein Staat geschaffen wurde, der den territorialen Vorstellungen seiner Gründer entsprach, war er nicht nur aufgrund der Vielzahl der nationalen Minderheiten belastet, sondern auch weil er mit wirtschaftlichen, politischen und sozialen Problemen zu kämpfen hatte.

Vor beträchtlichen Problemen war die neue Regierung aber vor allem in der Slowakei gestellt. Von den bis dato vielbeschworenen sprachlichen, kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten zwischen den tschechischen und slowakischen Brüdervölkern, war in der Slowakei nämlich wenig zu spüren. Für die Slowaken bedeutete die Republik in erster Linie die lang ersehnte Freiheit und Verwirklichung der Forderungen, so dass unmittelbar nach der Staatsgründung das Schulsystem verstaatlicht, slowakisch Unterrichtssprache wurde und die Universität von Bratislava und die Kulturinstitution „Matica Slovenská“ wieder ins Leben gerufen wurden. Neben der Vielzahl an höheren Schulen, welche in den 1920er Jahren gegründet wurden und so zur Belebung der slowakischen Sprache und Kultur beitrugen, hat vor allem die 1919 reanimierte „Matica Slovenská“ mit ihren Schriftstellern, Historikern und Heimatforschern dazu nach Kräften beigetragen, die Reinheit der slowakischen Sprache zu erhalten und das Nationalbewusstsein zu stärken. Das war auch nötig, da die Reform des Schulwesens zwar von der Regierung energisch vorangetrieben wurde, die Slowaken aber von Personalmangel geplagt waren und so meistens die höher qualifizierten tschechischen Lehrkörper die „Slowakisierung“ vorantrieben.

Ein weiteres Problem stellte der Wiederaufbau der Verwaltung dar. Hatten bisher die Ungarn oder magyarisierte Slowaken den Großteil der Verwaltungspositionen in der Slowakei inne, so waren es nunmehr Tschechen, die den öffentlichen Dienst

---

<sup>31</sup> Sinzinger Marc: Die Transformation und die demokratische Konsolidierung der Slowakei. S. 39

dominierten und wenngleich ihre Kompetenz unbestritten war, so weckten sie in der slowakischen Bevölkerung Vorbehalte gegen das neue Staatswesen, da sie gegenüber den Slowaken oftmals die gleiche paternalistische Attitüde, wie ihre ungarischen Vorgänger an den Tag legten.<sup>32</sup> Auch dass bis 1930 mehr als 100.000 Tschechen hinzuzogen, weckte in der Slowakei keine Begeisterung, einerseits weil man zunehmende Überfremdung fürchtete, andererseits dank der Fortschritte in der Beamtenausbildung, die Slowakei allmählich die Beamtenposten, hätte selbst besetzen können.

Aber nicht nur das Beharren der „Zentralisten“, die das Zusammenschweißen einer tschechoslowakischen Nation und die Kontrolle des latenten slowakischen Nationalismus verbissen mit der Personalpolitik durchzusetzen versuchten, erschwerte die Konsolidierung der Republik. Die Besetzung der Stellen diente auch dem Zweck, den Einfluss der katholischen Kirche in der Slowakei zurückzudrängen, was angesichts der Tatsache, dass rund 77 % der slowakischen Bevölkerung Katholiken waren, die Zahl der meist tschechischen Protestanten in führenden Positionen der Verwaltung, der Kulturinstitutionen und der Wirtschaft aber, im Verhältnis zum Anteil der Bevölkerung überproportional war und sie zudem auch noch Anhänger der „Tschechoslowakischen Idee“ waren.

Diese Umstände kamen insbesondere bei der konservativen bäuerlichen Landbevölkerung der Slowakei nicht gut an und dies umso mehr, als die auf den ungarischen Markt fixierte Landwirtschaft nun zusammengebrochen war, die Landreform ihr kaum zugute kam, sie vielmehr nach Vorstellungen der Tschechen nur die Autarkie der neuen Republik sichern sollte. Während die hochindustrialisierten Zentren Böhmens und Mährens von der Liberalisierung der Wirtschaft profitierten, setzte in der Slowakei bereits in den 1920er Jahren eine Deindustrialisierung und Verarmung ein, so dass trotz einer überaus fortschrittlichen Sozialgesetzgebung in der Slowakei Stimmen laut wurden, die eine „Kolonialisierung“ anprangerten. Folglich konnte das Bewusstsein einer staatlichen Einheit und nationalen Zusammengehörigkeit nicht erreicht werden, genauso wenig, wie eine tatsächliche Nivellierung des Kultur- und Wirtschaftsgefälles stattgefunden hat, dazu nämlich waren die Gegensätze zwischen den beiden Teilrepubliken zu groß, die Mittel sie zu beseitigen oft unzureichend und Geduld, Vertrauen und Toleranz nicht in ausreichendem Maße

---

<sup>32</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 79

vorhanden, so dass es zu einem latenten Konflikt innerhalb des tschechoslowakischen Volkes gekommen ist.<sup>33</sup>

#### ***a. Autonomiebestrebungen***

Zum Sprachrohr der slowakischen Autonomiebewegung wurde die „Slowakische Volkspartei“, die der katholische Priester Andrej Hlinka im Dezember 1918 als „Christliche Slowakische Volkspartei“ wieder gegründet hatte, die seit 1925 als „Hlinkas Slowakische Volkspartei“ firmierte und von Anfang an die Forderung nach politischer, kultureller und wirtschaftlicher Selbstverwaltung der Slowakei unter Bezugnahme auf das Abkommen von Pittsburgh erhob.<sup>34</sup> Schließlich wurde der politische Status der Slowakei in diesem Abkommen insoweit festgelegt, als ihr eigene Gerichte, ein eigener Landtag und eine eigen Verwaltung zugestanden wurden. Nach Auffassung besagter Partei, wie auch anderer Autonomisten, wurde diese Passage als eine der Slowakei zugestandene Form der territorialen Selbstverwaltung interpretiert. Hlinka, der einer staatlichen Vereinigung der Slowaken mit den Tschechen primär zugestimmt hatte, um die Trennung von Ungarn zu erreichen und sich bereits 1919 in seiner Skepsis gegenüber dem Brudervolk bestätigt sah und deshalb bei der Friedenskonferenz von Paris im September 1919 mit dem Memorandum über die slowakische Frage aufwartete, wurde in der Folge von der neuen Regierung per Gefängnisstrafe bis April 1920 aus dem politischen Leben ausgeschlossen. Hat die ungeschickte Personalpolitik der ersten Kabinette des neuen Staatsgebildes, den Eindruck einer überheblichen Bevorzugung des Tschechischen bei den slowakischen Nationalisten hervorgerufen und sie dazu veranlasst die bereits besagten religiösen und wirtschaftlichen Probleme konkret anzuprangern, so wuchs allmählich damit auch die Ablehnung einer „tschechoslowakischen Nation“ und die Forderung nach der Anerkennung einer ethisch, sprachlich und kulturell eigenständigen slowakischen Nation.

Folgerichtig kämpfte die Volkspartei Hlinkas seit dem Zusammentritt der Verfassungsgebenden Nationalversammlung, nicht gegen den Verbleib der Slowakei im Staatsverband, als vielmehr um eine Territorialautonomie, die sich in einem eigenen

---

<sup>33</sup> Hoensch Jörg: Studia Slovaca. S. 12/13

<sup>34</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 84

Landtag, einer stärkeren slowakischen Beteiligung an der staatlichen Verwaltung, der Anerkennung des Slowakischen als eigenständiger Sprache und eines nationalen Schulsystems niederschlagen sollte.<sup>35</sup> In entsprechende Richtung gehende Gesetzesentwürfe wurden zwar wiederholt von ihr eingereicht, allerdings war ihnen in der Prager Nationalversammlung kein Erfolg beschieden, wie etwa dem Wunsch nach Verwaltungsautonomie, wobei die Absage mit einer mangelnden Erfahrung diesbezüglich, begründet wurde.

Die unnachgiebige Haltung der Zentralregierung ließ jedoch die radikalen Kräfte erstarken, so dass der Führer des radikalen Parteiflügels Vojtech Tuka, mittels des Parteiorgans „Slovák“, neben Parteimitgliedern, auch weite Teile der slowakischen Bevölkerung von antitschechischen Positionen zu überzeugen wusste. Dieser Umstand manifestierte sich bei den Parlamentswahlen von 1925, als die slowakische Partei rund 34% der Wählerstimmen errang, so dass sie sich im Januar 1927 an der Regierung in Prag beteiligte und so diese sich zu Zugeständnissen gezwungen sah. Die Slowakei erhielt erstmals einen eigenen Landtag, dessen Befugnisse jedoch so stark eingeschränkt waren, dass nicht von einem Schritt in die von der Partei propagierte Autonomie gesprochen werden kann. Doch die Beteiligung der Nationalisten an der Regierung verstärkte nicht nur die internen Spannungen innerhalb der Partei, auch die slowakischen Wähler honorierten die Regierungsbeteiligung im Oktober 1929 nicht und so ging die Volkspartei wieder in die Opposition, um der Forderung nach Selbstverwaltung ohne die hinderliche Kabinettsdisziplin mehr Nachdruck verleihen zu können. Ein richtiger Zeitpunkt hierfür schien Anfang 1930 gekommen.

Die Weltwirtschaftskrise traf die bäuerlich geprägte Wirtschaft der Slowakei besonders hart, zumal die wirtschafts- und sozialpolitischen Gegenmaßnahmen die Not in der Slowakei nur unzureichend gedämpft haben, so dass die Stimmung der slowakischen Bevölkerung sich zunehmend verschlechterte.

Der erneute Vorstoß einer Forderung nach Autonomie, vom Mai 1930 wurde deswegen nicht nur von der Volkspartei, sondern diesmal sogar auch von den slowakischen Abgeordneten tschechoslowakischer Parteien, darunter den „Agrariern“ und Sozialdemokraten, unterstützt.

Der Antrag wurde durch die Regierung abgelehnt, nicht zuletzt deshalb, weil sie sich vor ähnlichen Forderungen der immer lautstarker werdenden deutschen Minderheit fürchtete. In diesem Klima der Unzufriedenheit vereinbarte zwei Jahre später die

---

<sup>35</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 85

Slowakische Volkspartei, mit der vom lutherischen Geistlichen Martin Rázus geführten „Slowakischen Nationalpartei“ die Zusammenarbeit beim Kampf um die Autonomie. Die Antitschechischen Emotionen entluden sich auch bei der Kulturorganisation „Matica Slovenská“ mit der Entlassung von tschechophilen Mitgliedern im Jahre 1932 oder ein Jahr später bei der 1100 Jahr- Feier der Gründung der ersten christlichen Kirche, mit einem leidenschaftlichen Plädoyer für die Autonomie der Slowakei vor rund 150.000 Slowaken. Als Retourkutsche kam eine von der Regierung erzwungene Abberufung Hlinkas.

Nachdem Masaryk aus Altergründen und nicht ohne einen Appell an die Grundwerte der Republik zu richten, im Dezember 1935 vom Amt zurückgetreten war, hatte sich Beneš für die Wahl zum Staatspräsidenten die Unterstützung der Slowakischen Nationalpartei gesichert, indem er ihr eine großzügige Autonomie mit weitgehenden Selbstverwaltungs- und Mitspracherechten innerhalb eines Jahres versprochen hatte. Die Initiative des ersten Slowaken im Amt des Premiers, nämlich Milan Hodža, die Slowakische Volkspartei noch 1936 in die Regierung aufzunehmen, sind jedoch an den überzogenen Forderungen von Hlinka gescheitert, wohingegen die Partei selbst im Frühjahr 1938 trotz großen Entgegenkommens seitens der Regierung, nicht mehr zur Aufgabe ihrer parlamentarischen Opposition zu bewegen war.<sup>36</sup> Im Gegenteil, die Slowakische Partei nutzte die aufgrund der außenpolitischen Bedrohung durch Deutschland sich abzeichnende Staatskrise und legte auf dem Parteitag vom Juni 1938 ein Autonomiekonzept vor, das einen Bund zweier souveräner Staaten, die lediglich durch wenige gemeinsam verwaltete Ressorts verbunden blieben, vorsah und dementsprechend vom Staatspräsidenten Beneš abgelehnt wurde. Insofern entsprach es auch nicht mehr dem realpolitischen Geschehen, als Hlinka anlässlich der Massendemonstration zum 20. Jahrestag des Pittsburgh- Abkommens, an die damals vereinbarten Selbstverwaltungsrechte erinnerte.

### ***b. Das Ende der Ersten Republik***

Das seit dem ersten Weltkrieg zur Tschechoslowakischen Republik gehörende Sudetenland mit seinen zur deutschen Nationalität gehörenden Einwohnern, entwickelte sich im Laufe des tschechisch- deutschen Konflikts zu einem inneren Desintegrationsfaktor für den jungen Staat und trug infolge der deutschen Aktivitäten

---

<sup>36</sup> Wensauer Caroline- Robertson: Slowakei: Gesellschaft im Aufbruch. S. 65

entscheidend zum Zerfall der Tschechoslowakei bei.

Die tschechoslowakische Regierung zeigte sich nicht nur gegenüber ihrem „Brudervolk“ den Slowaken wenig liberal, dasselbe galt umso mehr auch den Minderheiten gegenüber. In der Folge wuchs die Unzufriedenheit hauptsächlich unter der sudetendeutschen Bevölkerung, die sich in der „Sudetendeutschen Heimatfront“ und später in der „Sudetendeutschen Partei“ formierte, um ihren Forderungen gegenüber der Zentralregierung in Prag Nachdruck zu verschaffen. Die von der deutschen Regierung geschürte Unzufriedenheit der Sudetendeutschen, erreichte nach dem Anschluss von Österreich ihren Höhepunkt, als auf Weisung Hitlers, im April 1938 von ihnen das „Karlsbader Programm“ vorgelegt wurde.

Den Zugeständnissen der tschechoslowakischen Regierung begegneten die Sudetendeutschen mit einer Forderung nach einem Anschluss an das Deutsche Reich. Das „Münchener Abkommen“ mit seiner Loslösung der Sudetendeutschen Gebiete und den Revisionsforderungen Polens und Ungarns, kündigte das baldige Ende der Tschechoslowakei an, zumal in diese Zeit der Rücktritt vom Staatspräsidenten Beneš und der Tod des wohl schillerndsten slowakischen Politikers Hlinka fällt, wohingegen die Nachfolger in Prag sich nicht in Szene setzen konnten. Als dann die Erste Republik im Interesse vermeintlicher Friedenswahrung 1938 im Rahmen des „Münchener Abkommens“ der Aggressionspolitik des von Ungarn und Polen sekundierten Deutschen Reiches geopfert wurde, war die Mehrheit der inzwischen von einem lebendigen Nationalbewusstsein geprägten Slowaken, nicht mehr zur Aufrechterhaltung der 1920 aufoktroierten und nun als beendend empfundenen zentralistischen Konzeption eines Einheitsstaates bereit.<sup>37</sup>

Erst nach dem Fiasko des Münchener Abkommens und nachdem die Slowakische Volkspartei die anderen slowakischen politischen Organisationen für ihr Autonomieprogramm einzuspannen wusste, zeigte sich die Regierung in Prag bereit, den Forderungen nachzukommen.

Nach der im Oktober propagierten und per Verfassungsgesetz anerkannten Autonomieerklärung, entstand am 23. November 1938 die „Tschecho- Slowakei“, ein asymmetrisches Staatsgebilde, dessen tschechische Länder von Prag verwaltet wurden, während die autonomen Provinzen und Slowakei weitgehend eigenständige Rechte hatten, die sich bei letzterer in einem eigenen Parlament, eigenen Gerichten und

---

<sup>37</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 15



Slowakisch als alleiniger Amts- und Unterrichtssprache manifestierten.<sup>38</sup>

Obwohl damit die slowakischen Autonomisten einen Sieg errungen hatten, wurden aber mit der Föderalisierung nicht die Voraussetzungen für eine Normalisierung der innenpolitischen Lage geschaffen, vielmehr nahmen jetzt die Slowaken die frühere Rolle der Sudetendeutschen ein und sollten als „Fünfte Kolonne“ den Vorwand für die Liquidierung der Tschecho-Slowakei dienen.

Als am 13. März 1939 Hitler den slowakischen Ministerpräsidenten Tiso nach Berlin zitierte, um ihm unter Androhung einer Intervention Ungarns zur unverzüglichen Unabhängigkeitserklärung der Slowakei zu drängen und dieser sich weigerte, wurde in Anbetracht des deutschen Diktats im slowakischen Parlament in Bratislava am 14. März 1939 ein Antrag auf Unabhängigkeit eingebracht und von den Abgeordneten unter Stimmenthaltung der ungarischen Mandatäre angenommen, so dass die Slowakei noch am selben Tage zu einem „unabhängigen“ Staat wurde.<sup>39</sup>

#### **4. Der „Schutzstaat Slowakei“**

Mit der Ausrufung des „Souveränen“ Slowakischen Staates am 14. März 1939, fand zwar eine Politik ihren Abschluss, die von einem Teil der national gesinnten Kräfte ersehnt worden war, jedoch währte die Freude nicht lange, da bereits vier Tage darauf die Slowakei einen „Schutzvertrag“ mit dem Deutschen Reich abschloss. In diesem garantierte die deutsche Regierung die Integrität des slowakischen Staates, die Slowakei hingegen verpflichtete sich die Fragen der Politik, des Militärs und der Wirtschaft „im engen Einvernehmen mit der Deutschen Regierung“ zu betreiben. Wenngleich die Existenz des slowakischen Staates nicht endgültig gesichert war, was die Pläne der Reichsregierung vom Frühjahr 1939, als ein Gebietstausch der nördlichen Slowakei für das polnische Gebiet um Danzig angedacht war, oder die Gebietsabtretung der Slowakei über 1000 qkm an Ungarn am 31. März 1939 dokumentieren.

Doch blieb dem slowakischen Staat und seiner Bevölkerung zumindest bis zum Sommer 1944 die völlige Entmachtung und Entrechtung durch das nationalsozialistische Regime, wie im Falle des „Protektorats Böhmen und Mähren“, erspart. Dies, da die Slowakei ein Musterbeispiel für andere europäische Staaten werden

---

<sup>38</sup> Schönfeld Roland: Slowakei S. 93

<sup>39</sup> Sinzinger Marc: Die Transformation und die demokratische Konsolidierung der Slowakei. S. 42/43

sollte, um aufzuzeigen, wie positiv sich die deutsche Hegemonie auf Wohlstand und Sicherheit eines Landes auswirkte.

#### *a. Das Regime Tiso*

Die Gründung der Slowakischen Republik unter massivem Druck der Deutschen haben, im Gegensatz zu den Autonomisten, so manche slowakische Politiker und wohl auch der „Mann auf der Strasse“ so nicht gewollt, eher schon eine autonome slowakische Provinz innerhalb der Tschecho- Slowakischen Föderation, wie das Ausbleiben von Freudenkundgebungen und ein allgemeiner Eindruck von Apathie, die unmittelbare Situation in der Hauptstadt eindrucksvoll dokumentierten.<sup>40</sup>

Gleichwohl entsprach die Zusammensetzung der neuen Regierung aus den Mitgliedern des national- konservativen klerikalen Flügels der Volkspartei und der Germanophilen um Tuka, den Wünschen der Mehrheit der slowakischen Bevölkerung und erfreute sich auch des Wohlwollens und der Unterstützung seitens des katholischen Klerus.

Im Juli 1939 gab das Parlament dem neuen Staat seine Verfassung, im Oktober wurde Jozef Tiso mit der beeindruckenden Stimmenmehrheit von 80% der Slowaken zum Präsidenten gewählt und ernannte Tuka zum Ministerpräsidenten. Fortan sollten diese beiden gegensätzlichen Persönlichkeiten die Geschicke der Republik bestimmen.

Wenngleich dieser Staat der Verfassung nach einer parlamentarischen Demokratie verhaftet war, mit einer unabhängigen Rechtssprechung und der Garantie von Menschen- und Minderheitenrechte, so hatte der Staatspräsident weitgehende Rechte, die er in der Praxis auch benutzte. Ferner galten die Menschenrechte zwar für Slowaken, Ungarn und Deutsche, für „rassisch nicht einwandfreie Mitbürger“, das bedeutet die Juden und Roma oder Oppositionelle, waren sie jedoch erheblichem Maße eingeschränkt. Bemerkenswert erscheint, dass die Slowakische Volkspartei nicht nur die tschechische Intelligenz, sondern fast alle zuvor immigrierten Tschechen aus der Slowakei vertrieb und die Verbliebenen der Verfolgung ausgesetzt waren.<sup>41</sup>

Eine starke Zensur schränkte die Meinungsfreiheit stark ein und ein Parteienpluralismus existierte nicht, da das von der Slowakischen Volkspartei dominierte Parteienbündnis das Parlament beherrschte. Mithin entsprach das politische System der Slowakei de facto einer autoritären Diktatur und befolgte die vorgegebene politische Linie, dafür

---

<sup>40</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 100

<sup>41</sup> Ján Mlynárik: Geschichte der tschechisch- slowakischen Beziehungen, in: Kipke, Vodička: Abschied von der Tschechoslowakei. S. 28

sorgten letztendlich die deutschen „Berater“, sowie die latente Drohung einer militärischen Intervention Deutschlands. So musste Hitler während des Bestehens der Ersten Republik lediglich zweimal unmittelbar in die innerslowakischen Belange eingreifen, obwohl die Regierung Tiso eine zwiespältige Politik betrieb.

Auf der einen Seite, da insbesondere Premier Tuka totalitäre Maßnahmen nach nationalsozialistischem Vorbild zu realisieren suchte und dessen faschistische Sympathisanten von den Vertretern der deutschen Minderheit unterstützt wurden, auf der anderen Seite Tiso diese, den Lippenbekenntnissen dem Deutschen Reich gegenüber, zu vermeiden wusste.

Eine Wende stellt in dieser Hinsicht das „Diktat „ von Salzburg am 28. Juli 1940 dar, als die nationalslowakischen Kräfte um Außen- und Innenminister Ďurčanský und die klerikal- konservativen Kreise um Tiso zurückgedrängt wurden, um den in der Bevölkerung nur geringen Rückhalt besitzenden Kräften um Tuka und Propagandaminister Mach, zum Durchbruch zu verhelfen und die Innenpolitik des Schutzstaates auf die deutsche Linie zu bringen. Damit waren vor allem die „Gleichschaltung“ und die bis dato unzureichende Unterstützung bei der „Lösung der Judenfrage“ gemeint.

Die Bevölkerung fand auf materiellem Gebiet kaum einen Grund zur Klage und verhielt sich allen bis dato getätigten politischen Veränderungen gegenüber deswegen weitestgehend passiv.<sup>42</sup> Denn die Regierung der Slowakischen Republik war zwar nicht unbedingt populär, allerdings war dem Land eine Besatzung erspart geblieben, die Wirtschaft hatte sich dank der deutschen Nachfrage gut erholt, die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten wurde als erträglich angesehen und nicht zuletzt betrachteten viele nationalbewusste Slowaken diesen Staat als den Beginn einer unabhängigen Existenz ihres Landes und somit als die Verwirklichung ihres nationalen Traumes. Insofern war die Stimmung in der Bevölkerung für den Aufbau eines Widerstandes gegen das Regime nicht gerade günstig, mithin es ein schweres Unterfangen war, den Widerstandsgeist der Slowaken zu wecken.

## ***b. Das Ende der Republik***

Erst nach dem Umschlagen der Kriegslage im Winter 1942/43, begann sich die Lage zu verändern und führte zu den Ereignissen die das Ende dieser Republik besiegeln

---

<sup>42</sup> Wensauer Caroline- Robertson: Slowakei: Gesellschaft im Aufbruch. S. 67

sollten. So stellten Tiso und seine engsten Mitarbeiter vorsichtige Überlegungen an, in das Lager der Alliierten zu wechseln, die Militärs sich sogar zur wichtigsten Kraft, der Abfallbewegung vom Deutschen Reich entwickelten und in der Bevölkerung die Bereitschaft sich für die Wiedererrichtung der tschechoslowakischen Republik wuchs.<sup>43</sup>

Das Tiso Regime hatte in den letzten Kriegsjahren nämlich an Glaubwürdigkeit eingebüsst und im Staatsapparat, der Armee und dem Klerus, nahmen aufgrund der Slawenverachtung der Funktionäre der Deutschen Partei die antideutschen Ressentiments zu und die Sympathien für Regimegegner wuchsen.

Dementsprechend formierte sich in der Slowakei gegen das Regime auch eine starke Opposition, die im Wesentlichen aus einer bürgerlichen, der tschechoslowakischen Idee verhafteten und aus einer kommunistischen, das sowjetisch- sozialistische Staatsmodell vertretenden Strömung bestand. Obwohl die slowakischen Kommunisten anfänglich die Bildung einer „Slowakischen Sozialistischen Republik“ anstrebten, konnten sie nach dem Willen Stalins mit Moskauhörigen Genossen dazu gebracht werden, die Reintegration in einen gemeinsamen tschechoslowakischen Staat im Rahmen einer Föderation, nicht mehr auszuschließen.

Wenngleich die Ansichten, wie der Kampf gegen das Regime und seinen Verbündeten Deutschland auseinandergehen, so einte sie das Ziel, das Land zu befreien. Deswegen hatten sich die Repräsentanten der nichtkommunistischen Opposition mit den Kommunisten über ein gemeinsames Vorgehen verständigt, in der Weise, dass im Dezember 1943 ein Slowaksicher Nationalrat als Keimzelle der künftigen Regierung des Nachfolgestaates gegründet wurde, der nicht nur die Partisaneneinheiten koordinierte, sondern während des Nationalaufstandes auch die Staatsgewalt in den befreiten Gebieten übernahm und als provisorische Regierung der Slowakei agierte.<sup>44</sup>

Mit zunehmender Aktivität, die sich vor allem auf Sabotageakte und Überfälle auf Polizeistationen konzentrierte, sollen die Partisanen eine Stärke von bis zu 18.000 Mann gehabt haben und waren sich der Solidarität der Bevölkerung sicher.

Zwar blieb ein Volksaufstand aus, jedoch war ein Militärputsch vom Kommandeur des Heeres in Banská Bystrica, Oberst Ján Golian, zum Frühjahr 1944 in Vorbereitung. Der Slowakische Nationalaufstand nahm seinen Anfang in der letzten Augustwoche des Jahres 1944, als Partisanenangriffe in der nördlichen und mittleren Slowakei ausbrachen, den Deutschen empfindlich zusetzten und deshalb Tiso dazu gedrängt

---

<sup>43</sup> Hoensch Jörg: *Studia Slovaca*. S. 274

<sup>44</sup> Schönfeld Roland: *Slowakei*. S. 145

wurde, Einheiten von Wehrmacht und Waffen SS zur Niederschlagung des Aufstandes aufzufordern.

Zwar wurden zahlreiche „Partisanennester“ von den deutschen Einheiten niedergekämpft, aber die deutsche Führung hat den Widerstandswillen des slowakischen Volkes unterschätzt, da die Verluste der Aufständischen rasch durch Freiwillige aus der ganzen Slowakei ersetzt wurden und der Slowakische Nationalrat

von Banská Bystrica aus die Verteidigung zu organisieren suchte.<sup>45</sup>

Ohne die sowjetische militärische Unterstützung, wiederholte sich aber die Tragödie des Warschauer Aufstandes, rund zwei Monaten später konnte das Zentrum des Nationalaufstandes von den deutschen Einheiten eingenommen werden, circa 10.000 Aufständische fanden den Tod und nach den Flüchtigen wurde im ganzen Land gefahndet.

Die Rache der Deutschen ließ nicht lange auf sich warten, sie überzogen die ganze Slowakei mit Repressionen und die Slowakei hat mit der Besetzung durch die deutschen Truppen den letzten Schein ihrer Souveränität verloren. Der slowakische Nationalaufstand aber, in dessen Folge schätzungsweise noch weitere 10.000 Zivilisten durch Sonderbehandlung den Tod fanden, trug wesentlich zur Stärkung des slowakischen Nationalbewusstseins bei.

Nachdem seit Januar 1945 die sowjetischen Truppen unaufhaltsam die Slowakei befreiten und die deutsche Armee im Mai selben Jahres aus dem „Schutzstaat“ weichen musste, ging der erste eigene Staat der Slowaken mit der Kapitulation von Kremsmünster am 8. Mai 1945 auch offiziell unter.

## ***C. Die sozialistische Ära der ČSSR***

### **1. Einleitung**

Im zweiten Kapitel meiner Diplomarbeit mit dem Titel „Die sozialistische Ära der

---

<sup>45</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 148

ČSSR“, soll die Nationenwerdung der Slowaken im Rahmen der nach dem Zweiten Weltkrieg neu entstandenen Tschechoslowakei untersucht werden.

Das bedeutet, einen Zeitraum von 1945 bis 1989 abzudecken, insofern als ich 1945 mit der Gründung der zweiten tschechoslowakischen Republik anzufangen gedenke und bis zum Zusammenbruch der Tschechoslowakei im Jahre 1989 fortfahren werde. Der besagte Zeitraum soll in vier Abschnitte unterteilt werden, die jeweils eine Zäsur in der Geschichte der zweiten Republik darstellen. Den Anfang und zugleich Kernpunkt für die Weichenstellung der slowakischen Nation, bildet die gleitende Machtübernahme der Kommunisten in der Entstehungsgeschichte von 1945 bis 1948. Dem folgt die Konsolidierung der „Sozialistischen Republik“ in den Jahren von 1948 bis 1967, dann die kurze Reformphase des „Prager Frühlings“ von 1968 bis 1976 und schließlich der Zusammenbruch der ČSSR in den Jahren 1977 bis 1989.

## **2. Machtkämpfe in der Anfangsphase der Tschechoslowakei**

„Die im Jahre 1945 in den Grenzen von 1937 wiedererstandene Tschechoslowakische Republik, war das Werk der überaus regen und ohne Zweifel auch außerordentlich geschickt betriebenen Auslandstätigkeit einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von Tschechen, respektive den sogenannten Tschechoslowaken, unter der Führung von Beneš und eine Folge der katastrophalen deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg“.<sup>46</sup>

Ihren Anfang nahmen die Bemühungen um die Neuerrichtung einer tschechoslowakischen Republik noch während des Fortdauerns des zweiten Weltkriegs. Besondere Bedeutung kommt folglich einerseits der Exilregierung unter Eduard Beneš zu und andererseits den politischen Kräften in der Slowakei seit dem Nationalaufstand.

### ***a. Exilregierung unter Beneš***

Zunächst will ich versuchen, die Aktivitäten der Exilregierung unter der Führung von Beneš darzulegen. Dieser trat nach dem Münchener Abkommen im Oktober 1938 vom Amt des tschechoslowakischen Staatspräsidenten zurück und wurde damit zu einer Privatperson. Folglich hatte der frühere Staatspräsident erhebliche persönliche und politische Schwierigkeiten zu überwinden, um eine führende und bestimmende Position

---

<sup>46</sup> Bohmann Alfred: Menschen und Grenzen. S. 347

im westlichen tschechoslowakischen Exil zu gewinnen.

Diese lagen darin, sich die Unterstützung der Tschechen und Slowaken zu sichern, um sich als ihr Repräsentant auf internationaler Ebene für die Wiedererrichtung einer tschechoslowakischen Nachfolgerepublik einsetzen zu können. Nachfolgerepublik, weil die Slowakei mit der Entscheidung des slowakischen Landtages vom März 1939, eine eigene Republik begründete und die Zweite Tschechoslowakische Republik somit rechtlich zerstörte.

Seinen Anspruch auf politische Führung rechtfertigte Beneš dadurch, dass er radikal ignorierte, was seit dem Sommer 1938 geschehen war, was sich am besten mit folgendem Zitat wiedergeben lässt. „Indem wir München und alles, was es herbeigeführt hat, nicht anerkannten, vertraten und vertreten wir den Grundsatz, dass die Tschechoslowakische Republik, die Republik Masaryks, auch nach München weitergelebt und weiterexistiert hat. Unser ganzes Rechtssystem geht also völkerrechtlich und politisch weiter: für uns existiert rechtlich mein Abgang vom Amte und aus der Heimat nicht, rechtlich gibt es für uns keine Zerschlagung der Republik, juristisch und politisch existiert für uns nichts, was der gewalttätige Nationalsozialismus nach dem 15. März 1939 bei uns durchgeführt hat.“<sup>47</sup>

Auf der nationalen und internationalen Ebene diesen Anspruch durchzusetzen, erwies sich jedoch als weitaus schwieriger. International, weil Beneš bereits im März 1939 mit dem Protesttelegramm an den Völkerbundrat, die Anwendung des Artikels 10 der Völkerbundsatzung gegen das Deutsche Reich anzuwenden, an Verfahrensfragen gescheitert war und selbst im politischen Exil in Großbritannien kaum Rückendeckung erhielt. National, weil der Slowake Osuský gegen den Expräsidenten aufbegehrte und erst im Juli 1939 in langwierigen Verhandlungen zur Raison gebracht werden konnte. Im Oktober 1939 schließlich, nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, wurde Beneš von der tschechoslowakischen Emigration einstimmig zum alleinigen politischen Führer aller im westlichen Ausland lebenden tschechoslowakisch gesinnten Tschechen und Slowaken gewählt.<sup>48</sup> Unterstützung fand er auch bei der überwiegenden Mehrheit der auf ihren diplomatischen Posten verbliebenen tschecho-slowakischen Auslandsmissionen in Paris, London, Washington, Moskau und Santiago. Noch während des Krieges bildete Beneš eine provisorische Regierung, an der mitzuarbeiten, jedoch nur ausgewiesenen Tschechoslowakisten erlaubt war.<sup>49</sup>

---

<sup>47</sup> Mauritz Markus: Tschechien. S. 126

<sup>48</sup> Bohmann Alfred: Menschen und Grenzen. S. 349

<sup>49</sup> Merschitz Peter: Der Transformationsprozesse der Slowakei. S. 14

Vor diesem Hintergrund ist es nicht weiter überraschend, dass Beneš nur auf die Unterstützung von Tschechen und tschechoslowakisch gesinnten slowakischen Emigranten aufbauen konnte. Die weit überwiegende Mehrzahl der Auslandsslowaken jedoch, huldigte und unterstützte wegen der schlechten Erfahrungen in der Zeit der Ersten und Zweiten Tschechoslowakischen Republik, eine eigene slowakische Staatlichkeit.<sup>50</sup> Dieser Konflikt zwischen den Tschechen und Slowaken und die Frage, wie ein in der Vorkriegszeit einheitliches tschechoslowakisches Volk einen neuen, gemeinsamen Staat aus Tschechen und Slowaken bilden könnte, sollte während des ganzen Krieges und auch darüber hinaus Bestand haben.

Trotz dieses fortdauernd schwellenden Konfliktherdes, gelang der provisorischen Regierung noch während des Krieges ein erster internationaler Erfolg. Unter ständigem Drängen von Beneš und seinen Mitstreitern, erklärte sich die britische Regierung im Juni 1940 bereit, den Tschechoslowakischen Nationalausschuss als provisorische tschechoslowakische Regierung anzuerkennen, 1941 folgten diesem Beispiel die USA und 1942 sicherte die französische Exilregierung den Status quo vor 1938 zu.

Einen weiteren bedeutenden Schritt zur Wiederherstellung der Vorkriegsordnung, kommt der Annäherung der tschechoslowakischen Exilregierung an die Sowjetunion zu, als im Dezember 1943 nach Abschluss des Freundschaft- und Beistandspakts, Stalin versprach, die Tschechoslowakei in ihren alten Grenzen zu akzeptieren und sich nicht in die Innenpolitik einzumischen. Allerdings verlangte Stalin im Gegenzug eine Beteiligung der Kommunisten an einer zukünftigen Regierung, ein Verbot bürgerlicher Parteien, sowie die Wahrung slowakischer Sonderinteressen. Diese Demontage der parlamentarischen Ordnung in der Nachkriegsrepublik, handelte Beneš mit dem Kommunisten Gottwald noch in Moskau aus. Aufgrund all dieser Zugeständnisse war die Tschechoslowakei noch vor ihrer Befreiung in eine neue Abhängigkeit geraten, deren Souveränität nicht in Sicht war, was sich in der Annexion der Karpaten- Ukraine durch die Sowjetunion im Jahre 1944 manifestierte.<sup>51</sup>

Bereits vor Kriegsende, nämlich im März 1945, trafen sich in Moskau namhafte Vertreter der Tschechoslowakei, um eine Übergangsregierung zu bilden. Schon bald wurde Beneš bewusst, dass sämtliche Schlüsselressorts an die Kommunisten gehen würden und eine Fortsetzung der Ersten Republik nicht mehr möglich war. Warum dies

---

<sup>50</sup> Bohmann Alfred: Menschen und Grenzen. S. 349

<sup>51</sup> Merschitz Peter: Der Transformationsprozesse der Slowakei. S. 15



so war, soll nachfolgend ein Blick auf die politischen Kräfte der Slowaken und ihre Konsequenzen aufzeigen.

### ***b. Die politischen Kräfte in der Slowakei***

Die Slowakische Republik, am 14. März 1939 gegründet, war nur pro forma selbständig, wie der „Schutzvertrag“ mit Deutschland die de facto stark eingeschränkte politische, wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit von Deutschland dokumentierte. Das politische Regime unter Tiso zeichnete sich durch eine totalitäre Regierungsführung aus, insoweit als fast sämtliche politische Parteien zu einer Regierungspartei zusammengeschlossen wurden und die Opposition verboten wurde. Bald jedoch formierte sich auch in der Slowakischen Republik eine starke Opposition gegen dieses Regime und zwar in Form einer antifaschistischen Widerstandsbewegung, die aus der bürgerlichen und der kommunistischen Strömung bestand.<sup>52</sup> Während sich der bürgerliche Widerstand an dem freien Westen und der tschechoslowakischen Exilregierung orientierte, haben sich die Kommunisten wiederum der kommunistischen Doktrin Moskaus verschrieben.

Die nächsten Schritte folgten auf politischer Ebene, insofern als sich im Dezember 1943 der slowakische Nationalrat als das oberste Organ des antifaschistischen Widerstandes konstituierte, wobei die Verteilung seiner Repräsentanten sich paritätisch auf die Bürgerlichen und die Kommunisten verteilte. In seiner Programmerkklärung, dem sogenannten „Weihnachtsabkommen“, sprach sich der Slowakische Nationalrat für den Kampf gegen das totalitäre Regime der Slowakischen Republik und eine Wiedererrichtung der Tschechoslowakischen Republik unter der Wahrung des Prinzips der Gleichheit beider Nationen, aus.<sup>53</sup>

Aufgrund der Tatsache, dass die Slowakei von deutschen Truppen besetzt war, bereiteten die slowakische Armee und die Widerstandskämpfer in Zusammenarbeit mit der tschechoslowakischen Exilregierung einen bewaffneten Aufstand vor, der zur Befreiung der Slowakei führen sollte. Am 29. August 1944 brach in Banská Bystrica die größte Militäraktion im deutschen Hinterland aus, da über einen Zeitraum von zwei Monaten sich rund 60.000 Soldaten und 18.000 Partisanen mit den deutschen Armeeangehörigen einen erbitterten Kampf lieferten. Mit der Einnahme von Banská Bystrica Ende Oktober 1944 und der Gefangennahme von Teilen der Aufständischen,

---

<sup>52</sup> Rasek Marion: Das Nationale Erwachen und die Nationwerdung der Slowakei. S. 58

<sup>53</sup> Ebenda: S.59

ging diese geschichtsträchtige Operation zu Ungunsten der slowakischen oppositionellen Kräfte aus.

Trotz des Scheiterns, zählt der Slowakische Nationalaufstand aus dem Jahre 1944 zu einem Schlüsselereignis der modernen slowakischen Geschichte, weil dieser Aufstand entscheidend zur Stärkung des nationalen Bewusstseins der Slowaken führte und einer Abkehr zum Prager Vorkriegszentralismus bedeutete.<sup>54</sup> Dies, weil der Slowakische Nationalaufstand vor allem der Kommunistischen Partei eine enorme Popularität verschafft hat, wurde sie doch jetzt als eine nationale Bewegung gesehen, welche mit sowjetischer Hilfe die Interessen des slowakischen Volkes gegenüber den Tschechen vertreten würde.<sup>55</sup> Schließlich fanden viele Slowaken nach den Erfahrungen mit der Ersten Republik, eine Rückkehr in die Tschechoslowakei wenig attraktiv.

Die Slowakische Kommunistische Partei passte sich dieser Stimmungslage in der Bevölkerung an und betonte die Gemeinsamkeiten des antifaschistischen Kampfes, was zwangsläufig zur Stärkung des slowakischen Nationalbewusstseins führte.

Zusätzlichen Auftrieb erhielt diese Bewegung durch politische und militärische Aspekte, welche den slowakischen Interessen positive Impulse gaben.

So war dem Slowakischen Nationalrat bereits im Verlauf des Slowakischen Nationalaufstands, sowohl von der Londoner Exilregierung als auch von der Moskauer Emigration, die Anerkennung als eines legitimen Vertreters slowakischer Interessen zugebilligt worden, was automatisch auch ein Akzeptieren der slowakischen Forderungen bedeutete.<sup>56</sup> Diese, in zahlreichen Proklamationen veröffentlichten Forderungen, zielten explizit auf die Gewährung einer uneingeschränkten Landesselbstverwaltung und die Respektierung einer nationalen Eigenstaatlichkeit der Slowakei ab. Ferner konnte es sich der Slowakische Nationalrat leisten, den Wünschen der Exilregierung von Beneš in der Frage des Tschechoslowakismus nicht nachzukommen, weil er die Führung der Exil – Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei auf seiner Seite wusste.

Während des Nationalaufstands von Banská Bystrica hatte sich der Slowakische Nationalrat mit dem Präsidium einen Obersten Staatsrat, mit dem Plenum eine für sämtliche Fragen zuständige Gesetzgebung und mit dem „Ausschuss der Beauftragten“ als Regierung, ihre eigenen revolutionären Staatsorgane gegeben. Mit dem Erschaffen und der paritätischen Besetzung der revolutionären slowakischen Nationalorgane, ging

---

<sup>54</sup> Rasek Marion: Das Nationale Erwachen und die Nationwerdung der Slowakei. S. 60

<sup>55</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S.155

<sup>56</sup> Hoensch Jörg: Studia Slovaca. S. 306/307.

eine Konsolidierung des bürgerliche Lagers, nämlich der neuen „Demokratischen Partei“ und der zuvor zerstrittenen slowakischen kommunistischen Partei, einher. Da die slowakischen Kommunisten und Demokraten in den Grundzügen der einzuschlagenden Politik übereinstimmten und im Aufstandsgebiet die von Moskau propagierte Politik des „Übergangs zum volksdemokratischen Regierungssystem“ praktizierten, konnten sie logischerweise mit der Unterstützung ihrer Forderungen durch Gottwald und die Exil – Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Beneš gegenüber rechnen.<sup>57</sup>

Die Verhandlungsposition der slowakischen Seite besserte sich zudem mit dem weiteren Vorrücken der Roten Armee nach Westen, weil der Slowakische Nationalrat die Bewilligung erhielt, hinter der Kampflinie mit Hilfe des Volkskommissariats des Inneren der UDSSR, Nationalausschüsse zu errichten und mittels „fachmännischer Ratgeber“, ihre Vorstellungen über die Reorganisation der slowakischen Nachkriegsrepublik in der Praxis umzusetzen und dabei in allen noch strittigen Fragen, die Position der Moskauer KP- Führung einzunehmen.<sup>58</sup>

Neben dem Slowakischen Nationalrat dienten diesem Zweck seit März 1945 auch die sogenannten Ämter der Delegation, so dass die befreiten slowakischen Gebiete durch de facto selbstständige Nationalorgane den Aufbau der Verwaltung vorantrieben. Der Aufbau von Nationalausschüssen, Wirtschafts- und Sozialreformen wurde vorangetrieben und auf diese Weise, von der Kommunistischen Partei der Slowakei, mittels Presse in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, der wahre Vertreter und eigentliche Verteidiger der politischen und materiellen Interessen der slowakischen Nation zu sein. Zu verdanken hatten die Kommunisten dies vor allem ihrem Präsidium, das sich den Repräsentanten der Demokratischen Partei deutlich überlegen zeigte, so dass auch diese die nationalen Interessen über Gebühr in den Vordergrund ihres Programms stellen musste, um in der Bevölkerung nicht an Glaubwürdigkeit zu verlieren. In diesem Umstand liegt auch der Grund, für die auf breiter Ebene durchgesetzten politischen Zielsetzungen der Kommunistischen Partei der Slowakei, welche dann im März 1945 proklamiert worden waren.

Insofern konnten die Vertreter des slowakischen Nationalrates der entscheidenden Phase der Machtkämpfe mit der Exilregierung von Beneš bezüglich der Verhandlungen um die Neuausrichtung des tschechisch- slowakischen Verhältnisses, im März 1945 in Moskau gelassen entgegensehen.

---

<sup>57</sup> Hoensch Jörg: Studia Slovaca. S. 309

<sup>58</sup> Ebenda: S. 310

### *c. Die Verhandlungen und der Wiederaufbau der ČSR*

Sämtliche namhafte Tschechoslowaken trafen zu besagten Verhandlungen ein, um über die Zukunft der Republik zu sprechen und wieder sollte die nationale Frage im Vordergrund des Interesses stehen. Auf der einen Seite standen die Mitglieder des Slowakischen Nationalrats und die Führer der beiden slowakischen Parteien, die sich in der Position der einzig legitimen Vertreter slowakischer Interessen sahen. Auf der anderen Seite die Repräsentanten der Exilregierung Beneš, als die Befürworter des Tschechoslowakismus. Von dieser Nationalen Front abgesehen, durften andere Parteien an der Konferenz nicht teilnehmen. Es galt, die Zusammensetzung der zu wieder errichtenden Tschechoslowakei zu bestimmen und deren Programm auszuhandeln. Die tschechoslowakischen Kommunisten unter ihrem Parteichef Klement Gottwald, hatten die Initiative übernommen, indem sie ein mit den sowjetischen Genossen erarbeitetes Programm, als einzige Verhandlungsgrundlage lancierten. Die tschechischen Sozialdemokraten, die eindeutig von ihrem sowjetfreundlichen Flügel, namentlich Zdenek Fierlinger, dominiert wurden, haben dem Verhandlungspapier nach Personalgerangel ebenfalls zugestimmt.

Als problematisch erwies sich aber die Einigung mit den slowakischen Vertretern, weil diese einen zuvor verabschiedeten Forderungskatalog einbeziehen wollten, nämlich das sogenannte „Kaschauer Programm“. Dieses besagte, dass ein Zusammenwirken der Slowaken mit den Tschechen in einem künftigen Staat nur auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung möglich sei und alle politisch relevanten Beziehungen zwischen beiden Nationen mittels gemeinsamer Vereinbarungen zu regeln seien.<sup>59</sup>

Vor allem von Gustav Husák wurde dann die föderative Lösung so vehement vertreten, dem Slowakischen Nationalrat als dem einzig legitimen Organ, die Legislative und Exekutive sowie Entscheidungsrechte in der Innen-, Rechts-, Bildungs-, und Sozialpolitik vorzubehalten, dass Gottwald sich auf Anweisung Stalins gezwungen sah, die Slowaken zur Kompromissbereitschaft mit Beneš anzuhalten.<sup>60</sup> Der Vergleichsvorschlag von Gottwald sicherte dem slowakischen Nationalrat die legislative Gewalt und damit der Slowakei Teilautonomie zu, jedoch blieb er unverbindlich, da die Aufteilung der Funktionen und Kompetenzen erst später geregelt werden sollte.

---

<sup>59</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 158

<sup>60</sup> Ebenda: S.159

Mithin kann konstatiert werden, dass sich bei den Verhandlungen ein tiefes Misstrauen auf beiden Seiten manifestierte, bei den Tschechen die tiefe Abneigung gegen ein föderales Staatswesen und bei den Slowaken gegen den Tschechoslowakismus. Auch wenn die Slowaken unter der Regierung, neun der 25 Kabinettsplätze in der Regierung Fierlinger besetzen konnten, kann nicht übersehen werden, dass die nationalen Aspirationen der Slowaken damit nicht befriedigt waren und eine Auseinandersetzung mit den Tschechen noch ausstand. Mit der Aufnahme der Amtsgeschäfte am 10. Mai 1945 war die Machtübernahme durch die Kommunisten bereits eingeläutet. Unter dem linken Sozialdemokraten Fierlinger hatten sich die Kommunisten nicht nur die Mehrheit im Nachkriegskabinett, sondern auch die politisch einflussreichsten Ressorts gesichert.<sup>61</sup> Das einen Monat zuvor proklamierte Kaschauer Programm, welches auch das weitere Vorgehen gegen die deutschen und ungarischen Minderheiten regelte, wurde rigoros angewandt und brachte damit die straff organisierten kommunistischen Parteien, in eine privilegierte Position. Mit den Nationalisierungen, der Verwaltungsreform, der Entrechtung und Vertreibung von Minderheiten, Massenprozessen und antifaschistischen Säuberungsaktionen, sowie dem Verbot unliebsamer Parteien, wurden die Weichen für eine grundlegende gesellschaftliche und politische Umgestaltung des neuen Staates gestellt. Die im Oktober 1945 zusammengetretene provisorische Nationalversammlung setzte den Termin für die ersten allgemeinen, freien und geheimen Wahlen, die über die Geschicke des Landes bestimmen sollten, für den 26. Mai 1946 an. Unmittelbar daran, begann der Wahlkampf, der mit bis dato ungewohnter Schärfe geführt wurde und brachte viele bis dahin übertünchte Differenzen zwischen den antifaschistischen Parteien zu Tage. Als sich auch noch die Zwistigkeiten zwischen Prag und Bratislava wegen der Forcierung der Föderalisierung der Republik verschärften, sah sich Gottwald gezwungen, die Genossen zur Raison zu bringen und dem Slowakischen Nationalrat einen Kompromiss abzurufen. Die wiedererstandene Tschechoslowakei wurde weder zu einem Zentralstaat, noch einer Föderation zweier gleichberechtigter Bundesstaaten, sondern besaß nun ein eigenes Parlament, wenngleich ohne eigene Organe für die tschechischen Länder, ein Konstrukt, welches als „politische Asymmetrie“ bezeichnet wird.<sup>62</sup> Nachdem die slowakischen Kommunisten im Wahlkampf bezüglich der Interessenwahrung der Slowaken langsam verstummten, nahm sich die Demokratische

---

<sup>61</sup> Hoensch Jörg: Geschichte der Tschechoslowakei. S. 122

<sup>62</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 163

Partei dieses Themas an. Das hatte zur Folge, dass zwar gesamtstaatlich die Kommunisten auf rund 37 % der Stimmen kamen, aber die Demokratische Partei in der Slowakei 62 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte, während auf die dortigen Kommunisten nur 30,4 % entfielen.<sup>63</sup>

Die tschechischen Kommunisten gingen als Sieger aus dem Wahlkampf hervor, da die Kommunisten zusammen mit den gefügigen Sozialdemokraten die Mehrheit im Parlament hatten und die wichtigsten Ministerien zur weiteren Machtübernahme besetzten, die Sozialdemokraten jedoch mit unwichtigen Posten abgespeist wurden. Die Slowaken hingegen hatten aufgrund von drei Prager Vereinbarungen, Kompetenzeinschnitte zu verkraften, was einem zentralistischen Sieg Prags gleichkam. Es dauerte lediglich bis 1947, bis die demokratische Partei endgültig ausgeschaltet war und die Gleichschaltung von Polizei, Gewerkschaften und Massenmedien und die damit einhergehende Einschüchterung der Bevölkerung den Kommunisten es ermöglichte, ihre Machtposition auszubauen.

So wurde mit der Sowjetunion ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen und der allmählich Einfluss des „großen Bruders“ äußerte sich etwa im „Zweijahresplan“ oder der Ablehnung der Marshall- Plan- Hilfe. Neben einer Vielzahl schwellender Konflikte, löste nun ein Streit zwischen Demokraten und Kommunisten über die Kontrolle der Polizei, Mitte Februar 1948 eine bürgerkriegsähnliche Staatskrise aus.

Am 25. Februar 1948 erfolgte die kommunistische Machtergreifung, indem Gottwald mit Hilfe der von Kommunisten durchsetzten Ausschüsse und Miliz, den Staatspräsidenten Beneš zur Anerkennung der neu geschaffenen politischen Situation zwang.<sup>64</sup> Nach diesem sogenannten „Coup de Prague“ wurde am 9. Mai 1948 die neue Verfassung verabschiedet, welche den Status der einheitsstaatlichen Tschechoslowakei beibehielt, de facto jedoch das Ende der Privilegierung der Slowaken gegenüber den Tschechen bedeuten sollte.<sup>65</sup>

### **3. Die Konsolidierung der Sozialistischen Republik**

Der kommunistische Putsch vom Februar 1948 war der Beginn der kommunistischen Diktatur und das jähe Ende einer Tschechoslowakei nach den Visionen des Eduard

---

<sup>63</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 165

<sup>64</sup> Bohmann Alfred: Menschen und Grenzen. S. 355

<sup>65</sup> Hoensch Jörg: Studia Slovaca. S. 400

Beneš, insoweit als Klement Gottwald nun zum Aufbau eines zentralistischen Staates nach sowjetischem Vorbild aufrief. Die pluralistisch– demokratische Struktur der Verfassung wurde jetzt in ein Machtmonopol der Kommunistischen Partei transformiert, dem alle staatlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Elemente untergeordnet wurden.<sup>66</sup> Die Notwendigkeit einer Konsolidierung dieser neu gewonnenen Macht fing an, sich noch 1948 voll zu entfalten, mittels der Auseinandersetzung mit den Kirchen, den eine Kollektivierung ablehnenden Bauernstand und den bürgerlichen Kräften. Die kommunistische Schreckensherrschaft sollte nicht nur ausgeübt werden gegen besagte Kräfte, die nicht bereit waren, sich dem Führungsanspruch der Partei unterzuordnen, sondern auch gegen die eigenen vornehmlich slowakischen Mitstreiter der „Glorreichen Februarrevolution“.

#### *a. Unterwerfung der Slowaken*

Bereits nach ihrer Machtübernahme bereiteten die Kommunisten die endgültige Unterwerfung der Slowakei vor. Um eine Konterrevolution auszuschließen, wurden in der Weihnachtsnacht von 1948 rund 1.600 Personen meist aus uniformierten Kreisen, als Kern einer Widerstandsbewegung verhaftet. In zahlreichen Scheinprozessen wurden die Regierungsgegner abgeurteilt und ihr Eigentum konfisziert. Insbesondere die Mitglieder der Demokratischen Partei wurden, sofern nicht ins Exil geflüchtet, reihenweise wegen „Verschwörung gegen den Staat“ oder als sogenannte „slowakische Verschwörer“, zu hohen Haftstrafen verurteilt. So etwa hohe Politikfunktionäre wie Jan Ursíny. Da Nichtkommunisten unter ständiger Beobachtung standen und bereits eine Äußerung zugunsten des slowakischen Nationalismus zur Verhaftung genügte, war kaum noch mit bürgerlichem Widerstand zu rechnen.

Nach kommunistischer Auffassung, hat der Sieg der Arbeiterklasse das Erfordernis einer organisatorisch selbstständigen Slowakei aufgehoben. Mit der Ausschaltung der slowakischen Bourgeoisie, sei auch der slowakische Nationalismus beseitigt worden. Folgerichtig wurde in der Verfassung vom Mai 1948 die eingeschränkte Stellung der slowakischen Regierungsorgane auch so statuiert, dass die Volksdemokratie ein noch drastischerer Einheitsstaat als die Erste Republik war und die Slowaken in dieser engen „Partnerschaft“ den Tschechen zu gehorchen hatten.<sup>67</sup> Die Gottwaldsche Verfassung war von einer politischen Sonderentwicklung für die Slowakei weit abgerückt, was sich

---

<sup>66</sup> Krejčí Jaroslav: Sozialdemokratie und Systemwandel. S. 182

<sup>67</sup> Predavovich von Nikolaus: Die Tschechoslowakei 1918-1992 .S.185

beispielsweise auch in der Verwendung des Terminus der beiden staatsbildenden „Brudernationen“ manifestierte.

Das Dreidimensionale System blieb unerfüllt, vielmehr wurde das „asymmetrische System“ weiter beibehalten, so der des Gesetzesinitiativrechtes beraubte Nationalrat der Slowakei und der Ausschuss der Beauftragten in der Funktion der Landesregierung. Die Aufgaben des Slowakischen Nationalrats reduzierten sich somit auf die Bildungs-, Kultur-, und Gesundheitspolitik, soweit sie denn mit dem einheitlichen Wirtschaftsplan der Tschechoslowakei korrelierten.

Die ursprüngliche Kernkompetenz des Slowakischen Nationalrats, nämlich das Recht auf Gesetzesinitiativen, wurde dahingehend elementar beschnitten, als diese sowohl vom Kabinett in Prag, als auch dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, gegenzeichnet werden musste.<sup>68</sup> Die Gesetzgebungsbefugnisse des slowakischen Nationalrates waren jedoch ohnehin nicht von Bedeutung, weil das Land zunehmend durch Verwaltungsdekrete von der Prager Zentralregierung gesteuert wurde.

Parallel zur Umstellung des bürgerlichen Systems auf die kommunistische Parteilinie, leitete das „Zentrale Arbeitskomitee“ der Volksfront unter dem Ministerpräsidenten Zápotočský, eine Säuberung aller nur erdenklicher potentiellen Gefahrenherde der Opposition ein. Zu der Welle der Entlassungen gehörten nicht nur Universitäten, Verbände und Unternehmen, sondern in erster Linie auch die öffentlichen Ämter, wo tausende Mitarbeiter wegen angeblicher Unzuverlässigkeit, aus dem Staatsdienst scheiden mussten.<sup>69</sup>

Weiters wurde die Beseitigung unerwünschter Personen per Dekret ermöglicht. Bereits im Oktober 1948 schuf die Regierung damit ein Instrument, um „Personen zwischen 18 und 60 Jahren, die die Arbeit scheuen oder den Aufbau des volkswirtschaftlichen Regimes oder das Wirtschaftsleben gefährden“, in Zwangsarbeitslager verbringen und sich ihrer damit dauerhaft entledigen zu können.

Folgerichtig dienten die von Kommunisten und ihren Mitläufern besetzten staatlichen Organe praktisch nur noch zu Vorzweigezwecken.

Parallel zur Entmachtung des Slowakischen Nationalrats, wurde die unter größtmöglicher Beibehaltung einer nach außen zur Schau gestellter Eintracht in „Grabenkämpfen“ die Unterwerfung der slowakischen kommunistischen Partei vollzogen. Die Weichen hierfür wurden bereits im Juli 1948 gestellt, als das Zentralkomitee beschloss, die slowakische Parteiorganisation habe ihre

---

<sup>68</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 174

<sup>69</sup> Predavovich von Nikolaus: Die Tschechoslowakei 1918-1992 .S. 187



Eigenständigkeit aufzugeben und mit der tschechischen Mutterpartei zu verschmelzen. Diesem Vorgehen konnte die Kommunistische Partei Tschechiens Nachdruck verleihen, war sie doch aus den im Mai stattgefundenen Wahlen, als stärkste Partei hervorgegangen, die mit 211 der 300 Sitze das Parlament dominierte.

Trotzdem dauerte es rund zwei Monate bis die slowakischen Kommunisten diese Anweisung in die Praxis umsetzten. Ein deutlicher Hinweis darauf, wie schwer die Zerwürfnisse zwischen tschechischen und slowakischen Genossen waren. Formal bestand die slowakische Parteiorganisation ihrem Namen nach unverändert weiter, jedoch bestand ihre Hauptaufgabe nun darin, die in Prag gefällten Beschlüsse auch in der Slowakei umzusetzen. Mithin war also das Ergebnis dieser Umstrukturierung der Partei, eine faktische Unterordnung der slowakischen Führungsorgane gegenüber dem Prager Zentralkomitee. Die Massenaufnahme von Parteianhängern machte schließlich am 17. November 1948 eine endgültige Vereinigung der tschechischen und slowakischen Sektion notwendig.

Den Spannungen innerhalb der Partei tat das aber keinen Abbruch, wie sich am IX. Parteitag vom Mai 1949 zeigen sollte. Zwischen einer Gruppe um Gottwald und Zápotocký und der anderen Gruppe um Generalsekretär Slánský und dem mit der Leitung der autonomen Slowakei betrauten Husák, kamen erste Differenzen wegen der Machtverteilung zum Vorschein, welche nur bis zum März 1950 gekittet werden konnten, weil der Kampf gegen die nach mehr Unabhängigkeit pochende Slowakische Kommunistische Partei Vorrang hatte. In den politischen Schauprozessen zu Beginn der fünfziger Jahre, erfolgte die Verurteilung bedeutender Repräsentanten der Londoner Exilgruppe, von Mitgliedern „bourgeoiser“ Parteien und Kirchenangehöriger, ebenso wie slowakischer Kommunisten, die aktiv am Slowakischen Nationalaufstand teilgenommen hatten und nun im Laufe der Prozessführung bezüglich der Lösung der staatsrechtlichen Stellung der Slowakei, diskreditiert wurden.<sup>70</sup> Exemplarisch hierfür genannt seien dreizehn Abgeordnete der tschechischen Sozialisten, die in Hochverratsprozessen zwecks Einschüchterung zu lebenslänglichen Haftstrafen oder wie die sozialistische Abgeordnete Milada Horáková - als erste Frau überhaupt- zum Tode verurteilt wurden.

Ihren weiteren Höhepunkt erreichten die Säuberungen auf Parteiebene nach der Sitzung des Zentralkomitees vom März 1950, die eine Ablösung von nicht linientreuen Ministern nach sich zog. Auch wurden, die einen slowakischen Nationalkommunismus

---

<sup>70</sup> Rasek Marion: Das Nationale Erwachen und die Nationwerdung der Slowakei. S.62

verfolgenden und die Kirchenpolitik der Regierung kritisierenden Husák, Novomeský, Horvath, Holdoš und Okáli, kurzum die Leitfiguren des Aufstandes von 1944 und zugleich Mitglieder des slowakischen Beauftragtenausschusses, im Mai 1950 zum Rücktritt gezwungen und der fanatische Bacílek zum starken Mann der Slowakei gemacht. Unter seiner Leitung wurden im Herbst bereits 170.000 Parteimitglieder ausgeschlossen, im September des darauf folgenden Jahres auch Slánský und seine Clique. Nach einer Gerichtsreform, die sich am sowjetischen Muster orientierte und Stalin der Liquidierung von Klassenfeinden zustimmte, wurde Slánský und 14 Personen besagter Clique ein Schauprozess gemacht, der zu ihrer Hinrichtung, respektive lebenslanger Haftstrafe, führte. Mithin avancierte die Ausnahmegerichtsbarkeit zur Regel und die Rechtsunsicherheit im Staate wurde so vertieft.

Trotz des Todes von Gottwald im März 1953, kam es in der Tschechoslowakischen Republik bis auf weiteres zu keiner wesentlichen Kursänderung. Dies manifestiert sich deutlich im Fortführen der Säuberungsaktionen und der hohen Haftstrafen für Husák und seine Anhänger, im April 1954 wegen „Titoismus“ und „slowakischem „Separatismus“. Die Mehrzahl der Schlüsselstellungen in der slowakischen Verwaltung und Industrie war in der Folge mit tschechischen Genossen besetzt, welche die Arbeiterunruhen vom März 1954 schnell niedergeschlagen und die slowakischen Selbstständigkeitstendenzen im Keim ertickt haben.<sup>71</sup>

Die Festigung dieses tschechischen Zentralismus erfolgte beim X. Parteitag im Juni 1955, indem sich das neu gewählte Zentralkomitee zur „kollektiven Führung“ bekannte, die Parteiführung gestrafft wurde und im Juni die slowakische Sektion die entsprechenden Änderungen vornehmen musste.

Somit war der slowakische Nationalismus auf politischer und auch gesellschaftlicher Ebene im Staate vorerst komplett ausgeschaltet. Die Kommunistische Partei konzentrierte ihr Augenmerk in den darauffolgenden Jahren darauf, im Einklang mit der Sowjetunion auf deren Innen- und Weltpolitik zu reagieren, wozu in erster Linie die Entstalinisierungswelle, sowie die Kuba- und Berlin Krisen gehörten.

In dieser Phase der frühen sechziger Jahre, sollten für die weitere Entwicklung in der Tschechoslowakei zwei Faktoren entscheidend werden.

Einmal die desaströse Wirtschaftslage in Folge der einseitigen Förderung der Schwerindustrie, die 1963 mit einer Wachstumsrate von -2,2% ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte und in der zuvor wirtschaftlich erfolgreichen Tschechoslowakei für

---

<sup>71</sup> Hoensch Jörg: Geschichte der Tschechoslowakei. S.158

Unmut in der Bevölkerung sorgte. Wegen der seit 1963 wachsenden Unruhe, insbesondere unter der Arbeiterschaft und der sinkenden Realeinkommen, brachen sogar wilde Streiks aus und der Staatspräsident Novotný kam deshalb in innenpolitische Bedrängnis. Zum anderen die zweite sowjetische Entstalinisierungswelle von 1961, deren Auswirkung eine Parteibereinigung war und die Drahtzieher der Slánský Prozesse die Ämter kostete. Damit lief die bereits 1956 kurzzeitig aufgeflamnte Rehabilitierungswelle wieder an und brachte wieder Regimekritische Kräfte zum Vorschein, die sich bis Ende 1962 zu einer Anti- Novotný- Opposition formierten. Die Front des tiefen, die gesamte Gesellschaft erfassenden Konflikts, verlief in der Tschechoslowakei nicht nur zwischen Parteimitgliedern und Parteilosen, sondern quer durch die ganze Bevölkerung, so dass es unter den gegebenen sozialen, historischen und politischen Umständen keinen anderen Weg gab, als dass der Konflikt in einem scharfen innerparteilichen Kampf eskalieren musste.<sup>72</sup>

### ***b. Slowakisches Aufbegehren***

Angesichts der angespannten Situation merkten die reformorientierten Kräfte, mit den Slowaken als treibender Kraft der Bewegung, dass nun der richtige Moment gekommen war, politisch und wirtschaftlich eine Vorstoß zu wagen, der später den Begriff „Reformkommunismus“ geprägt hat. Die politische Sprengkraft dieses ganzen Prozesses, dürfte der in Moskau auf dem XXII. Parteitag initiierten Entstalinisierungswelle vom Oktober 1961 zuzuschreiben sein, die in der Slowakei auf fruchtbaren Boden fiel. Die intensive Bildungspolitik der kommunistischen Regierung brachte in der Slowakei eine breite Intelligenzschicht hervor, die gegen den Prager Zentralismus und das versteinerte Parteiregime mittels Kultureller Faktoren opponierte.<sup>73</sup>

Trotz wiederholter Repressionsmaßnahmen seitens der staatlichen Behörden, wurde vom Slowakischen Hochschulverband Kritik an den Unrechtsurteilen an den slowakischen Nationalkommunisten geäußert. Mit der Zeitschrift des slowakischen Schriftstellerverbandes hat man ein Forum gefunden, das nicht nur die slowakische, sondern auch die tschechische Öffentlichkeit ansprach, so dass die Partei sich dem wachsenden öffentlichen Druck beugen und „die Verletzung der sozialistischen Gerechtigkeit“ einräumen mussten. Die hierzu eingerichtete Untersuchungskommission,

---

<sup>72</sup> Hejzlar Zdenek: Reformkommunismus. S. 80

<sup>73</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 190

hatte eine Rehabilitierung von mehr als vierhundert Funktionären der kommunistischen Partei zur Folge und wurde um die Barnabitenkommission erweitert, welche enthüllte, dass der bürgerliche Nationalismus der slowakischen Kommunisten eine „niederträchtige Konstruktion“ war.<sup>74</sup>

Die bekannt gewordenen Untersuchungsergebnisse lösten in der Slowakei eine Flut von Protesten und öffentlichen Angriffen gegen das Regime aus. Von der Slowakei ausgehend, gewann die Revisionslawine auf den Kongressen der slowakischen und tschechoslowakischen Schriftsteller, sowie der slowakischen Journalisten im April und Mai des Jahres 1963 dermaßen an Dynamik, dass der Präsident Novotný nur mit Mühe die Verantwortung von sich auf andere Funktionäre lenken konnte.

Die Rehabilitation und Wiederaufnahme der slowakischen bürgerlichen Nationalisten Husák und Novomeský in die Partei, gab dem nationalen Moment der Slowaken weiteren Auftrieb. Besonders Gustav Husák ließ mit seinen Protesten gegen die Anschuldigungen des Politbüros betreffs des bürgerlichen Nationalismus nicht locker und gewann dafür eine immer stärkere politische Unterstützung durch die Teilnehmer des slowakischen Volksaufstandes, so dass dieses Problem zu einem ganzslowakischen Politikum avancierte und das Politbüro sich gezwungen sah, die Berechtigung der betreffenden Anschuldigung zu prüfen.<sup>75</sup>

Der öffentlichen Forderung, die wegen bürgerlichem Nationalismus Verurteilten zu rehabilitieren und die Schuldigen zu bestrafen, kam der Oberste Gerichtshof im August 1963 nach. Den neuen Ministerpräsidenten stellte nun der Vorsitzende des slowakischen Nationalrats, Jozef Lenárt, während der bis dato unbekannte Alexander Dubček das Amt des ersten Sekretärs der Slowakischen Kommunistischen Partei übernahm.

Obwohl von Parteichef Novotný scharf kritisiert, konnten sich die Reformer und die ausufernden Diskussionen in der Slowakei frei entfalten, da Dubček sie gewähren ließ. Dieser in Gang gekommene Prozess ließ sich nicht stoppen, denn es bildeten sich verschiedene Gruppen in gesellschaftlichen Institutionen, an Hochschulen, in den Redaktionen von Zeitschriften und in Bereichen der Filmproduktion, die das sozialpolitische Denken der Gesellschaft in Bewegung brachten.<sup>76</sup>

Die Aufbruchstimmung und der Erfolg der Protestbewegung, setzte auch eine neue Welle des slowakischen Nationalgefühls frei, die man später als den „Pressburger

---

<sup>74</sup> Hejzlar Zdenek: Reformkommunismus. S. 112

<sup>75</sup> Zeitlberger Otto: Von der ČSSR zur ČSFR. Vom Traum zur Wirklichkeit. S.14

<sup>76</sup> Ebenda: S. 15

Frühling“ bezeichnet hat.<sup>77</sup>

Dies insofern, als die allmählich das ganze Land ergreifenden Reformdiskussionen der slowakischen Intellektuellen sich mit der Kritik am Machtanspruch der Parteizentrale, dem Missbrauch der marxistisch-leninistischen Lehre und der Forderung nach Selbstverwaltung der Slowakei, respektive der Föderalisierung des Gesamtstaates, verbanden.

Ihren vorläufigen Höhepunkt sollte die Slowakische Nationenwerdung in den folgenden beiden Jahren erfahren. Im August 1964 wurde der 20. Jahrestag des Slowakischen Nationalaufstandes gefeiert und zwar als einer Tat des slowakischen Volkes und nicht als einer Tat der Tschechoslowakisten oder der Sowjetunion. Dies spiegelte die Auffassung der Slowaken wieder, der Aufstand sei eine vom Volk ausgehende Aktion gewesen, so dass der von der Tiso- Herrschaft befreiten Slowakei das Recht auf eine eigene politische Rolle im eigenen Staat zustehe. Ebenso Aufsehen erregend, wie die besagte von Politprominenz besuchte Feier, waren die Festlichkeiten zum 150 Geburtstag von Nationalheld Ľudovít Štúr im Jahre 1965, die noch stärker und tiefgreifender auf das Nationalbewusstsein der Slowaken zu wirken vermochten als es die jüngsten Rehabilitierungserfolge taten.

Der Unzufriedenheit wegen der Missachtung des Prinzips der Gleichberechtigung der Slowaken in der neuen Verfassung von 1960 und der Aufdeckung der falschen Anklage gegen die bürgerlichen slowakischen Nationalisten, konnte durch die Regierung Novotný bis 1967 trotzdem nicht ernsthaft begegnet werden, da dieser mit seinem völligen Unverständnis für nationale Probleme fortwährend neuen Explosivstoff hinzufügte.

Der Parteitag 1966 brachte insofern eine entscheidende Wende, als die bereits beschlossene Beschleunigung der Reformrealisierung am konservativen Novotný und dem ihm zur Seite stehenden bürokratischen Parteiapparat scheiterte. Die schlechte Versorgungslage und die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Wirtschaftsführung führten zu innenpolitischen Spannungen.

In Bedrängnis kam die Regierung Novotný aber erst, als sie die Lage falsch einschätzte, indem sie nicht nur den Konflikt mit der gesamten Intelligenz mittels rücksichtsloser Härte löste, sondern auch gegen die slowakischen Kommunisten mit Arroganz und Drohgebärden agierte.<sup>78</sup> Während man die brutal niedergeschlagenen Studentenunruhen mit der Verbreitung antikommunistischer Propaganda zu

---

<sup>77</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 191

<sup>78</sup> Hejzlar Zdenek: Reformkommunismus: S. 122

rechtfertigen suchte, wurde die anschwellende Opposition der Slowaken um Husák des antisozialistischen slowakischen Nationalismus bezichtigt. Aufgrund seiner antislawischen Ausfälle und der angekündigten Bereinigung der Partei, haben sich nicht nur die slowakischen Kommunisten, sondern sämtliche Kritiker um Dubček zusammengeschlossen. Der bedrängte Präsident konnte jedoch weder auf die unterstützende Einmischung seitens der Sowjetunion, noch auf einen Coup d'état hoffen. Vielmehr einigten sich seine Gegner nach langem Tauziehen am 5. Januar 1968, auf die Absetzung von Novotný und auf Dubček als Nachfolger auf dem Posten des ersten Sekretärs der Zentralkomitees der Kommunistischen Partei.

#### **4. Der „Prager Frühling“ und seine Folgen**

Damit waren die Zeichen auf Wandel gestellt, es begann die kurze Ära der Reformen.

##### ***a. „Der Prager Frühling“***

Alexander Dubček kommt bis heute in der tschechischen und erst recht in der slowakischen Geschichtsschreibung eine besondere Bedeutung zu, die er seinen Reformbestrebungen, landläufig mit dem „Prager Frühling“ bezeichnet, zu verdanken hat.

Mit dem Rücktritt von Novotný als erstem Parteisekretär am 5. Januar und als Staatspräsidenten am 22. März, schieden auch mehrere starre Dogmatiker aus dem Zentralkomitee aus. Die Wahl Dubčeks durch die Mitglieder des Zentralkomitees sollte sich nicht als eine Verlegenheitslösung erweisen, sondern entsprach dem Umstand, dass die an Gegensätzen bunte Anti- Novotný Opposition aus dem Kreis der potentiellen Kandidaten keinen besseren als Dubček finden konnte. Wegen seiner Vergangenheit- er studierte an der Parteihochschule in der UDSSR- war er sowohl für den Kreml als auch die Kommunistische Partei in der Tschechoslowakei ein akzeptabler Parteiführer, der zudem aufgrund seiner persönlichen Eigenschaften bei der Bevölkerung Sympathien wecken konnte.

Da es in der Partei noch brodelte, suchte Dubček zwischen dem Reformflügel und dem immer noch präsenten, die harte Linie vertretendem konservativen Flügel, zu vermitteln. Mit seiner auf Ausgleich bedachten Art, wusste er auch die konservativen

Kommunisten für die Erneuerung von Staat und Partei zu gewinnen und sah sich insofern an der Parteispitze einer breiter werdenden und mit jüngeren Kräften bespickten Reformbewegung.

Obleich die Beschlüsse des Januar Plenums noch sehr vorsichtig waren, kommt man nicht umhin, in den Folgemonaten von einem grundlegend anderen Klima in Politik und Gesellschaft zu sprechen. Bereits im Februar trugen Kommunique der Regierungsorgane an die Öffentlichkeit dazu bei, dass bei ihr das Bewusstsein der Kritisierbarkeit politischer Entscheidungen geweckt wurde. Beigetragen hat dazu sicherlich die Ansprache Dubčeks vom 22. Februar, in der er andeutete, dass die ČSSR ihre Außenpolitik nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Nutzens und der internationalen Solidarität ausrichten und eine Verletzung der Bürgerrechte nicht mehr dulden werde, so dass die durch diese Aussage ermutigten Kreise inner- und außerhalb der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, eine weitgehende Demokratisierung des politischen Systems, eine Verfassungsänderung und schließlich die Föderalisierung der Republik forderten.<sup>79</sup> Bezüglich der letztgenannten Forderung machten sich naturgemäß die Slowaken begründete Hoffnungen, hatte sich doch Dubček in der Vergangenheit immer wieder für slowakische Interessen eingesetzt und war darüber auch mit Novotný in Zwist geraten.

Die radikaleren Vertreter der Opposition mobilisierten mit ihrem Auftreten in Versammlungen, Presse, Hörfunk und Fernsehen die öffentliche Meinung, die sich allmählich zu einer wichtigen Komponente der neuen Situation entwickelte. So waren im März rund 75% der befragten Bevölkerung der Meinung, es stehe eine entscheidende Wende in der Innenpolitik bevor, die das sozialistische Gesellschaftssystem allerdings nicht gefährde, obwohl öffentliche Forderungen nach Bürgerfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit vorgetragen wurden, so beispielsweise auf der Massenversammlung vom 20 März 1968 in Prag.<sup>80</sup>

Möglich wurde diese neue Art der Freiheit, weil die präventive Zensur abgeschafft wurde und es den Bürgern erlaubt war, inoffizielle Zirkel zu bilden, um die Wünsche der Bevölkerung artikulieren zu können. Im selben Monat war es zu Regierungsumbildungen gekommen, die diesen Wandel in der Staatsführung ermöglichten. Ludvík Svoboda, ein Opfer der Säuberungswelle von Gottwald, wurde bezeichnenderweise zum Staatspräsident und der ehemalige „bürgerliche slowakische Nationalist“ Husák zum stellvertretenden Ministerpräsidenten. Alle, auch Novotný

---

<sup>79</sup> Hoensch Jörg:: Geschichte der Tschechoslowakei. S. 165

<sup>80</sup> Hejzlar Zdenek: Reformkommunismus. S. 149

selbst, stimmten für den Entwurf des Aktionsprogramms, wie auch für die vorgeschlagenen Umbesetzungen in der Partei und Staatsführung. Dadurch kamen die meisten der Novotný- Leute um ihre Posten und sein Kader wurde in Folge dessen unbarmherzig zerschlagen. Insbesondere die Diskussion um den Terror der fünfziger Jahre, brachte die alten Kader zum Rückzug aus dem öffentlichen Leben oder dem Bekenntnis zu Dubček, so dass zu diesem Zeitpunkt die ehemalige Opposition die Partei beherrschte.

An entscheidenden Stellen in Partei und Staat saßen nun Persönlichkeiten, die zu den Hauptakteuren der dramatischen und später tragischen Entwicklung in der Tschechoslowakei gehörten, deren Verlauf ich gesondert im Anschluss an den Prager Frühling erläutern werde. Doch wie lautete nun das Aktionsprogramm und wie verhielt sich die Situation in der Tschechoslowakei selbst, die später als der „Prager Frühling“ für weltweites Aufsehen sorgen sollte?

Aus dem Charakter der Krise und unter Berücksichtigung der gegebenen Umstände, ergab sich, dass die zentrale Frage des Reformprogramms die Wandlung der Kommunistischen Partei und ihrer Rolle in der Gesellschaft sein musste. Wie aus dem Aktionsprogramm ersichtlich, haben die Reformkräfte den Fehler in der führenden Rolle der Partei im Sinne einer Diktatur über die Gesellschaft ausgemacht. Diese Rolle gelte es nun, in eine integrierende Kraft innerhalb der Gesellschaft zu transformieren.

Hierbei avancierte zum Motor und somit auch zum Repräsentanten der Reformbewegung Smrkovský, dessen Handschrift das am 5. April 1968 verabschiedetes Aktionsprogramm trägt. Es sollte einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ ermöglichen und eine neue Phase der sozialistischen Revolution einläuten, wobei die Kommunistische Partei ihres Machtmonopols beschnitten und nur auf die Rolle einer organisierten, entscheidenden, progressiven Kraft in der Gesellschaft ausgerichtet sein sollte.<sup>81</sup> Für diese Rolle, sollte die Partei mit einem Programm ausgestattet werden, das den Massencharakter und damit die Vorhutstellung der Partei stärken sollte.

Während die vom Reformtaumel erfasste Bevölkerung nach demokratischem Mehrparteiensystem lechzte, fand sich Dubček allmählich in der Rolle des Schiedsrichters, der versuchte die wachsenden Spannungen in Partei und kommunistischem Ausland auszugleichen, sollte doch nach seinen Vorstellungen grundsätzlich nicht am Prinzip des Sozialismus gerüttelt werden. Vielmehr waren

---

<sup>81</sup> Hoensch Jörg:: Geschichte der Tschechoslowakei. S. 166



politisch lediglich eine Dezentralisierung der Macht und die Schaffung von Rechtsgarantien angedacht. Das bedeutet, die grundlegende Garantie der Gesetzlichkeit, die von politischen Faktoren unabhängig und somit nur an das Gesetz gebunden ist, mithin als die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten bezeichnet werden kann. Des Weiteren sollte die Weiterentwicklung von Wirtschaft die Reformen flankieren, wobei die Dezentralisierung und die Marktliberalisierung, den gesellschaftlichen Bedürfnissen Rechnung tragen sollten.

Mit der Entstehung der freien öffentlichen Meinung und dem missverstandenen Verzicht der Kommunistischen Partei auf die administrative Führungsrolle, kam es auch zur Koalitionsfreiheit und somit zur Bildung neuer Verbände, politischer Klubs und Wiederherstellungsbestrebungen der Sozialdemokraten. Weiters war für die Parlaments- und Kommunalwahlen von 1968 ein neues Wahlgesetz ausgearbeitet worden, das eine beträchtliche Demokratisierung des Wahlsystems bedeutet hätte und es sollte auch die Umgestaltung des politischen Systems bis 1970 und die Annahme einer neuen Verfassung erfolgen. Diese durchgehende Erneuerung des politischen Systems sollte auf der Grundlage einer Öffnung der Partei für das Gespräch mit der Bevölkerung stattfinden, um auf Fehlentwicklungen reagieren zu können.

In der Slowakei fand diese Atmosphäre der Mitbestimmung raschen Anklang und die Frage des slowakischen Nationalismus rückte wieder verstärkt in den Blickpunkt der Nation. Dies, weil die slowakische Bevölkerung die Schuld an den Versorgungsmängeln und der Stagnation, der Fehldisposition der allein bestimmenden Prager Zentralregierung anlastete.

Nun konnten slowakische Intellektuelle ungefährdet ihre nationalen Interessen in der Öffentlichkeit propagieren, Selbstverwaltungsrechte für die Slowakei einfordern und sogar urpatriotische Vereinigungen wie die „Matica Slovenská“ wieder ins Leben rufen.<sup>82</sup>

Folgerichtig wurden die Forderungen der Slowaken nach einer neuen staatsrechtlichen Regelung des Verhältnisses zwischen den „Brudernationen“, das bedeutet, der Bildung eines Bundesstaates nach dem Nationalitätenprinzip, seit Mai 1968 immer lauter und die Erfüllung dieser Forderung entwickelte sich zu einer nicht wegzudenkenden Komponente des Reformprozesses. Die Ausarbeitung einer Lösung oblag seit Mai 1968 mehreren Regierungskommissionen, wobei Verfassungsänderungen und Gesetze angestrebt waren, die eine Föderalisierung der Tschechoslowakei zum 50. Jahrestag der

---

<sup>82</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 195

Staatsgründung und anschließend im Januar 1969 ein Krafttreten hätten ermöglichen können.

Letztendlich einigte man sich auf die Tschechoslowakei als einen Bundesstaat, der aus zweien souveränen, auf nationalrechtlicher Grundlage stehenden Republiken bestehen sollte, die in Bereich der Kultur und Wirtschaft autonom und in puncto Außenpolitik, Verteidigung und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen als Gesamtstaat agieren sollten.<sup>83</sup> Die Grundsätze dieser föderativen Regelung wurden als Antragsgegenstand für den XIV. Parteitag dann im August 1968 durch das Präsidium der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei verabschiedet.

Damit war ein wesentlicher Schritt zum langgehegten Traum einer weitestgehend gleichberechtigten slowakischen Nation getan.

### ***b. Die Folgen des“ Prager Frühlings“***

Der schmale Grat, auf dem die Reformkommunisten des Prager Frühlings balancierten mussten, war wesentlich von einem sogenannten „internationalen Faktor“ bestimmt, womit der sowjetischen Großmachtblock und seine Reaktionen auf die Reformbewegung gemeint sind. Es war wohl hauptsächlich diese Atmosphäre der Befreiung und Demokratisierung, die in den Parteizentralen der Nachbarländer und natürlich der Sowjetunion, die Befürchtungen aufkommen ließ, die populäre Reformbewegung könnte den tschechoslowakischen Kommunisten aus der Kontrolle entgleiten und sich unkontrolliert auch auf die anderen kommunistischen Nachbarländer ausbreiten.

Diese Reaktion erfolgte bereits Ende März 1968 mit der Einberufung eines Konsultativtreffens der Parteichefs fast aller Staaten des Warschauer Paktes, mit dem Ziel, die tschechoslowakische Situation zu beraten und den tschechoslowakischen Kurs mittels Kritik und Drohungen zu stoppen. Im April desselben Jahres kam es dann zu ersten Maßnahmen und Pressekampagnen, sowie Überlegungen einer militärischen Intervention gegen die Tschechoslowakei, einen Monat später die erste, der sich danach häufenden Konsultationen zwischen Partei- und Staatsführungen der Warschauer Pakt Länder, die ein militärisches Szenario zwecks Einschüchterung initiierten.<sup>84</sup> Nach der Konferenz von Bratislava Anfang August 1968, in der die Zusammenarbeit der

---

<sup>83</sup> Longin Martina: Abbruch- Umbruch- Aufbruch. Der Tschechoslowakische Transformationsprozess aus Historischer Sicht. S. 39

<sup>84</sup> Hoensch Jörg:: Geschichte der Tschechoslowakei. S. 167

sozialistischen Länder beschworen wurde, schien die Taktik der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei aufzugehen, alles zu unterbinden, was die Beziehungen zu Moskau stören könnte.

Die Intervention durch fünf Armeen des Warschauer Paktes am 20. August 1968 und die darauffolgende Besetzung der Tschechoslowakei mittels der Warschauer Pakt – Truppen bereiteten der Reformpolitik von Dubcek ein abruptes Ende.

In der Zeitspanne vom September 1968 bis April 1969 versuchte zwar, die zu Gunsten der Reformkommunisten umgebildete Parteiführung, die Grundwerte des Reformkurses zu retten, aber aufgrund der Breschnew- Doktrin wurde allmählich die Basis der Reformer zermürbt und somit ein Prozess der „Normalisierung“ in der Tschechoslowakei eingeleitet. Manifestiert hat sich dieser Umstand in einem Monate lang schwellenden Konflikt zwischen dem realistischen Flügel unter der Führung von Gustáv Husák, der Dubcek eine wenig energische, respektive konsolidierende Politik vorwarf und der im April 1968 in einem Machtwechsel gipfelte.

Mit Husák als neu gewähltem Erstem Sekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, gingen auch eine Umbildung des Präsidiums und damit die Ausschaltung der Reformer einher. Geleitet vom Realismus, es gebe keinen anderen Ausweg als die Normalisierungsforderungen zu erfüllen, betrieb Husák schrittweise die Formierung der Kräfte für eine solche Politik, wozu neben der Erneuerung der Partei auch die Lösung der slowakischen Frage gehörte. Obwohl mit dem Verfassungsgesetz vom 28. Oktober 1968 der Status der Slowakei mit der Föderalisierung grundlegend geändert wurde, konnte sich die slowakische Bevölkerung bei den Feierlichkeiten zum Anlass des 50. Jahrestags der Staatsgründung, angesichts der vorherrschenden Situation, für den langgehegten Traum nicht begeistern und Husák nur die Unterstützung der politischen Profiteure in Reihen der Slowaken gewinnen.

Die Tschechoslowakische Sozialistische Republik wurde am 1. Januar 1969 zu einem föderativen Staat, der sich aus zwei gleichberechtigten Nationalstaaten zusammensetzte und einen Teil ihrer Souveränität an den Bundesstaat abtrat. Diesem blieben entscheidende Vollmachten auf dem Wirtschaftssektor, der inneren Sicherheit, Verteidigungspolitik, et cetera. Die Bundesversammlung wurde in eine Volks- und Nationalitätenkammer unterteilt, in letzterer mit paritätischer Abgeordnetenzahl zum Schutze der slowakischen Rechte. Neben den föderalen Organen, erhielten Tschechen und Slowaken jeweils einen eigenen Nationalrat als nationales Parlament, eine

Landesregierung und einen Obersten Gerichtshof, so dass die von den Slowaken stets abgelehnte „Asymmetrie“ ad acta gelegt wurde.<sup>85</sup>

Nunmehr folgten Jahre der Normalisierungsmaßnahmen, die ihren Niederschlag in der Repression des politischen und kulturellen Lebens der Tschechoslowakei fanden.

Bis Juni 1970 ging die erste Welle der Säuberung des Staats-, Wirtschafts- und Kulturapparats, die tausende Arbeitsplätze vernichtete und auch zu einer Auslandsabwanderung der Bevölkerung in schätzungsweise sechsstelliger Ordnung führte. Diese Umstände hatten auf die slowakische Politik und Gesellschaft katastrophale Auswirkungen, insoweit als Zehntausende zu „Staatsbürgern zweiter Klasse“ wurden und somit der Staat seiner fähigsten Kräfte beraubt war. Andererseits erwuchs dem Regime, mit den unbeugsamen Reformkommunisten und ihren Verbündeten, der gefährlichste Gegner des Normalisierungsprozesses.

In seinem Bestreben, sich an der Macht zu halten, wandelte sich der einstige Patriot Husák zum unterwürfigen Opportunisten, der in politischen, militärischen und ökonomischen Fragen ganz auf die Linie der Sowjetunion einschwenkte. Obwohl sich Husák im Mai 1975 gegen die Gegner in eigenen Reihen durchsetzen konnte und als erster Slowake, neben der Funktion des Generalsekretärs auch die des Präsidenten der Tschechoslowakei auf sich vereinigen konnte, blieb das Machtgefüge im Staate verhältnismäßig labil. Dies, da die Bevorzugung der Slowaken bei Stellenvergabe bei den Tschechen Unzufriedenheit hervorrief und die Reformbewegung immer noch Druck auf die Regierung auszuüben vermochte, wie der kritische und öffentliche Aufmerksamkeit erregende Brief Dubčeks vom Oktober 1974 eindrucksvoll belegt.

## **5. Der Zusammenbruch der ČSSR**

Der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft und in Folge dessen der ČSSR, vollzog sich schleichend im Zeitraum von 1977 bis 1989. Eingeläutet wurde der Zerfall am 1. Januar 1977 durch die „Charta 77“, nämlich die Gründung einer freien, informellen und offenen Gesellschaft von Menschen verschiedener Überzeugungen, Religionen und Berufe, die keine Basis für politische Tätigkeit sein sollte, sondern die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei aufforderte, in einen konstruktiven Dialog darüber einzutreten, wie die Rechte der Verfassung besser gewahrt sein

---

<sup>85</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 203

könnten.<sup>86</sup> Zu den 257 Erstunterzeichnern gehörten Reformpolitiker, Schriftsteller, Wissenschaftler und Historiker und die Charta gewann rasch an Zulauf, wenngleich die Charta – Unterzeichner, trotz der Internationalisierung ihres Begehrens nach Respektierung der Menschenrechte und damit auch einem gewissen Schutzmantel, der Verfolgung durch den Staatsapparat ausgesetzt waren.

Als wesentlich für die weitere Entwicklung kann der Umstand angesehen werden, dass sich in der ČSSR eine Gruppe von Intellektuellen bildete, die nicht aufhörte, die Regierung und die Verletzung der Menschenrechte beständig zu kritisieren.

Die Opposition in der Slowakei widmete sich in diesem Zeitraum der nationalen und staatsrechtlichen Frage, wobei auch hier die Unzufriedenheit über das Erreichte allmählich wuchs und die Kritik am totalitären Regime von Husák radikaler wurde. Zum einen kam diese von der verfolgten katholischen Opposition, insbesondere der „Bewegung der Gläubigen für die Freiheit des Glaubensbekenntnisses“, zum andern von intellektuellen Gruppierungen, den sogenannten „Inseln der positiven Deviation“ sowie den Anhängern des Reformprozesses der 1960er Jahre.<sup>87</sup> Wenig Verständnis brachte, vor allem die tiefgläubige Landbevölkerung der Slowakei für die restriktive Kirchenpolitik auf und trotz drakonischer Strafen gelang es den Behörden nicht, Anfang der 1980er Jahre die generelle Zunahme religiösen Empfindens zu unterbinden.

Gründe hierfür sind nicht nur in der Passivität, ja einer Starre der Regierung zu sehen, sondern auch in den stark eingeschränkten Mitbestimmungsmöglichkeiten und der sich zunehmend verschlechternden Lebensumstände. So sanken beispielsweise die Industrieproduktion, die Agrarproduktion und das Nettoeinkommen allein 1983 zwischen 2,2 bis 2,7%, während der steigende Energiebedarf von der Sowjetunion seit 1979 nicht mehr bedarfsgerecht gedeckt werden konnte und zu Preissteigerungen bis 50% führte. Auch in der Slowakei machte sich zudem die Ernüchterung breit, dass trotz der bevorzugten Bereitstellung von Investitionsmitteln, nicht einmal ein Drittel des Nationaleinkommens erwirtschaftet werden konnte.

Ferner wich der Stolz über die proportionale Besetzung der Zentralministerien der Erkenntnis, die qualifizierten Kräfte würden einerseits dem Land fehlen, andererseits sich dem Prager Machtapparat zu sehr anpassen

Angesichts dieser schwierigen Situation musste der Premier Štrougal bereits Ende 1981, die auf dem XVI. Parteitag beschworene Mobilisierung aller Kräfte als unzureichend

---

<sup>86</sup> Hoensch Jörg:: Geschichte der Tschechoslowakei. S. 193

<sup>87</sup> Rasek Marion: Das Nationale Erwachen und die Nationwerdung der Slowakei. S. 66

und die Schwierigkeiten in Wirtschaft, Energieversorgung und Wohnungsbau als weiter existierend eingestehen. An der Lage änderte sich auch bis zum Mai 1985 nichts, vielmehr wurde Husák einstimmig als Staatsoberhaupt wiedergewählt und damit starb auch die Hoffnung auf eine überfällige Erneuerung des politischen Lebens und des für die desolate Wirtschaft notwendigen Umbaus. Dies zeigte sich erneut auch auf dem im März 1986 abgehaltenen Parteitag, als beharrlich an der Lösung der ökonomischen Probleme mittels geringfügiger Modifikationen der Planwirtschaft und der Bekämpfung der Reformaktivität, durch Repressalien des überdimensionierten Sicherheitsapparates gegenüber der Bevölkerung, festgehalten wurde. Die üblichen Ergebnisse bei den Bundesversammlungs- und Nationalratswahlen, bei denen 99,94 % den Kandidaten der Nationalen Front die Stimme gaben, können hier als Indiz für die Reglementierung und Kontrolle der Bevölkerung herangezogen werden.<sup>88</sup>

#### *a. Reformansätze*

Eine erste vorsichtige Wende in der tschechoslowakischen Politik geht auf die außenpolitischen Ereignisse im Warschauer Pakt zurück. Dabei ist nicht so sehr an die Reformbewegungen der letzten Jahre in Polen und Ungarn zu denken, sondern vielmehr an die Übernahme der Parteiführung durch Michail Gorbatschow in der Sowjetunion vom März 1985. Nachdem Gorbatschow seinen Kurs einer Politik der Erneuerung, mit mehr Transparenz und einer stärkeren Beachtung von Menschen- und Freiheitsrechten in der Sowjetunion behaupten konnte, sahen sich die tschechoslowakischen Kommunisten genötigt, ihre Besorgnis bezüglich der Aktivitäten Gorbatschows einzustellen. Am 25. Februar 1987 sprach das Präsidium der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, der Reformpolitik des Plenums der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ihre volle Unterstützung zu und teilte mit, „ähnliche Schritte“ unternehmen zu wollen, was in umfassenden Personalveränderungen seinen Anfang nahm. Das prominenteste Opfer dieser neuen Schritte war sicherlich Husák, der zwar weiterhin Präsident bleiben durfte, den Parteivorsitz jedoch im Dezember 1987 an Jakeš abgeben musste. Dieser war nur eine Kompromisslösung zwischen den beiden unterschiedlichen Parteiflügeln gewesen, unternahm aber zaghafte Reformansätze, indem er sich für eine Trennung zwischen Partei und Regierung aussprach sowie einen sozialistischen Pluralismus der Meinungen und Interessen, durch eine breitere Information der

---

<sup>88</sup> Hoensch Jörg: Geschichte der Tschechoslowakei. S. 203

Öffentlichkeit und freie Diskussion zulassen wollte. Dass die Wirtschaftskrise lediglich durch ein verbessertes Konsumgüterangebot überwunden werden sollte und die Behinderung der Religionsgemeinschaften und die Verfolgung von Regimekritikern, wie den Anhängern der „Charta 77“, als konstitutive Elemente des Systems beibehalten wurden, soll aber nicht verschwiegen werden.

Auf der anderen Seite wurde Dubček und Ex- Außenminister Hajek erlaubt, ins Ausland zu verreisen, ein dutzend Bürgerrechtsgruppen durften gegründet werden, welche dann zur Dachorganisation „Bewegung für bürgerliche Freiheiten“ zusammengeschlossen, im Dezember 1988, sogar eine inoffizielle Kundgebung in Prag abhalten durfte. Das Ende einer „totalitärkonsumorientierten Alltäglichkeit“ und die ersten Anzeichen eines gesellschaftlichen Aufbäumens, die den Zusammenbruch des kommunistischen Regimes im Jahre 1989 ankündigten, waren gekommen.

### ***b. Die „sanfte Revolution“***

Als am 15. Januar 1989 auf dem Prager Wenzelsplatz, in Gedenken an die Selbstverbrennung des Studenten Palach anlässlich der Niederschlagung des Prager Frühlings, mehrere tausend überwiegend jugendliche Demonstranten von den staatlichen Sicherheitskräften brutal auseinandergetrieben, respektive verhaftet wurden, kamen die revolutionären Ereignisse endgültig in Gang. Fast 3000 Schriftsteller, Theaterleute und Wissenschaftler unterschrieben daraufhin eine Resolution, in der sie die Übergriffe gegen die Demonstranten öffentlich verurteilten.

Auf dem 4. Weltfestival der slowakischen Jugend vom 14. Juli 1989, verlangten „Vertreter des Weltkongresses der Slowaken“ die Realisierung des Selbstbestimmungsrechts und in weiteren Verlauf erstreckte sich eine Protestwelle über das ganze Land, mit dem Rücktritt der kommunistischen Regierung als Ziel.<sup>89</sup>

Das Plenum des Zentralkomitees versuchte den veränderten Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnissen durch ein Parteiprogramm und eine Novellierung der Statuten Rechnung zu tragen, die auf den im Mai 1990 vertagten XVIII. Parteitag verabschiedet werden sollten. Allerdings hatte das nur in engen Grenzen zu geschehen und so wurde im Umgang mit der Opposition weiterhin Härte demonstriert. Zu spüren bekamen diese Vorgehensweise beispielsweise rund 3000 Menschen, die sich trotz

---

<sup>89</sup> Rasek Marion: Das Nationale Erwachen und die Nationwerdung der Slowakei. S. 67

Demonstrationsverbotes, am 21. August 1989 auf dem Wenzelsplatz versammelt hatten und unter Anwendung von Gewalt auseinandergetrieben und zu Hunderten verhaftet wurden. Das hilflose Wiederholen der alten Parolen und der staatlichen Zwangsgewalt, konnte allerdings nicht über den Autoritätsverfall und der daraus entstehenden Welle der Reformbewegung hinwegtäuschen, zumal angesichts der wirtschaftlichen Misere, der ausbleibenden materiellen und politischen Unterstützung der Sowjetunion und des Zerfalls der Machtstrukturen in der DDR und der Reformen in Polen und Ungarn.

Als am 17. November 1989 in Prag die staatlichen Sicherheitskräfte eine studentische Kundgebung zum 50. Jahrestag der Ermordung von Jan Opletal mit über 40.000 Demonstranten gewaltsam unterbanden, lösten sie damit eine Kette von Ereignissen aus, die innerhalb von nur drei Wochen sämtliche Strukturen der ČSSR veränderten und eine Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie und marktorientierten Wirtschaft einleiteten.<sup>90</sup>

Bereits am darauf folgenden Tag setzte in den größeren Städten eine regelrechte Serie von Demonstrationen ein, die immer regeren Zulauf fanden und auf denen offen eine „echte“ Demokratisierung, Freiheit und Beendigung des kommunistischen Machtmonopols gefordert wurden.

Unterdessen formierten sich neben einer studentischen Streikbewegung, als Reaktion auf die Untragbarkeit und Brutalität des kommunistischen Regimes, auch spontan sämtliche Oppositionsbewegungen zu einer gemeinsamen Front. Diese am 19. November 1989 in Prag gegründete Vereinigung, das sogenannte „Bürgerforum“ unter Leitung des tschechischen Dissidenten Václav Havel, verstand sich als ein Sammelbecken von Personen verschiedenster Weltanschauungen und hatte vorrangig die Bildung unabhängiger Parteien und Gruppierungen zu Ziel. Sein Pendant in der Slowakei fand sich in der in Bratislava gegründeten Bewegung „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ wieder. Auch in der Slowakei, die nicht so stark von den Repressionen des Regimes heimgesucht war wie der tschechische Landesteil, bildeten sich rasch revolutionäre Tendenzen. Im Herbst 1989 nahmen hunderttausende slowakischer Bürger auf Massenkundgebungen teil und demokratische Gruppierungen schossen empor.

Im Gegensatz zu den Reformdiskussionen der 1960er Jahre, ging es den Slowaken diesmal aber nicht mehr nur um nationale Rechte, sondern um die Umgestaltung der

---

<sup>90</sup> Hoensch Jörg:: Geschichte der Tschechoslowakei. S. 212



wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Eine Entwicklung, die in der slowakischen Demokratiebewegung auch als sogenannte „konstruktive Abweichung“ bezeichnet wird.

Die „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ war folgerichtig auch nur eine Dachorganisation, welche die verschiedenen Vorstellungen einer Vielzahl unterschiedlichster Persönlichkeiten, Clubs und Diskussionszirkel in der Slowakei wirksam organisierte. Am 20. November besagten Jahres, äußerte die Tschechoslowakische Sozialistische Partei und die Jugendzeitung „Mladá Fronta“ erstmals vorsichtig Kritik an der harten Linie der Regierung und nachdem sich auch noch schätzungsweise über 80.000 Studenten an der Mehrzahl der Hochschulen einem Streikaufruf angeschlossen hatten und die Fabrikarbeiter ebenfalls mobilisiert werden konnten, Zustimmung zu den Zielen des Bürgerforums zu bekunden, sah sich die kommunistische Regierung gezwungen, von ihrem harten Konfrontationskurs abzulassen. Riesige Demonstrationswellen im gesamten Staate waren die Folge. So auf dem Wenzelsplatz, wo sich rund 200.000 Menschen versammelten, um einer Ansprache des Wortführers des „Bürgerforums“ Václav Havel und des Kardinals Tomašek ihre Zustimmung zu bekunden. Am 24. November 1989 fand in Bratislava eine gewaltige Kundgebung statt, bei welcher der Slowake Alexander Dubček, die Galionsfigur des „Prager Frühlings“ und der tschechische Dissident Václav Havel, zu den neuen Symbolfiguren der Freiheitsbewegung aufstiegen.<sup>91</sup>

Am 6. Dezember forderten das „Bürgerforum“ und die „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ den Rücktritt des Präsidenten, freie Wahlen, uneingeschränkte Religionsausübung und Verurteilung der Niederschlagung des „Prager Frühlings“. Obschon nach dem Rücktritt von Jakeš, die umgebildete Regierung von Ministerpräsident Adamec, die Verfassungsklauseln über die führende Rolle der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei aufgehoben hatte, löste das kaum veränderte Kabinett eine Welle von Massenkundgebungen und die Androhung weiterer Generalstreiks aus, so dass die Regierung zurücktrat.<sup>92</sup>

Unter der neuen Regierung Čalfa, in der die Kommunisten erstmals in der Minderheit waren, beinhaltete das Regierungsprogramm den Übergang zur parlamentarischen Demokratie, zur freien Marktwirtschaft und der Auflösung des Warschauer Paktes. Václav Havel wurde am 29. Dezember 1989 zum Staatspräsidenten gewählt, Dubček

---

<sup>91</sup> Rasek Marion: Das Nationale Erwachen und die Nationwerdung der Slowakei. S. 67

<sup>92</sup> Riedl Manfred: Das Ende des Tschechoslowakismus. S. 38 in: Deutsche Geschichte.

hingegen nach der Verfassungsänderung zum Präsidenten der Bundesversammlung.<sup>93</sup>

Die Sieger der „Sanften Revolution“, wie der Umsturz in der Tschechoslowakei genannt wird, haben der Versuchung widerstanden, die Kommunistische Partei zu verbieten und verdrängten sie konsequent aus ihren Machtpositionen.

Die neuen demokratischen Führer des Landes bekannten sich zum Rechtsstaat, der parlamentarischen Demokratie, zur Marktwirtschaft und europäischer Integration und träumten von der Tschechoslowakei als einem innerlich versöhnten Volk.<sup>94</sup>

## ***D. Die Sezession***

### **1. Einleitung**

Im dritten Kapitel meiner Diplomarbeit mit dem Titel: „Die Sezession“, will ich die Transformationsphase und kurze Existenz der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik aus dem Jahre 1990 skizzieren. Anschließend die möglichen Gründe und die näheren Umstände der Sezession sowie als deren Folge, die Gründung der unabhängigen Slowakischen Republik im Jahre 1993, die Ära der umstrittenen Regierung Meciar, sowie ihr Ende fünf Jahre später.

### **2. Die Transformationsperiode der Tschechoslowakei**

Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus im Wege der „Sanften Revolution“ von 1989, wurde auch in der Tschechoslowakei damit begonnen, den Staat zu transformieren. Ziel des nun einsetzenden Transformationsprozesses, war die gleichzeitige Demokratisierung von Staat und Gesellschaft nach westlichem Vorbild und die Einführung der Marktwirtschaft mittels umfassender institutioneller Umgestaltung der bis dato bestehenden Strukturen.<sup>95</sup>

---

<sup>93</sup> Longin Martina: Abbruch- Umbruch- Aufbruch. Der Tschechoslowakische Transformationsprozess aus Historischer Sicht. S. 92

<sup>94</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 210

<sup>95</sup> Junkers Stephanie: Ethische Konflikte und Staatenteilung am Beispiel der Tschechoslowakei. S. 70

Nach dem Umbruch vom November 1989, konzentrierte sich der politische Entscheidungsprozess in den Koordinationszentren des tschechischen „Bürgerforums“ und der slowakischen „Öffentlichkeit gegen Gewalt“, wobei die Politik an einen engen, aber einflussreichen Kreis neuer Persönlichkeiten gebunden war. Begünstigt wurde diese Dominanz der ehemaligen Oppositionskräfte durch die Schwäche der Kommunistischen Partei, welcher es an politischen Persönlichkeiten fehlte und der die Mitglieder davonliefen.

Die Euphorie über die neu gewonnene Freiheit und die Möglichkeit, die Tschechoslowakei zu einem demokratischen Staat umzubauen, bildete die Quelle für ein gemeinsames Vorgehen und die Plattform für einen Grundkonsens in allen substantiellen Fragen der Anfangsphase.

#### ***a. Der Vorrang des Politischen***

In der Anfangsphase der Transformation, gab es einen „Vorrang des Politischen“, das bedeutet, der Schwerpunkt war der demokratische Umbau des Staates und die Konstituierung der politischen Kräfte, wie auch eine allmähliche Liberalisierung der Wirtschaft.<sup>96</sup>

Hierfür wurde durch die bereits erwähnten politischen Kräfte versucht, formale Strukturen einer pluralistischen und marktwirtschaftlich orientierten Demokratie zu schaffen, was sich umso schwieriger gestaltete, als die politischen Erfahrungen mit der Demokratie sowohl bei der Bevölkerung, als auch der Elite ebenso fehlten, wie eine vom Staat unabhängige Kultur oder gesellschaftliche Bewusstseinsstrukturen.

Der Transformationsprozess verlangte somit eine grundlegende kulturelle Veränderung des gesellschaftlichen Bewusstseins und die Schaffung einer neuen Identität in Form von Regeln, Normen Verhaltensmustern und einem neuen Selbstverständnis.<sup>97</sup>

Das Fundament hierfür war die gegenseitige Meinungstoleranz, welche die Bürgerbewegungen und ihre Anhänger kennzeichnete und fürs erste wichtige Entscheidungen ermöglichte.

Während der Staatspräsident Havel von Tschechen und Slowaken gleichermaßen geschätzt wurde und als Integrationsfigur beider Volksgruppen genannt werden kann, kam diese Rolle dem Präsident der Bundesversammlung Alexander Dubček hauptsächlich in der Slowakei zu.

---

<sup>96</sup> Junkers Stephanie: Ethnische Konflikte und Staatenteilung am Beispiel der Tschechoslowakei: S. 71

<sup>97</sup> Ebenda: S. 70/71

In den Republiken selbst bildeten sich getrennte Parteien und Gruppierungen, aus denen sich in neue politische Eliten entwickelten, die über die auseinandergehende Entwicklung der politischen Strukturen beider Landesteile insofern verantwortlich zeichneten, als es sich in Tschechien um neue „intellektuelle Dissidenten- Eliten“, in der Slowakei hingegen um „altneue intellektuelle Eliten“, handelte. Diese heterogenen Sammelbewegungen waren sich lediglich in der Ablehnung des alten sozialistischen Systems einig, nicht jedoch darüber, wie die gesellschaftliche Umgestaltung konkret aussehen sollte. Dazu passt, dass Ende Februar 1990 mit der Sowjetunion vereinbart wurde, den Freundschafts- und Beistandsvertrag nicht zu verlängern, sondern die künftigen Beziehungen neu zu regeln und bis Mitte 1991 sämtliche russischen Kampfverbände aus der Tschechoslowakei abzuziehen.

Auch die Ablösung der Planwirtschaft und die marktwirtschaftliche Orientierung waren angedacht, nur über das Tempo dieser Reformen zeichnete sich ein Disput ab.

Die wahre Zerreißprobe drohte der Tschechoslowakei aber in der nationalen Frage, die bereits im Laufe des Jahres 1990 an Bedeutung gewinnen sollte.

### ***b. Nationale Konflikte***

Der Sturz des kommunistischen Regimes hatte die Chance für ein gerechtes Miteinander von Tschechen und Slowaken eröffnet, allerdings bei letzteren auch alte Ängste einer Ungleichbehandlung durch Prag geweckt, die zu einem ab Frühjahr 1990 schwellenden Nationalitätenkonflikt führten. Mit der Demokratisierung, wuchsen nämlich auch die Forderungen der Slowaken nach Klärung des Verhältnisses zwischen den beiden Republiken.

Die Verfassung von 1968 hatte in der Slowakei die Vorstellung eines unitaristischen Staates geprägt, so dass neben der Wirtschaftspolitik, der staats- und verfassungsrechtlichen Neuordnung der Tschechoslowakei volle Aufmerksamkeit der Politik und Gesellschaft galt.

Dies umso mehr, als die während der Umbauphase unter Vorsitz des damaligen Vorsitzenden Čalfa geleisteten Vorarbeiten für eine grundlegende Verfassungsreform, nicht mehr der politischen Realität entsprachen und trotz der vor über 20 Jahren vollzogenen Föderalisierung, die beiden Teilrepubliken über keine eigenen Verfassungen verfügten. Zu diesem Zeitpunkt bestand noch ein Konsens dahingehend, dass im neuen Grundgesetz, zum einen der Wirkungsbereich des Gesamtstaates und

seiner Organe eindeutig definiert und eine Absicherung der Gleichberechtigung beider Nationen vorgenommen werden sollten, sowie die notwendigen Voraussetzungen für die Einbeziehung der Tschechoslowakei in die wirtschaftlichen und politischen Strukturen Europas geschaffen werden müssten. Aber bereits bevor sich das noch zu wählende Parlament dieser Aufgabe widmen konnte, traten erste Diskrepanzen bezüglich des sattsam slowakischen Anliegens, nämlich der Neuregelung der Föderation auf.

#### *aa. Gedankenstrich- Diskussion*

Und zwar manifestierten sich, die bis dahin verdrängten Probleme in den tschechisch-slowakischen Beziehungen in der praktischen Politik der Bundesorgane insofern, als Ende Januar 1990 Staatspräsident Havel anregte, die offizielle Staatsbezeichnung der Tschechoslowakei zu ändern.

Die Namensänderung nahm die slowakische Seite zum Anlass, Vorschläge zu formulieren, die eine Gleichberechtigung der tschechischen und slowakischen Nationen auch im neuen Namen der Republik zum Ausdruck bringen sollte. Der slowakische Vorschlag, den Staat „Tschechoslowakische Republik“ zu benennen, rief bei den Tschechen negative Reaktionen hervor, da für die Tschechen damit negative Assoziationen an die kurzlebige Tschecho- Slowakei von 1938 verbunden waren. Folglich fand dieser Namensvorschlag in der Bundesversammlung bei der tschechischen Seite genauso wenig Zustimmung, wie der ursprüngliche Name der Tschechoslowakei aus dem Jahre 1918, nämlich die Tschechoslowakische Republik. Die Slowaken nämlich fürchteten eine Neuauflage des Tschechoslowakismus, wenn beide Nationalitäten in einem gemeinsamen Staatsnamen zusammengefasst worden wären.

Weil sich also die beiden Nationen beharrlich geweigert hatten, eine zusammen geschriebene oder durch einen Bindestrich getrennte Namensbezeichnung zu akzeptieren, konnte erst nach monatelangem Tauziehen und einer mehrstündigen Parlamentsdebatte am 20. April ein gemeinsamer Kompromiss über den Staatsnamen gefunden werden, der „Tschechische und Slowakische Föderative Republik“ lautete. In dieser sogenannten „Gedankenstrich- Diskussion“, zeigte sich die mangelnde Bereitschaft der tschechischen Politiker, die neue Situation in den tschechisch-slowakischen Beziehungen zu verinnerlichen und durch politisches Handeln adäquat zu

reflektieren.<sup>98</sup> Kennzeichnend für die tschechische Seite war mangelnde Großzügigkeit, ein beharrliches Festhalten an staatlichen Unitarismusgedanken und somit auch ein Unverständnis für die slowakischen Forderungen, die kategorisch, ja aggressiv, von den Slowaken vorgetragen wurden und so wiederum auch den tschechischen Nationalismus anfachten.

Anhand der Darstellung dieser Diskussion über die Namensgebung des tschechoslowakischen Staates, wird deutlich, wie stark die ungelösten Probleme das tschechisch- slowakische Verhältnis belasteten. Der Bindestrichstreit stellt sozusagen die Spitze des Eisberges dar. Während es den Slowaken um die Wahrung der nationalen Identität ging, mangelte es den Tschechen wieder einmal an der Bereitschaft die slowakische Situation zu verstehen.<sup>99</sup>

Schuld daran waren, wie bereits in der Vergangenheit, mangelnde Toleranz und gegenseitiges Misstrauen auf beiden Seiten, beides Umstände, die sich wie ein roter Faden durch die Geschichte beider Nationen ziehen und bei der staatsrechtlichen Neuregelung der tschechisch- slowakischen Beziehungen stets ein überaus belastendes Moment darstellten.

Die Spannungen zwischen den beiden Volksgruppen, die durch die wieder erstarkten Massenmedien noch zusätzlich verschärft wurden, schlugen sich erwartungsgemäß auch in alltäglichen Betrieb der Bundesversammlung nieder. Zwar konnte bis zu den Wahlen im Sommer 1990 ein Großteil der Gesetzesvorlagen verabschiedet und ein beschlussfähiges Parlament erhalten bleiben, allerdings waren damit die nationalen Spannungen noch keineswegs überwunden. Im Vorfeld der Wahlen hatte sich bereits eine bunte Parteienlandschaft herausgebildet, wobei sich in der ideologischen Ausrichtung zwischen Tschechen und Slowaken bereits ein deutlicher Unterschied abzeichnete, nämlich dass diese den Tschechen gegenüber reformkritischer und nicht ganz so liberal waren.

Im Juni 1990 fanden die ersten freien Wahlen zur Bundesversammlung und den jeweiligen Länderparlamenten statt, die für zwei Jahre gelten sollten und 95% der Bevölkerung mobilisierten. Bei den Wahlen erlangte das „Bürgerforum“ mehr als 50% der Stimmen in der Tschechischen, ihr Gegenpart „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ ein Drittel der Stimmen in der Slowakischen Republik, so dass die Wahlsieger mit der „Christlichen Bürgerbewegung“ in der Zeit von 1990 bis 1992, eine verhältnismäßig

---

<sup>98</sup> Jičínský Zdenek: Das Scheitern der tschechoslowakischen Föderation, in: Kipke, Vodička: Abschied von der Tschechoslowakei. S. 64

<sup>99</sup> Rasek Marion: Das Nationale Erwachen und die Nationwerdung der Slowakei. S. 68

günstige Basis für eine stabile Bundesregierung hatten, um die tschechisch-slowakischen Beziehungsprobleme lösen zu können.<sup>100</sup>

Während aber im tschechischen Landesteil nur vier Parteien und Gruppierungen im Parlament vertreten waren, war das slowakische Parteienspektrum in Folge der Auseinandersetzung mit der „slowakischen Frage“ bereits weitaus differenzierter. Neben der „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ avancierte die „Christliche Bürgerbewegung“ mit 19% zur zweitstärksten Kraft, die Kommunisten kamen auf über 13% und die „Slowakische Nationalpartei“ gewann 14% im slowakischen Nationalrat und immerhin noch 11% in der Bundesversammlung. Eben diese hatte bereits den Wahlkampf mit nationalistischen, respektive Antitschechischen Parolen geführt und die politische Selbständigkeit der Slowakei gefordert, wobei sie von einer nicht unerheblichen Zahl slowakischer Priester und dem Präsidenten der Kulturinstitution „Matica slovenká“ unterstützt wurde.<sup>101</sup> Einem Memorandum vom Juni 1990 für die slowakische Nation, folgten im August und September desselben Jahres Massenkundgebungen, in denen slowakische Anliegen artikuliert wurden.

Der nationale Konflikt wurde durch die Wahlen nämlich nicht entschärft, vielmehr gewann er noch an Intensität. Einmal mehr sollte die Diskussion über die neue verfassungsrechtliche Regelung des tschechisch-slowakischen Zusammenlebens im Brennpunkt stehen. Die Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den tschechischen und slowakischen Landesregierungen zogen sich über mehrere Monate hinweg und resultierten im Ergebnis, dass die Kompetenzverlagerungen vom Bund auf die beiden Republiken übergingen, insofern, als sie in Verwaltungs- und Wirtschaftsfragen mehr Kompetenzen erhielten, während die integrierende Rolle der Föderation weiter eingeschränkt wurde, so dass von einer Überwindung des Unitarismus gesprochen werden kann.

Diese Teilung der Kompetenzen verhinderte zwar vorerst das Auseinanderbrechen des gemeinsamen Staates, war jedoch sehr umstritten, was in der Slowakei immer wieder Stimmen aufkommen ließ, die Slowakei werde benachteiligt, wie Vladimír Mečiar verlauten ließ, als er Ján Čarnogurský beschuldigte, bereits erkämpfte Kompetenzen sehr zur Freude der Tschechen wieder an diese abgegeben zu haben. Wie sehr sich die Stimmung unter der slowakischen Bevölkerung, die sich von der tschechischen Seite bevormundet und geringschätzig behandelt fühlte, zusehends verschlechterte,

---

<sup>100</sup> Jičínský Zdeněk: Das Scheitern der tschechoslowakischen Föderation, in: Kipke, Vodička: Abschied von der Tschechoslowakei. S. 66

<sup>101</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 214

manifestierte sich auch außerhalb der bereits erwähnten slowakischen Scharfmacher. So forderten bereits im August 1990 neun slowakische Parteien die Gründung einer eigenen Republik.

#### *bb. Wirtschaftliche Transformation*

Einen nicht unerheblichen Anteil an dieser Entwicklung, hatte der Ablauf des Transformationsprozesses auf dem wirtschaftlichen und damit zusammenhängend dem sozialen Sektor.

Dies, weil die Transformationskrise, die von der Slowakei heimgesucht wurde, wesentlich tiefgreifender war, als in der tschechischen Wirtschaft, was sich in hohen Arbeitslosenzahlen und der Verarmung in der Slowakei niederschlug. Obwohl die slowakische Wirtschaft jahrzehntelang durch die Umverteilung begünstigt wurde, war sie weniger leistungsfähig als die tschechische und da sich diese Asymmetrie auch auf anderen Gebieten reproduzierte, führte dies bei den Slowaken zur Unzufriedenheit und letztendlich zum Vorwurf einer tschechischen Vorherrschaft.

Die Ursache hierfür lag einerseits in externen, als auch in internen Faktoren, so in der seit Ende der 1980er Jahre grassierenden Wirtschaftskrise in den Blockstaaten und der Entspannungspolitik, die einen drastischen Rückgang an Rüstungsgütern bewirkte. Dies führte in der Slowakei, wo zwei Drittel der exportorientierten Rüstungsindustrie konzentriert waren, zu einer schweren Wirtschaftskrise, mit beträchtlicher Arbeitslosigkeit.

Ein weiteres Problem in der Slowakei, war eine einseitige Industrieausrichtung, die neben der Orientierung auf die Rüstungsindustrie durch den hohen Anteil von Monopolen gekennzeichnet war, so dass es an kleinen und mittleren Betrieben, die in der Wirtschaft eine bedeutende Rolle bezüglich Innovationen und Arbeitsplätzen spielen, mangelte.<sup>102</sup> Als die osteuropäischen Kunden der slowakischen Stahlwerke, Maschinen- und Waffenfabriken, seit 1990 allmählich ausfielen und die Bundesregierung mit Staatspräsident Havel als Initiator als Signal des außenpolitischen Wohlverhaltens auch noch ein Waffenexportverbot verkündete, konnte eine Kettenreaktion von Firmenzusammenbrüchen nur mittels staatlicher Subventionen abgewendet werden.<sup>103</sup>

---

<sup>102</sup> Slimáková Dušana: Der Entwicklungsprozess und die ungleiche regionale Entwicklung in der Slowakei. S.40

<sup>103</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S.217



Des Weiteren traf der rasche Abbau hoher Agrarsubventionen durch den tschechischen Wirtschaftsminister Dienstbier, die verhältnismäßig stark agrarisch aufgestellte Slowakei ebenso hart, wie die dort ansässige Textilindustrie, die unter der Zahlungsunfähigkeit der östlichen Handelspartner zu leiden hatte. Weil darüber hinaus rund neun Zehntel der ausländischen Investitionen in die tschechische Wirtschaft flossen, vergrößerte sich die Kluft zwischen den Republiken zusehends. Dies umso mehr, als das Jahr 1991 ein Reformjahr auf dem Weg zur Marktwirtschaft darstellte, das mittels einer „Schocktherapie“ in Form einer totalen Umstrukturierung des Wirtschaftssystems begonnen wurde und zu einem Zusammenbruch der Industrien, insbesondere in der slowakischen Republik, führte.

Während auf der tschechischen Seite die Slowakei als ein unnötiger wirtschaftlicher Ballast erschien, fiel es den Slowaken leicht, die Bundesregierung für die sozialen Härten der Transformation im eigenem Land verantwortlich zu machen, weil die wirtschaftspolitischen Entscheidungen bezüglich Tempo und Ausmaß des Übergangs zur Marktwirtschaft, überwiegend in Prag gefällt wurden.

### *c. Vorboten der Sezession*

Die Vorboten der Sezession zeichneten sich bereits im Frühjahr 1991 ab, zu den Hauptprotagonisten dieses schleichenden Prozesses sollten Vladimír Mečiar auf der slowakischen und Václav Klaus auf der tschechischen Seite werden.

Während sich nämlich das „Bürgerforum“ und die „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ im Regierungsalltag verschlissen, um einen geordneten Übergang zur parlamentarischen Demokratie und Marktwirtschaft zu gewährleisten, setzte an der Basis ein Differenzierungs- und Zerfallsprozess ein, der auch von Staatspräsident Havel nicht aufgehalten werden konnte, zumal die einstige Integrationsfigur einen Autoritätsbeziehungsweise Popularitätsverlust vor allem in der Slowakei hinnehmen musste.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung ließ sich auch an den Machtstrukturen der Republik ausmachen, da hier noch keine einschneidenden Änderungen vorgenommen wurden. Folglich kam insbesondere aus dem Kreise der Intellektuellen, der Ruf nach einer Aufspaltung der beiden großen Bürgerbewegungen in klassische Parteien, um die Herausbildung eines pluralistischen Organisations- und Meinungsspektrums in der neuen Gesellschaft zu ermöglichen. Stützen ließ sich die Notwendigkeit dieser

Forderung im Hinblick auf die Kommunalwahlen vom November 1990, bei der die Wahlbeteiligung nur relativ gering ausfiel und die beiden Bürgerbewegungen erhebliche Stimmenverluste hinzunehmen hatten, während die Opposition, allen voran die Kommunistische Partei, erstarkten und sich auch in der Tschechischen Republik nationalistische Tendenzen bildeten, wie das von J. Sládek angeführte nationalistisch-radikale Lager mit rund 300.000 Anhängern.

Als der Finanzminister und spätere Vorsitzende des Bürgerforums Klaus, ein konservativer Verfechter rigoroser Wirtschaftsreformen, im Januar 1991 trotz der Warnungen Havels vor einem Auseinanderbrechen, die Weichenstellungen für eine Überführung des Bürgerforums in eine „Demokratische Bürgerpartei“ vornahm, weil er mit seinen marktwirtschaftlichen und antisozialistischen Überzeugungen sowie dem Eintreten für eine rasche Privatisierung auf Widerstand stieß, löste er damit den bereits befürchteten Abspaltungsprozess aus.<sup>104</sup> Das „Bürgerforum“ spaltete sich infolge dessen in drei Gruppierungen auf, wobei die neoliberal-konservative „Demokratische Bürgerpartei“ von Václav Klaus zur stärksten Partei in Tschechien aufstieg, nicht zuletzt deswegen, weil Klaus vorerst bei seinem politischen Konzept Abstriche machte, um die Basis für eine Massenpartei zu erlangen.

Vladimír Mečiar hingegen war im Juni 1990 zum slowakischen Ministerpräsidenten gewählt, aber bereits im April des darauffolgenden Jahres per Misstrauensantrag seines Rivalen Černogurský, dem Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Partei, aus dem Amt gedrängt worden. Das Gerücht, die tschechischen Politiker hätten seinen Sturz inszeniert, machten Mečiar in den Augen vieler Slowaken zu einem Märtyrer, zumal keiner so geschickt den Antagonismus zwischen Tschechen und Slowaken zu nutzen vermochte, wie er.

Das Ausscheiden Mečiar aus der Funktion des slowakischen Ministerpräsidenten, beeinträchtigte aber nicht nur die Rolle der „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ in der Slowakei, sondern auch die tschechisch-slowakischen Beziehungen und die anstehenden Verhandlungen über die neue Verfassung der Tschechoslowakei. In der Funktion des slowakischen Ministerpräsidenten nämlich, setzte sich Mečiar zwar für die Erweiterung der Republikkompetenzen ein, war jedoch zugleich ein Verfechter der tschechoslowakischen Föderation gewesen. Nachdem er mit seiner im März 1991 gegründeten „Bewegung für eine demokratische Slowakei“ in die Oppositionsrolle gedrängt worden war, verblieb ihm logischerweise als einziger Wirkungskreis nur die

---

<sup>104</sup> Hoensch Jörg: Geschichte der Tschechoslowakei. S. 227

national- slowakische Politik, mittels derer er sich eine erfolgreiche Rückkehr an die Macht erkämpfen konnte. Der Verdacht, dass Prag bei seiner Amtsenthebung eine Rolle gespielt haben konnte, manifestierte sich nicht nur bei seiner Person, sondern folgerichtig auch in den antiföderalen und antitschechischen Tendenzen seiner Partei. Mečiar trug keine Regierungsverantwortung mehr, vielmehr übernahm nun Čarnogurský die Last für die negative wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Slowakei, so dass Mečiar bei seinen öffentlichen Auftritten Versprechungen machen konnte, die keiner praktischen Überprüfung durch die slowakische Öffentlichkeit standhalten mussten. Dieser Umstand trug wesentlich dazu bei, die „Bewegung für eine demokratische Slowakei“ zur stärksten politischen Kraft im eigenen Lande werden zu lassen.

Besagte politische Kräfte, sollten in Zusammenhang mit den Vorbereitungsarbeiten für die neue tschechoslowakische Verfassung sowie den Verfassungen für die beiden Teilrepubliken, im Laufe des Jahres 1991 noch in negativer Weise in Erscheinung treten. Obwohl eine Verfassungskommission der Bundesversammlung den Entwurf einer neuen Verfassung ausgearbeitet hat, sollten zunächst die Verhandlungsergebnisse des tschechischen und slowakischen Nationalrats bezüglich des neuen Staatsvertrags abgewartet werden. Die Kontroversen über den Inhalt des Staatsvertrags, der die Kompetenzverteilung zwischen den Teilrepubliken und der Föderation regeln sollte, scheiterten aber an den Kontroversen in puncto Kompetenzaufteilung und prozeduralen Fragen.

Maßgeblichen Anteil hatte die aufgeladene Stimmung insbesondere auf der slowakischen Seite, der die tschechische mit Unverständnis begegnete. Ihren Ausgangspunkt nahm diese durch die vermeintliche Intrige Prags, die zur Amtsenthebung von Mečiar führte, setzte sich dann fort beim Gedenken an die Ausrufung der unabhängigen slowakischen Republik von Hitlers Gnaden im März 1991 und der Forderung nach Rehabilitierung des Präsidenten Tiso und der politischen Agitation durch Mečiar selbst. Dieser hatte die Vorstellung einer Slowakisch-Tschechischen Konföderation und forderte eine souveräne, als eigenen Staat international anerkannte Slowakei, die mit Tschechien nur über eine gemeinsame Außen-, Verteidigungs- und Währungspolitik haben und vom raschen wirtschaftlichen Transformationsprozess der Prager Führung abgekoppelt sein sollte.<sup>105</sup>

Die unter der Federführung des Tschechen Klaus vorangetriebene schnelle und rigorose

---

<sup>105</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 216

wirtschaftliche Umstrukturierung, dürfte Mečiar ebenfalls genützt haben, da die Wirtschaft der Slowakei weit heftiger unter der Liberalisierung zu leiden hatte und der Widerstand der slowakischen Bevölkerung hiergegen spürbar war.<sup>106</sup>

Der Staatspräsident Havel versuchte, unter Mithilfe seiner immer noch großen Popularität dem entgegenzusteuern und die Integrität der gemeinsamen Republik zu wahren. Obgleich er anregte, ein Referendum zu starten, mit dem die Bürger direkt zur Frage der föderalstaatlichen Ordnung, respektive der Teilung der Tschechoslowakei, Stellung nehmen konnten und das durch die Charta der bürgerlichen Grundrechte und Freiheiten vom Januar 1991 garantiert war, haben es vor allem die Abgeordneten der tschechischen Rechten verstanden, es im Juli 1991 in der Bundesversammlung so abzuändern, dass ab diesem Zeitpunkt ein solches Recht aufhörte weiterzubestehen.

Einen weiteren Versuch, die Einheit zu retten, stellte die Unterschriftenkampagne „Für den gemeinsamen Staat“ dar, die zwar von über 1.000.000 Tschechen, jedoch nur 100.000 Slowaken signiert wurde, weil viele Slowaken in dieser Kampagne einen Ausdruck der Bemühungen sahen, die tschechische Dominanz im Staat aufrechtzuerhalten. Angriffe auf die Person Havel vom März 1991 bei Feierlichkeiten für den slowakischen Staat, die sich im Oktober gar zu Eierattacken auf denselben steigerten, sowie Demonstrationen für eine vage formulierte slowakische Unabhängigkeit, ließen das gegenseitige Misstrauen und das Gefühl des verletzten Nationalstolzes aufkommen. Im Endeffekt stärkte der Ausgang der Kampagne die antislowakischen Emotionen auf der tschechischen Seite, die sich in der nun vorherrschenden Meinung: „Wenn die Slowaken wollen, sollen sie doch gehen“ niederschlugen.<sup>107</sup> Auch der Präsident Havel stand, wie die meisten tschechischen Politiker, den slowakischen Emanzipations-, beziehungsweise Autonomiebestrebungen mit Unverständnis gegenüber, während die hartnäckigen Versuche, die unitaristischen Vorstellungen der Tschechen in die Praxis umzusetzen und verschiedene Eingriffe in das politische Leben der Slowakei, bei den Slowaken die Befürchtungen verstärkten, die Tschechen wollten keine Föderation mit gleichberechtigten Gliedstaaten und reduzierten Kompetenzen des Zentralstaats, also auch keine tiefgreifende Neuregelung der tschechisch- slowakischen Beziehungen. Deswegen verschlechterten sich die Beziehungen zwischen slowakischen und

---

<sup>106</sup> Merschitz Peter: Der Transformationsprozess der Slowakei. S. 21

<sup>107</sup> Jičínský Zdeněk: Das Scheitern der tschechoslowakischen Föderation, in: Kipke, Vodička: Abschied von der Tschechoslowakei. S. 72

tschechischen Politikern in den langwierigen und ergebnislos verlaufenden Verhandlungen über die staatsrechtliche Neuordnung zusehends.

Für die Tschechen war lediglich die unitaristische Position einzig plausibel, die sie mit technischen und wirtschaftlichen Vorteilen begründeten und sahen dem Anliegen der Slowaken, die Föderation neu zu regeln, skeptisch gegenüber, da dies für sie nur den Versuch bedeutete, den Staat zu zerschlagen. Dementsprechend war es auch bis Ende 1991 nicht möglich, das notwendige politische Übereinkommen zwischen der slowakischen und tschechischen Repräsentation bezüglich der Verfassung zu verabschieden, zumal sich die Präsidien des Tschechischen und Slowakischen Nationalrates nicht mal über formale Fragen zu einigen vermochten und so die Verhandlungen abbrechen ließen.

In dieser Periode entstanden im Verlauf des anwachsenden Konfliktes zwischen den beiden Republiken auch Verschwörungstheorien gegen die beiden Spitzenpolitiker Mečiar und Klaus. So die Anschuldigung, ersterer würde als ehemaliger kommunistischer Agent des Staatssicherheitsdienstes, einen kommunistischen Putsch gegen den Übergang der Tschechoslowakei zur Demokratie und Marktwirtschaft planen, gegen den letzteren die Anschuldigung, er würde als Agent des industriellen Großkapitals, die slowakische Volkswirtschaft zerstören und die Slowakei in die neokoloniale Abhängigkeit führen.<sup>108</sup>

Beide Anschuldigungen fielen in der jeweiligen Bevölkerung auf fruchtbaren Boden und geben eine Erklärung für die angespannte Lage zwischen den beiden Volksgruppen. Diese sollte sich durch die beherrschenden Themen des Wahlkampfes, der schon im Herbst 1991 begonnen hat, nicht verbessern.

Galt auf der tschechischen Seite der kontinuierlichen Entwicklung des Staates und der Wirtschaftsreform das Hauptaugenmerk, so betonten die slowakischen Politiker die nationalen Interessen. Folgerichtig trat ab November 1991 die nationale Opposition mit Mečiar als Galionsfigur in der Slowakei, offen gegen Václav Havel auf, nicht so die regierenden Christdemokraten, die sich abwartend verhielten.

Bemerkenswert am Wahlkampf von Mečiar, waren seine unklaren Aussagen über die Neuregelung des Staates, die damit der ambivalenten Position der slowakischen Bevölkerung insofern entsprachen, als sich diese im Klaren darüber waren, die tschechische Dominanz abschütteln zu wollen, andererseits sich der wirtschaftlichen Konsequenzen einer Teilung durchaus bewusst waren.

---

<sup>108</sup> Junkers Stephanie: Ethnische Konflikte und Staatenteilung . S. 77

Sein Gegenpart Klaus dagegen, schürte die Emotionen, indem er die Gefahr einer Rückkehr zu alten Strukturen heraufbeschwor. Verschärfend kam hinzu, dass bei den Tschechen weitläufig der Standpunkt durchsetzte, nicht mehr allein für die Kosten einer Föderation aufkommen zu wollen, welche die Slowaken ohnehin nicht als Schutzschild, sondern als Zwangsjacke empfinden würden. Obwohl der Präsident auf seinen Reisen durch die Slowakei sogar tätlich angegriffen wurde, zeigten sich einige tschechische Politiker einsichtig und kritisierten die Arroganz ihrer Landsleute gegenüber den Slowaken, ja der Präsident selbst meinte, die Tschechen seien so selbstsüchtig, verachtend und gefühllos, dass die Slowaken nicht mehr an die Tschechoslowakei als ihr Land glauben könnten.<sup>109</sup>

Dazu passte, dass zahlreiche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien und die durch den Wahlkampf bedingte stärkere spezifische Interessenfokussierung das föderative Parlament lähmten, so dass sich die Entscheidungsprozesse in die Parlamente der jeweiligen Teilrepubliken verlagerten. Da auch zwischen den einstmals verbrüderten Dissidenten der beiden Volksgruppen Unzufriedenheit über das wirtschaftliche Reformtempo, die als ungleich empfundene Rolle der Slowakei innerhalb der Föderation und der ungleichen Machtverteilung bestand, fassten beide Seiten immer öfter eine Trennung ins Auge.

Im Laufe des Jahres 1992 wurden die Zerfallserscheinungen in der Republik immer deutlicher und an stelle einer Föderation schien der Weg zu zwei vollkommen eigenständigen Staaten zu führen.

### **3. Die Sezession**

Nach den Wahlen vom Juni 1992 änderte sich die Lage in den tschechisch – slowakischen Beziehungen grundlegend, insofern als die beiden Wahlsieger bereits in den ersten Koalitionsverhandlungen ein gemeinsames innenpolitisches Programm beschlossen, das auf die Spaltung des tschechoslowakischen Staates, mithin die Sezession abzielte.<sup>110</sup>

Doch wie konnte es soweit kommen, hatten doch weder die „Demokratische Bürgerpartei“ ,noch die „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ vor den Wahlen

---

<sup>109</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 215

<sup>110</sup> Jičínský Zdenek: Das Scheitern der tschechoslowakischen Föderation, in: Kipke, Vodička: Abschied von der Tschechoslowakei. S. 73

explizit die Teilung des Staates gefordert? Aus den Wahlen gingen diese beiden Parteien mit jeweils gut einem Drittel der Stimmen als Sieger hervor, ein Ergebnis, welches als „politisches Erdbeben“ der Polarisierung zwischen den beiden Republiken im Hinblick auf die sozialen, wirtschaftlichen und nationalen Fragen eine neue Sprengkraft geben sollte. In den Parlamenten koalierten die „Demokratische Bürgerpartei“ mit der „Bürgerlich demokratische Allianz“ und den „Christdemokraten“, während die „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ mit der Slowakischen Nationalen Partei“.

Václav Klaus wurde vom Präsidenten Havel angehalten, eine Bundesregierung als ihr designierter Vorsitzender zu bilden, statt dessen ließ sich dieser aber zum Ministerpräsidenten der tschechischen Regierung wählen, genauso wie sein Partner bei den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene, nämlich Mečiar zum slowakischen Ministerpräsidenten gewählt wurde.

Die beiden Wahlsieger hatten entgegen gesetzte Ansichten in der Wirtschaftspolitik und über den weiteren Gang des Transformationsprozesses, denn während der Parteivorsitzende Klaus einen schnellen Übergang zur Marktwirtschaft anstrebte, wollte Mečiar mitsamt seiner Partei einen graduellen Wandel, um die mit der Schocktherapie verbundene große soziale Härte abzumildern.<sup>111</sup> Den Hintergrund für die verschiedenen Konzepte der betreffenden Parteien, bildeten die unterschiedlichen Wirtschaftslagen und dementsprechend soziale Situationen in den jeweiligen Republiken. So betrug gegen Ende des Jahres die Arbeitslosenquote in der Slowakei mehr als 10 Prozent, in der Tschechei hingegen lag sie bei lediglich 2,5 Prozent. Dementsprechend räumte die Mehrzahl der Slowaken dem Staat bei der Transformation der Wirtschaft eine entscheidendere Rolle zu und wollte die von Klaus gewünschte Privatisierung der Staatsindustrie vorsichtiger angehen. Insofern entsprach die Devise von Mečiar, die besonderen Strukturbedingungen der Slowakei müssten bei der Umgestaltung der Wirtschaft berücksichtigt werden, nur den Wünschen der verängstigten Slowaken. Die unnachgiebige Haltung von Klaus in Tschechien bestärkte zudem nur die Befürchtungen der Slowaken, sich den tschechischen Vorstellungen unterordnen zu müssen.

Wie zu erwarten, bildeten die Verhandlungen über die Weichenstellung für eine neue Verfassung, welche die Struktur des Staates neu bestimmen sollte, den dramatischen Abschluss des Ganzen. Beide Parteien, mit ihren schillernden Parteivorsitzenden Mečiar

---

<sup>111</sup> Junkers Stephanie: Ethnische Konflikte und Staatenteilung . S. 81

und Klaus, standen sich unversöhnlich und nicht kompromissbereit gegenüber. Beide sollten über etwas beraten, was keiner von Ihnen so richtig mehr wollte. Bereits in den ersten Verhandlungstagen machte Klaus deutlich, er sei nur bereit eine sogenannte funktionsfähige Föderation, das bedeutet, eine bundesstaatliche Regelung des Miteinander oder die Teilung des Landes zu beschließen, während die Forderung von Mečiar nach einer Konföderation zweier souveräner Staaten, die der Slowakei die politische Unabhängigkeit aber gleichwohl den fortgesetzten Finanztransfer aus Prag sichern sollte, bei den tschechischen Politikern auf taube Ohren stieß. Das Dilemma lag in der unterschiedlichen Sichtweise einer Neuregelung.

Für Mečiar bedeutete Klaus' Idee einer funktionsfähigen Föderation einen zentralistisch geprägten Einheitsstaat, den weder er noch seine Partei so hinnehmen konnten, Klaus wiederum, sah im Konzept seines Kontrahenten eine „Union nach Art der Verträge von Maastricht“ die dem Zerfall des Staates gleich bedeutend sei. Er gab dem Wiederaufbau der tschechischen Wirtschaft und der raschen Aufnahme Tschechiens in die Europäische Gemeinschaft, ohne die Last der rückständigen Slowakei größere Erfolgchancen, zumal unter der tschechischen Bevölkerung der Unwillen mit den ständig unzufriedenen Slowaken ebenso wuchs, wie nach den von der Regierung veranlassten Meinungsumfragen der Anteil an Tschechen, die eine Trennung wollten.<sup>112</sup>

Die Slowaken hingegen begegneten der politischen Verselbständigung ihres Landes, nicht zuletzt wegen der vermeintlichen wirtschaftlichen Folgen, mit Bedenken, sprachen sich doch bei einer in der Slowakei im August 1991 durchgeführten Umfrage lediglich 16 Prozent der Befragten für die Unabhängigkeit aus.

Während die slowakische Seite zögerte, die Sezession endgültig durchzusetzen, trat der tschechische Premier Klaus energischer auf und forcierte die Entscheidung, so dass man sich letztendlich auf eine schwache Föderalregierung mit nur fünf Ministerien einigte, was das Ende der Tschechoslowakei bedeutete.<sup>113</sup>

Dem ging ein ereignisreicher Monat Juli voraus, insofern, als am dritten Tag desselben, die slowakischen Abgeordneten sich im Parlament gegen die Wiederwahl von Václav Havel ausgesprochen haben. Für die Tschechen jedoch war es gerade dieser, der die moralisch- politische Symbolfigur der tschechischen Kultur und Demokratie darstellte und der bis zuletzt versucht hatte, die Einheit des Landes zu erhalten. Insofern stellte das einen Affront dar.

---

<sup>112</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 219

<sup>113</sup> Junkers Stephanie: Ethnische Konflikte und Staatenteilung . S. 81/ 82



Den endgültigen Schlussstrich setzte das Parlament in Bratislava, indem es am 17. Juli 1992 die Slowakei zum souveränen Staat erklärte. Havel wiederum nahm die slowakische Souveränitätserklärung zum Anlass, um vom Präsidentenamt zurückzutreten, was die politische Lage im Lande noch weiter destabilisierte. Von nun an erübrigte sich auch eine Fortführung der bis dato so langwierigen Verfassungsdebatte, die Republiken konnten sich ihre eigenen Konstitutionen geben und die Ministerpräsidenten die Verhandlungen über die Modalitäten der Sezession führen. Zwischen dem 25. August und dem 25. November 1992, wurden das Vermögen und die Verbindlichkeiten der untergehenden Föderation nach dem Territorialprinzip oder wenn dem nicht möglich, dann nach dem Bevölkerungsverhältnis aufgeteilt, eine Zollunion, freier Personenverkehr und eine enge Zusammenarbeit vereinbart.

Die Bevölkerung jedoch, die in den Umfragen mehrheitlich fast immer gegen die Teilung war und deren politische Eliten ihr eine Referendum über die Teilung des gemeinsamen Staates verweigert hatten, fand sich geradezu teilnahmslos mit der Teilung ab, wohl weil sie in praktisch allen Belangen, egal ob in Wirtschaft, Kultur oder Wissenschaft in zwei Hälften aufgeteilt war und es keine föderalen politischen Kräfte mehr gab, die das Volk noch hätten einen können.<sup>114</sup> Mithin verlief die neue Grenze ab 1. Januar 1993, dem Tag an dem die Sezession rechtskräftig wurde, entlang der ethnisch- nationalen Linie.

#### **4. Entwicklung der unabhängigen Slowakischen Republik**

In der jüngeren Vergangenheit der Slowaken und Tschechen, war die Initiative zu einem gemeinsamen Staat, stets von den letztgenannten ausgegangen, während für die slowakische Seite ein solches Staatengebilde nur die zweitbeste Lösung der nationalen Frage bedeutete.

Die Teilung der Tschechoslowakei in zwei souveräne Staaten war jedoch problematischer, als es das friedliche Auseinandergehen dieser beiden Völker vermuten lässt und der Lernprozess für eine unabhängige Republik, welcher in der gemeinsamen Zeit erworben wurde, sollte bei weitem nicht ausreichen, wie sich das in den nächsten

---

<sup>114</sup> Junkers Stephanie: Ethnische Konflikte und Staatenteilung. S. 81/82

Jahren zeigen sollte.

Während die Tschechische Republik gegen den Protest aus Bratislava die Flagge des einstigen Bundesstaates übernommen und mit der Wahl von Václav Havel zum Staatspräsidenten auch nach Außen hin Kontinuität zeigen konnte, warteten auf die Slowakei einer Reihe von neuen Herausforderungen. Dazu gehörte, dass der neue slowakische Staat geopolitisch und ökonomisch viel stärker auf gute Beziehungen zu seinen Nachbarn und hier insbesondere zu seinem alten Rivalen Ungarn, angewiesen war als noch im bisherigen Staatengebilde, oder als die Tschechische Republik.

#### ***a. Geopolitisches System der Slowakei***

Die slowakische Republik hat seit ihrer Entstehung am 1. März 1993 eine recht problematische geopolitische Situation zu bewältigen, insoweit als sie sich eine verhältnismäßig lange Grenze mit insgesamt fünf Nachbarstaaten teilt, zu denen sie Beziehungen unterschiedlicher Intensität und Qualität unterhält. Neben der besonderen Beziehung zum einstigen „Bruder“ Tschechei, sind von besonderer Bedeutung die Beziehungen zur Ukraine und zu Ungarn. Zu letzterem Staat insbesondere deswegen, weil hier ein latenter Streit schwelt, der tiefe historische Wurzeln hat und in der neueren Vergangenheit durch das Wasserbauwerk an der Donau, nämlich Gabčíkovo sowie eine beachtliche ungarische Minderheit von rund 520.000 Einwohnern, was rund 9,5% der Staatsbevölkerung ausmacht und der damit verbundenen Minderheitenrechte. Hinzu kamen bei der Slowakei erheblich ungünstigere Ausgangsbedingungen für eine wirtschaftliche Erholung, die Rekonstruktion der Schwerindustrie, Wiederbelebung der Landwirtschaft und letztendlich die Integration in den Weltmarkt, als dies in der Tschechischen Republik der Fall war.

#### ***b. Die Ära Mečiar***

Das politische System der unabhängigen Slowakischen Republik glich im Wesentlichen den Zuständen seit den Wahlen von 1992. Das bedeutet erstmal, nach dem Wahlsieg der „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“, bildete der Parteivorsitzende Vladimír Mečiar eine Minderheitenregierung mit der „Slowakischen Nationalpartei“.

Am 1. Januar 1993 übernahm er somit als Ministerpräsident auch die Regierung der unabhängigen Slowakischen Republik, während der slowakische Nationalrat am 17.

Februar den bisherigen Mitbegründer der „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ und bisherigen Vorsitzenden der Volkskammer der tschechoslowakischen Nationalversammlung Michal Kováč, zum Staatspräsidenten wählte. Besonderer Erwähnung bedarf dieser Umstand insofern, als die Regierungszeit Mečiar von schwerwiegenden Konflikten mit dem Staatspräsidenten geprägt ist, auf die ich nachfolgend eingehen werde.

Wie bereits erwähnt, entstand auch in der Slowakei nach der politischen Wende ein buntes Bild an zahlreichen politischen Parteien und Gruppierungen, wobei dieses Parteiensystem durch weitere Teilungen und Abspaltungen sowie Zusammenschlüsse zu Wahlbündnissen gekennzeichnet ist.

Die Hauptrolle darin fällt in der Revolutionsphase zunächst der „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ zu, von der sich im März 1991 der nationalistisch ausgerichtete Flügel „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ unter dem unbestrittenen Parteiführer Vladimír Mečiar, abspaltete. Diese Bewegung verstand sich seit seiner Gründung als ein breites Sammelbecken national und christlich orientierter Wählerschaft, das marktwirtschaftliche Prinzipien unter Beibehaltung eines starken Staatsinterventionismus vertrat, davon abgesehen, sich aber durch ein recht diffus gehaltenes Parteiprogramm auszeichnete.<sup>115</sup> Der verbliebene Teil der „Öffentlichkeit gegen Gewalt“, der sich zur „Demokratischen Bürgerunion“ transformierte, spielt seit den Wahlen von 1992 keine Rolle mehr, da ein Einzug ins Parlament seitdem nicht mehr stattgefunden hat.

Zu den weiteren relevanten politischen Kräften gehören die Christlich- Demokratische Bewegung, die katholisch- konservativ ausgerichtet ist, bei Bedarf nationale Projekte, wie das Wasserbauwerk Gabčíkovo aber unterstützt und eindeutigen Westkurs fährt in puncto EU- und NATO- Integration.

Gerade von den beiden letzteren Punkten distanziert sich die 1990 gegründete „Slowakische Nationalpartei“ unter dem Vorsitz von Ján Slota nachhaltig und vertritt dezidiert nationale Positionen. Als vermeintliche Hüterin der Interessen des slowakischen Volkes, sprach sie sich in Zeiten der Föderation auch als einzige Partei für eine Sezession aus und hat sich dem Kampf gegen die „Privilegien“ der ungarischen Minderheiten verschrieben.

Die Anfänge dieser Mehrparteiendemokratie waren gekennzeichnet durch einen hohen Grad der Zersplitterung besagter politischer Parteien, wobei man sie aufgrund ihrer

---

<sup>115</sup> Schönfeld Roland: Slowakei. S. 224

Orientierung vereinfacht in zwei Richtungen, nämlich autoritär versus liberal-demokratisch aufteilen könnte.

In der Slowakei fanden auch nach der Sezession keine Neuwahlen statt, so dass die Politiker der herrschenden Parteien ihre Machtpositionen behalten wollten und dies galt ganz speziell für die „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ mit Vladimír Mečiar an ihrer Spitze. Wegen seines autoritären Führungsstils, kamen bereits kurz nach der Unabhängigkeit der Republik, die Gegensätze zwischen der Regierungspartei und der Opposition offen ans Tageslicht. Der Grund hierfür lag in der selbstbewussten und extrovertierten Persönlichkeit dieses charismatischen Politikers, der in bester Manier eines Popuplisten unter der verunsicherten slowakischen Bevölkerung, Vertrauen zu wecken vermochte. Allerdings musste auch der Premier Rückschläge hinnehmen und zwar als sein Wunschkandidat Michal Kováč weder in seinen eigenen Reihen, noch bei der Opposition Zustimmung für das Amt des Präsidenten fand, was schließlich am 15. Februar 1993 zur Wahl von Michal Kováč führte. Dieser Umstand bildete den Anfang eines im In- und Ausland ausgetragenen Missverhältnisses zwischen den beiden Staatsmännern.

Während sich Mečiar im Laufe des Jahres bemühte, seine Machtpositionen innerhalb der Staatsverwaltung, den Rundfunk- und Fernsehanstalten zu verstärken und auch noch auf den Wirtschaftssektor auszudehnen, geriet er vermehrt mit dem Staatspräsidenten Michal Kováč in Konflikt.<sup>116</sup> Obwohl aus der gleichen Partei, trat Kováč schon kurz nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten aus dieser aus, um in der Rolle des Unparteiischen, Mečiar und dessen nicht gerade demokratischen Interessen, entgentreten zu können.

#### *aa. Konfliktherde*

Neben den bereits erwähnten Aktivitäten, gehörte dazu auch die Personalpolitik des Premiers. So wurde unter massivem Druck von Mečiar, der Außenminister Kňažko entlassen, nur weil sich dieser öffentlich gegen den Premierminister und dessen autoritären Führungsstil geäußert hatte.

Auf der anderen Seite, lehnte Kováč die Ernennung des von Mečiar als Privatisierungsminister vorgeschlagenen Ivan Lexa ebenso ab, wie auch der Gesundheitsminister Viliam Svoboda nach einem Misstrauensantrag im Parlament sein

---

<sup>116</sup> Merschitz Peter: Der Transformationsprozess der Slowakei. S. 23

Amt niederlegen musste.

Einen weiteren Konfliktherd bildete die Minderheitenfrage. Trat Präsident Kováč erstmalig im Mai 1993 zu einem „Runden Tisch“ mit Vertretern der ethnischen Minderheiten zusammen, um eine Entspannung der Minderheitenfrage mittels der Feststellung eventueller Abweichungen von internationalen Standards und anschließender Verhandlungen über ein Minderheitengesetz zu bewerkstelligen, verschärfte die Regierung den slowakischen Nationalismus.

Da im Laufe dieses Jahres zahlreiche Politiker aus der „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ ausgetreten sind und unter der Führung von Ex-Außenminister Kňažko, die Partei der „Assoziation der Demokraten der SR“ formierten, verlor Mečiar die zwei Drittel Mehrheit im Parlament, was zunächst zur Unsicherheit im Lande und somit der Hemmung seiner Fortentwicklung führte, ehe Mečiar im Oktober eine Koalitionsvereinbarung mit der „Slowakischen Nationalpartei“ schloss.<sup>117</sup> In der nachfolgenden Regierungsumbildung erhielt die „Slowakische Nationalpartei“ den ihr zustehenden Anteil an Ministerposten und konnte infolgedessen an der Regierungspolitik aktiv teilhaben.

Die „Hauptleidtragenden“ des nunmehr folgenden forcierten Nationalismus, war die ungarische Volksgruppe, die beispielweise eine Entfernung der zweisprachigen Ortstafeln im Hauptgebiet der ungarischen Minderheit, nämlich in der Südslowakei hinnehmen musste.

Den Schwerpunkt des Konfliktpotentials dürfte jedoch die Transformationstätigkeit der Regierung auf dem Bereich der Wirtschaft bilden. Die Transformationsstrategie der ehemaligen Tschechoslowakei, wurde zugunsten einer Vision von einer sozial und ökologisch orientierten Marktwirtschaft, mithin einer milderen Wirtschaftsreform aufgehoben, wodurch jedoch keine Anpassung an die neuen Wirtschaftsstrukturen erreicht werden konnte. Vielmehr führte die Regierung Entscheidungen im wirtschaftlichen Sektor durch, die der Stärkung ihrer politischen Macht dienten, es sich beim Privatisierungsprozess demnach um die Verbindung von wirtschaftlicher und politischer Macht handelte, was zur wirtschaftlichen Instabilität führte.<sup>118</sup>

Wie sehr sich diese Situation auf das Selbstverständnis der Slowaken niederschlug, manifestiert sich in der repräsentativen Umfrage des slowakischen „Zentrums für Sozialanalyse“ vom Ende März 1993. Lediglich ein Drittel der Slowaken sah mehr

---

<sup>117</sup> Sinzinger Marc: Die Transformation und die demokratische Konsolidierung der Slowakei. S.83

<sup>118</sup> Slimáková Dušana: Der Entwicklungsprozess und die ungleiche regionale Entwicklung in der Slowakei. S. 44

Vorteile im jetzigen politischen Regime als zum früheren, der Staatspräsident galt mit 78% als vertrauenswürdigste Institution, während die Zustimmung zur Politik des Premiers, von ehemals bis zu 90% auf nur noch 18% der Slowaken sank.<sup>119</sup>

### *c. „Intermezzo“ der Opposition*

Allerdings war dieser Regierungskonstellation keine lange Amtsdauer beschieden, insofern sie sich wegen einer kurzzeitigen Ablösung durch die Opposition nur bis zum März 1994 halten konnte. Das Bündnis zwischen der „Slowakischen Nationalpartei“ und der „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ war von Anfang an durch interne Differenzen geprägt, deren Ergebnis der Austritt einiger Mitglieder dieser beider Parteien und die Schwächung der Regierungskoalition war. Dies umso mehr, als die Abtrünnigen eine eigene Partei gründeten und die Koalition so ihre Mehrheit im Parlament verlor. Der Dauerkonflikt in der „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ führte schließlich zur Bildung eines parteiinternen, oppositionellen Flügels, der liberalere Positionen vertrat als Mečiar und dessen Mitglieder folgerichtig deshalb aus der Partei ausgeschlossen wurden.

Die Aufständischen, denen sich auch der Außenminister Moravčík und der stellvertretende Ministerpräsident Kováč angeschlossen haben, gründeten daraufhin im März 1994 die „Demokratische Union“. Nachdem die Regierungskoalition ihre Parlamentsmehrheit eingebüßt hatte, strebten sowohl sie, als auch die Opposition vorgezogene Neuwahlen an, was jedoch an Meinungsverschiedenheiten über den Termin ebenso scheiterte, wie die Zustimmung des Staatspräsidenten zum Referendum, mit dem die Regierung den Termin erzwingen wollte.

Dem folgte im Parlament ein Misstrauensantrag der Opposition, der vom Staatspräsidenten Kováč moralisch unterstützt wurde und so die Regierung per Votum am 11. März 1994 gestürzt werden konnte. Der Präsident beauftragte Moravčík, den Vorsitzenden der eben gegründeten „Demokratischen Union“, mit der Bildung der Regierung, der es dann geschafft hat, mit mehreren unterschiedlich ausgerichteten Parteien, wie der „Partei der Demokratischen Linken“ und der „Christlich-Demokratischen Bewegung“ eine Koalitionsregierung zu stellen. Diese wurde noch im selben Monat durch den Staatspräsidenten angelobt.

---

<sup>119</sup> Rasek Marion: Das Nationale Erwachen und die Nationwerdung der Slowakei. S. 117/ 118

In den wenigen Monaten ihrer Amtszeit war die neue Regierung mit dem Erbe der Regierung Mečiar, nämlich schwerwiegenden wirtschaftlichen Problemen, konfrontiert. Um den Staatshaushalt zu sanieren, beschloss sie eine Mehrwertsteuererhöhung, was die Verbraucherpreise weiter steigen ließ und so die Unzufriedenheit bei der Bevölkerung schürte. Erschwerend kam hinzu, dass ihr keine Zeit blieb, anderweitige Ansätze zur Lösung der bestehenden Schwierigkeiten im Lande zu finden, obwohl in der kurzen Zeit ihrer Tätigkeit die Privatisierung erfolgreich vorangetrieben und die aufkeimenden Unstimmigkeiten in der Minderheitenfrage zurückgedrängt werden konnten. Bereits am 30. September und 1. Oktober desselben Jahres standen nämlich bereits Neuwahlen an.

#### ***d. Fortsetzung der Ära Mečiar***

Die Neuwahlen endeten mit der Niederlage des Kurzzeitpremiers Moravčík, dagegen erzielte Mečiar's „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ einen eindeutigen Sieg mit knapp 36% der Wählerstimmen. Somit standen ihr mehr als 40% der Sitze im Nationalrat zu. Die bedeutendsten Oppositionsparteien hingegen mussten sich mit Werten um die 10% begnügen. Zu verdanken hatte diesen Wahlerfolg die „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ ihrem Parteivorsitzenden, der in einem polemisch populistischen Wahlkampfstil, sich als ein Opfer einer politischen Intrige verkaufen konnte und darüber hinaus mit seinem Wahlprogramm die Mehrheit der Bevölkerung ansprach. Dieses Wahlprogramm ging von einem Sonderweg der Slowakei aus, dem sogenannten „Dritten Nationalweg“, der eine Transformation ohne die ihr eigentlich anhaftende soziale Krisen versprach.

Die Wirklichkeit sah aber ein „bisschen“ anders aus. Bereits bei der Regierungsbildung im Dezember 1994 kam es zur Verletzung von demokratischen Prinzipien, als es in der sogenannten „langen Nacht der verkürzten Demokratie“ zu einer Koalition zwischen der „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“, der „Slowakischen Nationalpartei“ und dem „Arbeiterbund der Slowakei“ kam, indem diese Koalition in Abwesenheit der Opposition, die aus Protest das Parlament verließ, über sämtliche Vorsitze des Parlaments und über die Ausschüsse abstimmte und die wichtigsten Posten mit eigenen Leuten besetzte. Es kam zu einer Regierung der Mehrheit, die Macht konzentrierte sich nun bei einer nationalen und autoritären Koalition, ein Vorgang, der als eine Verletzung der Prinzipien des Rechtsstaats und des Prinzips der Pluralität des politischen Systems

im Parlament bezeichnet wird.<sup>120</sup> Damit war der Versuch der Opposition, den autoritären, sich nationalistisch und oft auch undemokratisch aufspielenden Ministerpräsidenten Mečiar ins Abseits zu lotsen, vorerst gescheitert.

Die Richtung der politischen und wirtschaftlichen Reformen nahm vielmehr eine neue Form an.

Neben der Stärkung der Exekutive, diente die Territorial- und Verwaltungsreform von 1996 einerseits der Machtsicherung, andererseits der Beschneidung der ungarischen Minderheitenrechte, weil durch die Umverteilung der Wahl- und Bezirkskreise, diese Ethnien ihre rechnerischen Mehrheiten und damit das Recht auf Selbstverwaltung ebenso verloren haben, wie bereits durch andere Gesetze, darunter das Sprachgesetz, wodurch die Minderheitenrechte deutlich eingeschränkt wurden. Damit war dem slowakischen Nationalismus von Mečiar und der „Slowakischen Nationalpartei“ zwar Genüge getan, andererseits aber eine offene Konfrontation mit dieser Minderheit und ihrer Lobby unausweichlich.

Der Kritik der Medien an der Regierung, versuchte letztere mittels Einflussnahme an den Medien zu begegnen. Dies, indem der Verwaltungsrat des slowakischen Staatsfernsehens und Rundfunks mit regierungstreuen Personen besetzt, regierungskritische hingegen entlassen und den privaten Rundfunk- und Fernsehsender, die wirtschaftliche Grundlage entzogen wurde. Als Instrument hierzu dienten der Rat der Medien vom Februar 1995 und das „Gesetz zum Schutz der Republik vom Dezember 1996. Der Versuch, die mit ausländischen Investoren dotierte Presse auszuschalten, scheiterte hingegen am internationalen Protest.

Innenpolitisch spitzte sich außerdem der Machtkampf zwischen Premier und Präsident dermaßen zu, dass er nahezu absurde Züge annahm. Mečiar verdächtigte nämlich den Präsidenten, den Misstrauensantrag des Parlaments, der zwischenzeitlich zu seiner Absetzung geführt hatte, initiiert zu haben. Nachdem der Premier den Staatspräsidenten zunächst erfolglos zum Rücktritt aufgefordert hatte, setzte er im Mai 1995 gegen Kováč einen nichtbindenden Misstrauensantrag im Parlament durch. Dieser trat jedoch nicht zurück, woraufhin das Budget des Präsidenten beträchtlich reduziert wurde.

Die Situation eskalierte, als im August 1995 der Sohn des Staatspräsidenten von Unbekannten nach Österreich entführt wurde und Kováč, sowie noch andere Politiker, den slowakischen Geheimdienst und seinen Leiter, den Mečiar nahen Ivan Lexa öffentlich verdächtigten, in die Sache verwickelt zu sein. Gleichwohl sind sämtliche

---

<sup>120</sup> Slimáková Dušana: Der Entwicklungsprozess und die ungleiche regionale Entwicklung in der Slowakei. S.39



Versuche von Mečiar, den Präsidenten zu demonstrieren, ins Leere gelaufen und haben nur zum innen- und außenpolitischen Schaden für die Slowakische Republik geführt. In welchem beachtlichen Maße die inneren Differenzen, die demokratischen Institutionen blockierten, manifestierte sich in der Blockadepolitik der Regierung bei der Wahl eines Kandidaten für die Nachfolge von Präsident Kováč, wodurch das Parlament monatelang keine Einigung auf den Nachfolgekandidaten zu erzielen vermochte.

Wie sehr sich das Lager zwischen den Anhängern des Premiers und des Präsidenten teilte, beweist auch das Referendum der Regierung über die Mitgliedschaft in der NATO, das auch noch an andere Fragenkomplexe gekoppelt war und von der Wählerschaft nach Aufruf seitens Kováč und Oppositionsparteien erfolgreich boykottiert wurde. Dass sich die Regierung auch außenpolitisch in die Isolation navigierte, beweist auch die Tatsache, dass die EU und die USA den Beitritt der Slowaken in die EU und die NATO aufgrund von politischen Kriterien nicht unterstützten.

Diese Situation wurde bei den Wahlen von 1998 von der Opposition ausgenutzt. Ebenfalls, wie die zuletzt sinkende Popularität Mečiar und die negative Beurteilung der Europäischen Union in Form der Kopenhagener Berichte, zu einer knappen Niederlage der Regierungskoalition bei den Parlamentswahlen von 1998 geführt haben.<sup>121</sup> Zu verdanken hatte die Regierung diese Wahlniederlage jedoch auch dem „slowakischen Weg“ auf dem Wirtschaftssektor, der sehr intransparent erfolgte und aufgrund einiger irrationaler Vorgänge nicht zur effizienten Transformation auf die Marktwirtschaft führte.

### *e. Die Ära Dzurinda*

Erst die Parlamentswahlen vom September 1998, führten zu der von der Mehrheit der slowakischen Bevölkerung offensichtlich herbeigesehnten Wende, als unter dem christdemokratischen Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda, aus einem breiten Parteienspektrum, eine mehrheitsfähige Koalitionsregierung gebildet und die „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ trotz eigentlicher Stimmenmehrheit, in die Oppositionsrolle gedrängt werden konnte. Den Ausschlag zum Wahlsieg dürften wohl die Reformversprechen, die stärkere Prowestliche Orientierung und die Durchleuchtung der Machenschaften der Regierung Mečiar gegeben haben, die dem

---

<sup>121</sup> Merschitz Peter: Der Transformationsprozess der Slowakei. S. 25

Großteil der Bevölkerung wichtiger waren, als der vom Nationalismus übertünchte autoritäre Regierungsstil desselben.

Besagte Koalitionsregierung bestand aus vier Parteien, nämlich der „Slowakischen Demokratischen Koalition“, der „Demokratischen Linken“, der „Partei der Bürgervereinigung“ und der „Ungarischen Koalitionspartei“, was eine einheitliche Führung nicht erleichterte, umso mehr, als wegen dem Mitwirken der „Ungarischen Koalitionspartei“ die Regierungsarbeit erschwert wurde. Diese hat nämlich versucht, klassische Fragen der Minderheitenpolitik, wie beispielsweise des Kultursektors, im Rahmen der Koalitionsregierung zu verwirklichen, was nicht nur zur Kritik seitens der oppositionellen „Slowakischen Nationalpartei“ hervorrief. Und so gaben viele Beobachter der Koalition keine lange Lebensdauer, da sich die Vielfalt der in ihr repräsentierten Meinungen, vor allem bei der „Ungarischen Koalitionspartei“ schon im März 1999 darin manifestierte, dass sie sich benachteiligt fühlte und mit Regierungsaufkündigung drohte.

Im Juli 1999 hat das Parlament ein Sprachgesetz zwar verabschiedet, wonach die Sprache einer Minderheit als zweite Amtssprache anerkannt ist, in denen sie mindestens 20% der Bevölkerung bildet, jedoch stieß dieses Gesetz auf Kritik, auf der einen Seite von der Ungarischen Koalitionspartei, die eine weitergehende Regelung forderte, auf der anderen Seite bekämpfte die parlamentarische Opposition die Neuregelung, wobei sie Zustimmung von Teilen der slowakischen Bevölkerung erfuhr, die Furcht vor „großungarischen Visionen“ hegt.<sup>122</sup>

Aber auch die anderen Koalitionsparteien vertraten voneinander unterschiedliche Haltungen sowohl diesbezüglich, als auch zu den anstehenden Reformen. Die neue Koalition bemühte sich um die Beseitigung der Fehlentwicklungen der ehemaligen Regierung in selektiver Weise, da ihre Durchführung aufgrund der bunten Zusammensetzung der Koalition nicht so ohne weiteres umgesetzt werden konnte. Wichtig für die Funktionsweise der Institutionen war die Verfassungsänderung in Bezug auf die Wahl des Staatspräsidenten, der seit damals direkt gewählt werden konnte. Jedoch war nach dem Ausscheiden von Kováč, dieses Amt wegen der Blockadepolitik der vorherigen Regierung unbesetzt geblieben. Die Wahl hierzu konnte Rudolf Schuster, der sich bei der samtenen Revolution verdient gemacht und nach dem Zerwürfnis mit Mečiar eine eigene Partei gegründet hatte, am 29. Mai 1999 gewinnen, obwohl ihn sein Konkurrent zu diffamieren suchte. Die nationale Karte, Schuster sei ein

---

<sup>122</sup> Kipke Rüdiger: Das politische System der Slowakei, in: Ismayr Wolfgang: Die politischen Systeme Osteuropas. S. 313

„Deutscher“ zog aber nicht, die Ängste der Slowaken vor einer suggerierten „Fremdherrschaft“, konnten seitens Mečiar nicht geweckt werden und so wurde Schuster am 29. Mai 1999 zum Präsidenten gewählt.

Dass die Hinterlassenschaft der vorherigen Regierung ein schweres Erbe für die neue Koalition darstellte, lässt sich nicht nur an der bereits ein Jahr darauf erfolgten Umstrukturierung derselben ersehen, die „Christlich- Demokratische Bewegung“ trat der Regierung bei, sondern auch an den ersten Streitigkeiten, die zur Spaltung der „Slowakischen Demokratischen Koalition“ und Gründung der „Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union“ unter Dzurinda, mithin einer politischen Fragmentierung geführt haben. Einigkeit herrschte zwar neben der wirtschaftlichen auch eine moralische Erneuerung vorzunehmen, allerdings erlitt die Regierung bereits im August 1999 einen Vertrauensverlust, als ein Minister und ein Staatssekretär wegen Korruptionsverdachts zurücktreten mussten.

Neben dem fortwährenden Brennpunkt Wirtschaft, die Reformen erschwerten die ohnehin harten Lebensbedingungen der Bevölkerung und somit auch die Unzufriedenheit über die Regierungspolitik, stellte wie in den anderen postkommunistischen Staaten auch, die organisierte Kriminalität ein ernstzunehmendes Problem dar. Dies, weil russische und ukrainische kriminelle Organisationen mit den slowakischen um Marktanteile kämpften, was in der slowakischen Bevölkerung für erhebliche Verunsicherung sorgte. Auswirkungen hatte dieser Umstand auch auf die Politik, denn obwohl direkte Einflussnahme der organisierten Kriminalität auf die Politik nicht beweisbar war, schwand nicht zuletzt aufgrund der grassierenden Korruption das Vertrauen der slowakischen Bevölkerung in ihre Volksvertreter und somit auch in das demokratische System.

Die Regierungsarbeit trug auch nicht ersichtlich zur Vertrauensbildung bei, erreichten die Parteien doch aufgrund der hohen Anzahl in der Regierung einen Konsens erst nach langen und komplizierten Diskussionen, nur um zu einem Einverständnis zu kommen, so dass oft auch auf Reformen verzichtet wurde.<sup>123</sup>

Allerdings war der proeuropäische Kurs der neuen Regierung, beispielsweise dokumentiert in der von Außenminister Kukan in der Kosovo- Krise praktizierten Politik oder das Anstreben des Beitritts zur NATO und der Europäischen Union, auch ein Grund, warum die Slowakei aus der bis dato eingeschlagenen internationalen politischen Isolation rausgeführt wurde und auch vom Großteil der slowakischen

---

<sup>123</sup> Slimáková Dušana: Der Entwicklungsprozess und die ungleiche regionale Entwicklung in der Slowakei. S.66

Bevölkerung Zustimmung erfuhr.

Die Erfolgsgeschichte setzte sich bei den Neuwahlen im Jahre 2002 fort, da die sich Dzurinda mit seinen Koalitionspartnern die knappe Regierungsmehrheit gesichert hatte und eine zweite Amtsperiode antreten konnte. Eine neue Koalition aus den Parteien Slowakische Demokratische und Christliche Union“, der „Partei der ungarischen Koalition“, der „Christlich- Demokratischen Bewegung“ und die „Allianz des neuen Bürgers“, konnte an der Westorientierung der Slowakei weiterarbeiten.

So trug die Regierung Dzurinda zur Eingliederung der Slowakei in die internationale Politik und der allmählichen Verbesserung des Status betreffs der Mitgliedschaft in den bedeutenden Organisationen der OECD, der NATO und der EU bei, indem die Slowakei im Laufe der Beitrittsverhandlungen eine Reihe von Beitrittsbedingungen erfüllen musste.

Insbesondere der Integrationsprozess in die Europäische Union, hatte bei der Formierung einer Politik der liberalen Demokratie in der Slowakei einen großen Einfluss, weil er von der Bildung oder Änderung der Ausrichtung politischer Institutionen eine bedeutende Rolle spielte, während die NATO Mitgliedschaft eine Novelisierung der Verfassung bezüglich der Sicherheitspolitik bedingte.<sup>124</sup> Nachdem im Mai 2003 das Referendum über den Beitritt der Slowakei zur EU positiv ausgefallen war, wurde diese am 1. Mai 2004 Mitglied der Europäischen Union und nur zwei Monate später erfolgte die für die Außen- und Sicherheitspolitik des Landes wichtige NATO- Mitgliedschaft.

Während die Konsolidierung der Demokratie spätestens zum Ende des Jahres somit als abgeschlossen betrachtet werden kann, können die Konsolidierung der Wirtschaft, respektive die Bewältigung der sozialen Frage, als weitaus diffiziler angesehen werden. Bei Amtsantritt beinhaltete das Regierungsprogramm radikale und liberale Reformen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich ebenso, wie im Steuer- und Gesundheitssektor. Damit war aber die Mehrheit der slowakischen Bevölkerung und hier verständlicherweise die sozial schwächer gestellte Bevölkerungsgruppe, nicht zufrieden, wurde doch dadurch die soziale und wirtschaftliche Situation derselben verschlechtert. Der Grund hierfür liegt in der zweiten „Entpolitisierung“ der Wirtschaft, das bedeutet, einer nahezu kompromisslosen Umsetzung von liberalen Wirtschaftsprinzipien, die flexiblere Arbeitsmarktgesetze, eine Rekonstruktion des Bankensektors, keiner

---

<sup>124</sup> Slimáková Dušana: Der Entwicklungsprozess und die ungleiche regionale Entwicklung in der Slowakei. S. 67/68

Preisregulierung durch den Staat, Privatisierung des Renten- und Umstrukturierung des Krankenversicherungssystems.

Die wohl bedeutendste Maßnahme besagter liberaler Reformen, dürfte jedoch die Anlockung der direkten ausländischen Investitionen und die Einführung der sogenannten „Flat- Tax“ ein, die für ein bemerkenswertes wirtschaftliches Wachstum mitursächlich ist.<sup>125</sup> Für natürliche Personen beträgt der Steuersatz, der unter dem

Finanzminister Ivan Mikloš am 1.1.2004 eingeführten Flat Rate 19%, wobei die ersten 2000 Euro Jahreseinkommen nicht versteuert werden, womit sich de facto ein

Steuersatz von etwas unter 19% bei mittleren und höheren Einkommen ergibt. Durch die Einheitssteuer wurden praktisch alle slowakischen Steuerzahler entlastet,

wenngleich durch den Subventionsabbau sowie der Erhöhung der Verbrauchssteuern und Sozialabgaben, die Belastungen auf der anderen Seite sich erhöht haben.

Die Körperschaftssteuer für Kapital- und Personengesellschaften beträgt, ebenso wie die Umsatzsteuer nur 19% flat, demgegenüber die Körperschaftssteuer in Österreich beispielsweise mit der Reform von 2005 immerhin noch 25% beträgt.<sup>126</sup>

In Verbindung mit dem niedrigsten Lohnniveau in Mitteleuropa und dem Beitritt in die Europäische Union, wurden massenweise neue ausländische Investoren, insbesondere aus dem Bereich der Automobilindustrie angezogen.

In Folge dessen bildete sich in der Slowakei eine neue soziale Struktur der Gesellschaft heraus. Trotz des Wirtschaftswachstums, kam es nämlich nicht zu einer gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsvermehrung, vielmehr wuchs die soziale Diskrepanz der einzelnen Bevölkerungsschichten. Regional stieg die Arbeitslosigkeit und Armut bereits ärmerer Schichten nochmals deutlich an, was zum sozialen Ausschuss führte, während die Mittelschicht einen Schwund zu verzeichnen hatte und nur die wenigen Reichen in den Genuss einer Verbesserung des Lebensstandards kamen.

Des Weiteren kam es zu einer Veränderung der sozialen und kulturellen Situation in der Slowakei, bedingt durch den Anstieg der Konsumerwartungen und den Verfall der traditionellen Werte, so etwa den „Verfall der Familie“. Folglich fiel die Slowakische Republik im Jahre 2005 laut der UNO, bezüglich der „menschlichen Entwicklung“ auf den 42. Platz zurück.

Und so gibt, die im Jahre 2006 vom Institut für öffentliche Angelegenheiten durchgeführte Umfrage, die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der hohen

---

<sup>125</sup> Slimáková Dušana: Der Entwicklungsprozess und die ungleiche regionale Entwicklung in der Slowakei. S. 84

<sup>126</sup> Feith Peter: Steueroase Slowakei. S. 66 ff.

Arbeitslosigkeit, dem Gesundheitssystem, dem Lebensstandard, der regionalen Ungleichheit in wirtschaftlichen und sozialen Bereichen, sowie der Korruption und der Kriminalität wieder.<sup>127</sup>

Auf politischer Ebene kam es darüber hinaus in der Regierungskoalition zu einer Entwicklung, die ein Fortführen der Amtsgeschäfte unmöglich machen sollte.

Eine Frage, welche die Regierungskoalition entzweite, war die Regelung über das ungarische „Statusgesetz“, das von der ungarischen Regierung im Jahre 2001 ausgearbeitet, die grenzüberschreitende Einheit der Ungarischen Nation“ als Ziel sah und dieses mit finanzieller und immaterieller Förderung der ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern, zu verwirklichen suchte. Während die „Partei der Ungarischen Koalition“ das Gesetz als eine willkommene Möglichkeit sah, die kulturelle Identität der ungarischen Minderheit in der Slowakei zu stärken, sah die Regierung Dzurinda darin ein Gesetz mit extraterritorialer Wirkung, das die Staatsbürger der Slowakei in ihrem eigenen Land, aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit diskriminiere und drohte Gegenmaßnahmen an, die nur aufgrund der Ende Juni erfolgten diplomatischen Kompromisslösung nicht verwirklicht wurden.<sup>128</sup>

Insbesondere zwischen der Partei von Regierungschef Dzurinda und der „Partei der Ungarischen Koalition“ unter Bugár, kam es auch im Laufe des Jahres 2005 kam es zu schwerwiegenden Differenzen, nicht nur wegen der Abberufung von Minister Pavol Rusko. Auch die Ablehnung durch Dzurinda und der „Christlich- Demokratischen Bewegung“, der Initiative des tschechischen Premiers Paroubka zu folgen und sich für die Beneš- Dekrete zu entschuldigen, stiess bei der „Partei der Ungarischen Koalition“ auf Unverständnis, ebenso wie die gleiche unnachgiebige Position der „Allianz des neuen Bürgers“ in puncto Beneš- Dekrete und des Versuchs derselben, dem Vertreter dieser ungarischen Partei auf dem Posten des Kulturministeriums einen Kollegen beizustellen.<sup>129</sup>

Als ein zusätzlicher destabilisierender Faktor, dürfte das Wirken des Präsidenten Gašparovič anzusehen sein. Bereits im Januar 2005 distanzierte er sich von der Regierungspolitik, indem er den Reformkurs wegen der großen regionalen Unterschiede und der schwierigen Lage der Rentner und junger Familien kritisch hinterfragte und zur Suche nach alternativen Reformenvorhaben forderte.

---

<sup>127</sup> Feith Peter: Steueroase Slowakei. S. 75/76

<sup>128</sup> Grigorij Mesežnikov: Vnútropolitický vývoj a systém politických strán, in: Kollár, Mesežnikov, Bútor: Slovensko 2003. S. 23

<sup>129</sup> Grigorij Mesežnikov: Vnútropolitický vývoj a systém politických strán, in: Kollár, Mesežnikov, Bútor: Slovensko 2005. S. 40/41

Ein nachhaltiger Vertrauensverlust innerhalb der Regierungskoalition war die Folge. Hatten die Zwistigkeiten zwischen den jeweiligen Parteien der Koalitionsregierung in den Jahren 2003 und 2005 im Bemühen, sich möglichst lange an der Macht zu halten, überwunden werden können und trugen hierzu auch die erfolgreichen Kommunalwahlen von Dezember 2005 maßgeblich bei, so trug das Parteininterne Kalkül der „Christlich- Demokratischen Bewegung“ zur Eskalation der Beziehungskrise und somit de facto zum Zerfall der Regierung bei.<sup>130</sup>

Nachdem der Premier im Januar 2006 Bedenken betreffs der Fassung eines Vertragswerkes der Slowakischen Republik mit dem Vatikan über das Recht auf Abtreibung, geäußert hatte und ein Verschieben dieser Frage auf die nächste Legislaturperiode zu drohen schien, kündigte die „Christlich- Demokratische Bewegung“ im Februar 2006 die Koalition auf, so dass aufgrund fehlender Unterstützung im Parlament eine weitere Realisierung des Regierungsprogramms unmöglich werden ließ.

Folgerichtig sollten die vorgezogenen Neuwahlen von 2006 die Verweigerungshaltung der oppositionellen Partei „Smer“ ,das bedeutet „Richtung“, gegen die rasche Durchführung der radikalen Reformen sowie das Thematisieren der sozioökonomischen Frage durch ihren Parteivorsitzenden Fico, diese belohnen und die Ära Dzurinda beenden.

### ***E. Ausblick auf Gegenwart und Zukunft der Slowakei***

Den eigentlichen Auslöser für die vorgezogenen Neuwahlen, bildeten die Ereignisse der politischen Szene im Frühjahr 2006. Weil sich in der Regierungskoalition zwischen der „Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union“ und der „Christlich- Demokratischen Bewegung“ im Februar 2006 Meinungsverschiedenheiten herauskristallisiert hatten, die nicht mehr zu kitten waren und die Bereitschaft der Partner gegen das Mehrheitsdefizit im Parlament anzukämpfen erloschen war, hat letztere Regierungspartei die Koalition aufgekündigt. Folge war, dass eine weitere

---

<sup>130</sup> Grigorij Mesežnikov: Vnútropolitický vývoj a systém politických strán, in: Kollár, Mesežnikov, Bútora: Slovensko 2006. S. 35/36

Regierungsarbeit bis zu den regulären Wahlen im September 2006 unmöglich geworden war und das Parlament einstimmig vorgezogene Neuwahlen für Juni desselben Jahres anberaumt hat.

Die Wahlen haben die politischen Kräfteverhältnisse im Lande nachhaltig verändert, insofern als Parteien an die Macht gelangt sind, die eine kritische Meinung nicht nur bezüglich der Reformen der Vorgängerregierung haben, sondern praktisch einiger Aspekte der politischen und sozial- ökonomischen Entwicklung der Slowakei seit dem Jahre 1998.<sup>131</sup> Die Partei „Richtung“ unter ihrem Vorsitzenden Robert Fico, hat in den Parlamentswahlen 29,1% der Wahlstimmen gewonnen, wohingegen für die „Slowakische Demokratische und Christlichen Union“ von Ex- Premier Dzurinda 18,3 % der Staatsbürger votiert haben. Eben diese neue politische Kraft, hat Präsident Gašparovič mit der Bildung einer neuen Mehrheitsfähigen Regierung beauftragt, so dass der Parteivorsitzende Fico eine Reihe von Sondierungsgesprächen mit den anderen Parteien geführt und als Ergebnis der Verhandlungen die Regierungskoalition aus den Parteien „Smer“, der „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ und der „Slowakischen Nationalpartei“, entstanden ist.

Die interne Funktionsfähigkeit besagter drei Parteien gewährleistet der „Koalitionsrat“, der als ein gemeinsames Organ für das Initiativrecht, sowie die Koordinations- und Kontrollfunktion dient. Der Koalitionsrat setzt sich aus den drei Parteivorsitzenden zusammen, was einerseits zur Stärkung der jeweiligen Parteiinteressen dienen soll, andererseits aber auch zur Stärkung der Verantwortlichkeit gegenüber der Koalition, insofern als der Koalitionsvertrag gemeinsamen Konsens bei Entscheidungen voraussetzt und Interessenverletzungen zuungunsten der jeweils anderen Partei, untersagt sind. Dieser Umstand erscheint umso bemerkenswerter, als die Vorsitzenden der jeweiligen Parteien sich als dominante, im Falle von Slota und wohl auch Mečiar, als geradezu schillernde Persönlichkeiten bezeichnen lassen und deshalb Probleme geradezu vorprogrammiert sind.

Obwohl an den Verpflichtungen, die sich aus dem EU- Beitritt ergeben haben, nicht gerüttelt wird, haben bereits die Ereignisse des zweiten Halbjahres 2006 gezeigt, dass die neue Koalitionsregierung schon praktische Maßnahmen unternommen hat, die zu einer Verwirklichung der Wahlversprechen führen sollen und zwar um die Revision einiger Maßnahmen der Vorgängerregierungen im Wirtschafts- und Sozialsektor, im

---

<sup>131</sup> Grigorij Mesežnikov: Vnútropolitický vývoj a systém politických strán, in: Kollár, Mesežnikov, Bútora: Slovensko 2006. S. 21



Verfassungsfragen- und Gesellschaftssystem.<sup>132</sup> Dazu zählen konkrete Schritte im Steuer-, Renten- Gesundheits- und Bildungssystem, die in unterschiedlicher Intensität angegangen werden, um dem Anspruch der stärksten Koalitionspartei, der „Richtung“, Rechnung zu tragen und die Regierungspolitik als „sozial- solidarisch“ bezeichnen zu können. Hierzu sollte vor allem die Rolle des Staates in der Gesellschaft gestärkt werden.

Um das aber auch durchsetzen zu können, hat die neue Regierung nach den Parlamentswahlen rasch die Macht übernommen und Bemühungen aufgewendet, ihre Machtposition auszubauen. Die Mittel, derer sie sich dazu bediente, waren Maßnahmen gesetzlichen und administrativen Charakters und dienten einer Stärkung der Machtbefugnisse der Regierungsorgane und somit zwangsläufig auch der Schwächung der Opposition. Der Prozess der Machtübernahme durch die Personalbesetzung regierungsloyaler Administration, verlief praktisch während des gesamten ersten Halbjahres 2006. Der personelle Austausch betraf vor allem die Parteiangehörigen der „Partei der ungarischen Koalition“, der dazu führte, dass diese im September 2006 keine Stellen mittlerer Behördenebene mehr besetzten, womit objektiv das ethnische Ausmaß insofern tangiert war, als sich damit die Beteiligung der ungarischen Minderheit an der staatlich gelenkten Regierungstätigkeit verringerte.<sup>133</sup>

Wenngleich die Regierungskoalition diese personelle Umbesetzung in erster Linie dem Aspekt der Parteizugehörigkeit und der Loyalitätsfrage zuzuschreiben suchte, weckte dieses Prozedere Kritik von der „Partei der ungarischen Koalition“, die darin einen neuen Nationalismus, respektive Diskriminierung der ungarischen Minderheit erblickte. Ermöglicht hat diesen Schritt die Aufnahme der „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ unter dem alten Vorsitzenden Mečiar, der sich ja bereits in seiner Regierungszeit den Vorwurf des slowakischen Nationalisten hat gefallen lassen müssen. Mehr noch aber, hat dazu die Regierungsbeteiligung der „Slowakischen Nationalpartei“ beigetragen, die verständlicherweise gemäß ihrem Parteiprogramm dem slowakischen Nationalismus verpflichtet war und die slowakischen Interessen mittels ihres Parteivorsitzenden Ján Slota in populistischer und somit der Regierungskoalition nicht gerade zuträglicher Weise artikulierte. In Folge der wiederholten rassistischen Äußerungen von Slota, kam nicht zuletzt auf Betreiben der Ungarn, internationale

---

<sup>132</sup> Grigorij Mesežnikov: Vnútropolitický vývoj a systém politických strán, in: Kollár, Mesežnikov, Bútora: Slovensko 2006. S. 21

<sup>133</sup> Ebenda: S. 41

Kritik an der Koalitionsregierung auf.

Wegen ihrer Koalition mit der „Slowakischen Nationalpartei“, haben die europäischen Sozialdemokraten dann die Mitgliedschaft von „Smer“ in der Sozialdemokratischen Partei Europas im Oktober 2006 ausgesetzt, mit der Begründung, dieses Gebaren würde nicht ihren demokratischen Werten entsprechen.<sup>134</sup>

Trotzdem war die Regierungsfähigkeit 2006 nicht in Frage gestellt, vielmehr die Stabilität innerhalb der Koalition gewahrt worden, wobei anzumerken ist, dass zwar die dominante Stellung von „Smer“ zeitweise zu Konflikten geführt hat. Die eigentlich mandatschwächere „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ hat dabei eine konfliktorientierte Stellung bezogen, während die mandatsstärkere „Slowakische Nationalpartei“, sich mit „Smer“ bei Fragen der Regierungstätigkeit wesentlich häufiger auf eine gemeinsame politische Linie verständigen konnte.

Da die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation der Slowaken nicht zusätzlichen Spannungen unterworfen war, konnte die Koalition günstige Bedingungen für die Regierungsgeschäfte vorfinden, zumal der Präsident mit ihr ein ordentliches Arbeitsverhältnis besitzt, im Gegensatz zur Ex-Regierung Dzurinda.

Im Jahre 2007 setzten sich die Trends der Regierungspolitik fort, was den Ausbau der Position in den Staatsapparaten und der Neubesetzung des Personals durch die neue Regierung betrifft. Besagte Vorgänge wurden im Laufe des Jahres abgeschlossen, so dass die amtierende Regierungskoalition, die sich mit der Opposition auf heftigeren Konfrontationskurs als im Jahr zuvor begab, die Aktivitäten dieser neutralisieren konnte und sich dabei häufiger Mittel bediente, welche einer nichtliberalen Machtausübung entsprachen. Dazu sei als Beispiel, das eigenmächtige Eingreifen des Parlamentspräsidenten Paška in einen Gesetzestext genannt, der eigentlich dem Präsidenten zur Ratifikation vorgelegt werden sollte, in anderen Fällen hingegen erfüllte das Parlament nicht seine Kontrollfunktionen.

Den Zuwachs an konfliktorientiertem Verhalten und härterem Vorgehen gegenüber den oppositionellen Kräften, dokumentiert wohl am besten die Verbalrhetorik von Premier Fico, mittels welcher er die Legitimität der Opposition in Frage stellte, ihr kriminelle Elemente unterstellte und Vaterlandsverrat vorwarf.<sup>135</sup> Diesen Konfrontationskurs der Regierung, hauptsächlich von der Faktionsstärksten Seite des „Smer“ getragen,

---

<sup>134</sup> Christoph Thanei: Slowakei, in: Internationale Brennpunkte. Nr. 161/2006, in: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_9081-544-1-30.pdf?080708122814](http://www.kas.de/wf/doc/kas_9081-544-1-30.pdf?080708122814) (am 27. 1. 2010) S. 20

<sup>135</sup> Grigorij Mesežnikov: Vnútropolitický vývoj a systém politických strán, in: Kollár, Mesežnikov, Bútorá: Slovensko 2007. S. 19

bekamen auch regierungskritische Medien und unterschiedliche Interessengruppen zu spüren, zumal dann, wenn noch ein ethnisch Hintergrund vorlag.

Überhaupt lässt sich für das Jahr 2007 eine Fokussierung des ethno-zentrischen Elements in der Regierungstätigkeit beobachten, was sich konkret im Beziehen von Pro-slowakischen Positionen in Fragen der staatlichen Symbolik, der Geschichtsschreibung und der inter- ethnischen Beziehungen festmachen lässt.<sup>136</sup>

Dazu gehören die Durchsetzung von nationalistisch gefärbten, legislativ-deklarativen Dokumenten im Parlament, wie auch eine Neuinterpretation der Geschichtsschreibung, die von slowakischem Nationalismus zeugt. Der „National-orientierte“ Flügel innerhalb von „Smer“ und insbesondere die „Slowakische Nationalpartei“, bemühten sich darum, die nationalistischen Vorstellungen für die breite Masse Gesellschaftsfähig werden zu lassen, was bisher allenfalls für einen bestimmten, keinesfalls dominanten Gesellschaftskreis der Fall war. Als Beispiel hierfür sei nur die Einbringung und Verabschiedung eines Gesetzes im Parlament vom Oktober 2007 genannt, das die Verdienste von Andrej Hlinka um die slowakische Nationenwerdung und die Slowakische Republik würdigt. Diese nationalistisch orientierte Politik stößt bei der Opposition zuweilen auf Ablehnung, allen voran bei der „Partei der ungarischen Koalition“, bei der bezeichnenderweise alle Abgeordneten gegen besagtes Gesetz votierten.

Die Spannungen zwischen der Regierungskoalition und der „Partei der ungarischen Koalition“ als Vertreterin der ungarischen Minderheit, haben sich im Verlauf des Jahres 2008 noch weiter verschärft, wozu eine Vielzahl von Vorfällen beigetragen hat. Einige davon sollen exemplarisch das gespannte Verhältnis erklären helfen. So hat der Bildungsminister von der „Slowakischen Nationalpartei“ mit einer Gesetzesnovelle für Aufruhr bei der ungarischen Minderheit gesorgt, indem geographische Bezeichnungen in ungarischen Schulbüchern in slowakischer Sprache abgehalten werden sollten, was nach Meinung der ungarischen Lehrkräfte, Eltern und ihrer Volksvertreter in Widerspruch zur ungarischen Rechtsschreibung gewesen wäre und deshalb jene dagegen protestierten und zwar mit der Begründung, ihre Minderheitenrechte würden mit dieser Gesetzesnovelle eingeschränkt werden.<sup>137</sup> Dieses Ereignis löste in der Slowakei ein großes Medienecho aus und führte zu Grundsatzdiskussionen über die

---

<sup>136</sup> Grigorij Mesežnikov: Vnútropolitický vývoj a systém politických strán, in: Kollár, Mesežnikov, Bútora: Slovensko 2007. S. 19

<sup>137</sup> Grigorij Mesežnikov: Vnútropolitický vývoj a systém politických strán, in: Kollár, Mesežnikov, Bútora: Slovensko 2008. S. 24

Rechte und Pflichten der ungarischen Minderheit.

Und zwar umso mehr, als nach zielgerichteten Hinweisen durch Ján Slota in der Öffentlichkeit allmählich der Eindruck entsteht, die ungarische Minderheit und ihre Vertreter würden sich dem slowakischen Staat gegenüber nicht loyal verhalten. Als Indiz hierfür kann eine Erklärung des Nationalrates zum 160. Jubiläum des Ersten Slowakischen Nationalrates gesehen werden, für die kein Vertreter der „Partei der ungarischen Koalition“ zu stimmen gewillt war, oder auch die Tatsache, dass besagte Vertreter sich regelmäßig an den Treffen beteiligen, die vermeintlich der Information über Beziehungen und Institutionalierungsverlauf des „Forums ungarischer Abgeordneter des Karpatenbeckens“ dienen, so dass die Vertreter der „Partei der ungarischen Koalition“ vom slowakischen Parlament aufgefordert wurden, ihrem Amtseid nachzukommen.<sup>138</sup>

Schließlich untersteht besagtes Forum, wie die die „Slowakische Nationalpartei“ unermüdlich betont, dem ungarischen Parlament an.

Brisanz erfährt die Problematik um die Slowakische Nation und die ungarische Minderheit auch durch den Staatspräsidenten Ivan Gašparovič, der in Anbetracht seiner nahenden Amtszeit und mit Ambition auf eine weitere, außerordentlich kooperativ mit der Regierung Fico zusammenarbeitet. Die positive Einstellung zur Regierung manifestierte sich nicht nur in der Frage der Ratifizierung des „Lissaboner Vertrags“, wo er sich eindeutig auf die Seite der Regierung und gegen die Opposition stellte. Auch bei der „nationalen Frage“ bezog der Präsident zugunsten der Koalition eindeutig Position. So hat er vor dem Europarat die soziale Politik der Regierung Fico als ebenso positiv für die Slowakei hervorgehoben, wie die außerordentlich hohen Standards bei Minderheitenrechten und schob die Schuld an der Eskalation der Lage der ungarischen Seite zu, da diese die Probleme generiere und damit die Slowakischen Nationalisten provoziere.<sup>139</sup> Als negative Beispiele zog Gašparovič die unberechtigte Forderung nach einem ungarischen Bischof heran oder behauptete, dass zwei Drittel der Studenten der Universität J. Selyeho nicht in der Lage seien, slowakisch zu sprechen. Auch erhob er den Vorwurf, die ungarische Seite hätte ihn noch nicht zum Staatsbesuch geladen, um die Minderheitenproblematik, welche das Verhältnis zwischen der Slowakischen Republik und Ungarn belaste, im Einvernehmen diskutieren zu können.

---

<sup>138</sup> Grigorij Mesežnikov: Vnútropolitický vývoj a systém politických strán, in: Kollár, Mesežnikov, Bútor: Slovensko 2008. S. 32

<sup>139</sup> Ebenda: S. 34 /35

So geschlossen die Regierungskoalition in besagten Fragen auftrat, so erregte ihr Auftreten auch in anderen Tätigkeitsbereichen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Die Regierung legte starke Tendenzen des Partokratismus und des Klientelismus, des Wettbewerbs bei der Auftragsvergabe von öffentlichen Mitteln und der Vernachlässigung von unparteiischen Prinzipien bei der Machtausübung an den Tag, was sich insbesondere in der Blockadepolitik gegenüber den Gesetzesinitiativen und Kontrollbegehren der Opposition niederschlug.<sup>140</sup>

Diese erscheinen jedoch angebracht, da klientelistische Praktiken der Regierung nicht nur bei der Besetzung der staatlichen Institutionen, sondern auch öffentlicher Stellen nach zwei Jahren der Amtstätigkeit geradezu systematisch geworden sind, was nach Aussage des Regierungschefs Fico aber lediglich der gängigen politischen Praxis entspreche. Darüber hinaus macht sich bei der Vergabe in Führungsposition auch Nepotismus breit. Oppositionspolitiker, die diesen Umstand nicht so sehen, werden innerhalb des politischen Diskurses und des Machtbereichs staatlicher Organe im nachhinein unter dem Deckmantel einer öffentlichen Aufklärung kriminalisiert, respektive diskreditiert.<sup>141</sup>

Eine kritische Presse ist allerdings auch nicht erwünscht und wird mit verschiedenen Mitteln erfolgreich von der Regierungskoalition bekämpft, was der Absturz der Pressefreiheit im Worldwide Press Freedom Index vom 3. Platz im Jahre 2007 auf den 44. Platz zwei Jahre später, eindrucksvoll dokumentiert.

Davon abgesehen, hat die Regierungskoalition einige ihrer Wahlversprechen eingelöst. Dazu gehört vornehmlich die Politik der Solidarität und des Prinzips eines „Sozialen Staates“. Dies manifestiert sich in so pathetischen Gesten, wie einer „Weihnachtsrente“, der Anhebung der Pensionsbezüge, der Absenkung der Umsatzsteuer auf Medikamente, Abschaffung der Barzahlung beim Arzt und Senkung der Rezeptgebühr oder der Aussetzung der von Dzurinda angedachten Privatisierung von Krankenhäusern. In das Programm der Regierung fügt sich auch die Überarbeitung des Arbeitsrechts, das nun einen besseren Arbeitnehmerschutz bietet. Der notorisch unterbezahlten Ärzteschaft in den Krankenhäusern und den Lehrkörpern in den Schulen hingegen, kam eine Gehaltsaufstockung zu Gute.

Diese Maßnahmen sollen kompensiert werden, einerseits durch das starke Wirtschaftswachstum der letzten Jahre, das mit einer Steigerung von 6% im Jahre 2005

---

<sup>140</sup> Grigorij Mesežnikov: Vnútropolitický vývoj a systém politických strán, in: Kollár, Mesežnikov, Bútor: Slovensko 2008. S. 18

<sup>141</sup> Ebenda: S. 20

auf gut 10% im Jahre 2007, bisher alle Erwartungen übertroffen hat. Andererseits werden durch den längst überfälligen Ausbau der Infrastruktur, hier sei nur der Autobahnbau zu Košice als der zweitgrößten Stadt der Slowakei genannt, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert, so dass selbst in Zeiten einer weltweiten Finanzkrise für 2009 circa 4,7% Wirtschaftswachstum erwartet werden. Sparmaßnahmen im öffentlichen Sektor durch Entlassung von Beamten, flankieren diese soziale Gesetzgebung ebenso, wie die Ankündigung der Regierung, 2010 den Treibstoffpreis für Diesel als Zugeständnis für Mobilität zu senken und im Gegenzug den Staatsapparat um zwei Ministerien zu verschlanken.

Aufgrund dieser Politik kam es im Frühjahr 2009 zu einer Rehabilitation von „Smer“ durch die in die Sozialdemokratische Partei Europas, wogegen die nur die ungarischen Sozialisten gestimmt haben.<sup>142</sup> Bereits hier zeichnete sich ab, dass das Jahr 2009 ein besonderes in den Beziehungen zwischen Slowaken und Ungarn werden sollte.

Ein Konflikt, der bei näherem Betrachten eine hochgeschaukelte politische Auseinandersetzung zu sein scheint und von den internationalen Medien dankbar als der „schärfste diplomatische Konflikt zweier Mitgliedsländer der Europäischen Union untereinander“, effektheischend vermarktet wird. Dazu trug eine ganze Reihe von Ereignissen bei, die die Situation eskalieren ließ.

Ihren Anfang nahmen die jüngsten Feindseligkeiten zwischen den beiden Nationen im November 2008. Als es bei einem Fussballspiel – Meisterschaftsspiel in einem der wichtigsten Zentren der ungarischen Minderheit in der Slowakei, in Dunajská Streda, zu schweren Krawallen zwischen den aus Ungarn angereisten Rechtsextremisten, respektive Hooligans und der slowakischen Polizei gekommen war, die von ihr auf brutale Weise beendet wurden, kam es zu daraufhin von ungarischer Seite zu Protestaktionen.

So kam es vor der slowakischen Botschaft in Budapest zu tagelangen Demonstrationen, die im Angriff auf slowakische Journalisten und Verbrennen der Nationalflagge gipfelten, der Blockade von Grenzübergängen und der Beschmierung von Fremdeigentum mit antislowakischen Hetzparolen in Grenznähe sowie als Höhepunkt der ungarischen Provokation, des Einmarsches einer 41 Mann starken, mit großungarischen Transparenten und faschistisch nachgebildeten Uniformen ausgerüsteten Nebenformation der berüchtigten „Ungarischen Garde“, in das

---

<sup>142</sup> [Volksgruppen.ORF.at](http://volksgruppen.orf.at) Kroaten& Ungarn: Smer ab 2009 SPE- Vollmitglied? in: <http://volksgruppen.orf.at/kroatenungarn/aktuell/stories/80188/> ( am 27. 1. 2010)

slowakische Städtchen Kráľovský Chlmec.<sup>143</sup>

Den Vorwürfen der ungarischen Regierung und der „Partei der ungarischen Koalition“ bezüglich des sinnlos brutalen Vorgehens gegen die ungarischen Staatsbürger in Dunajská Streda, entgegnete die slowakische Seite, die ungarische Regierung würde die rechtextremistischen Kräften des Landes gewähren lassen. Zwar hat gegen Ende des Jahres 2008, unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse und auch auf Druck der Sozialdemokratischen Partei Europas hin, zwischen dem slowakischen und ungarischen Premier ein Krisengespräch stattgefunden, das angesichts der aufgeheizten Atmosphäre auf beiden Seiten keine konkreten Lösungsvorschläge gebracht hat, jedoch bedeutet die Tatsache, dass es überhaupt stattgefunden und es auch beiderseitig Bekundungen guten Willens gegeben hat, einen ersten wichtigen Schritt zum Versuch einer Versöhnung. Trotz aller Sachlichkeit, hat aber das Gipfeltreffen deutlich aufgezeigt, dass für die ungarische Regierung die „Verlobung „der amtierenden slowakischen Regierung mit dem Nationalismus in Form der „Slowakischen Nationalpartei“ nicht hinnehmbar sei, für die slowakische Seite hingegen der „Export von Nationalismus und Faschismus“ und dass die paramilitärische Ungarische Garde mit der grössten Oppositionspartei Fidesz im Bunde sei.

Wenngleich in beiden Ländern die Kritiker sich mit dem „Löschversuch“ der Regierungschefs unzufrieden zeigten, so gab es auf slowakischer Seite einen ungewohnten Profiteur des Ganzen. Aus der grössten slowakischen Oppositionspartei der „Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union“, hat sich die Vizeparteichefin Iveta Radičová des Themas intensiv angenommen und hatte im Wahlkampf als Kandidatin um die Präsidentschaft auch aufgrund der Unterstützung durch die „Christlich- Demokratischen Bewegung“ und die „Partei der ungarischen Koalition“, eine wichtige Brückenfunktion im angespannten Verhältnis zwischen besagten Parteien inne. Dies insofern, als die Slowakische Demokratische und Christlichen Union“ und die „Christlich- Demokratischen Bewegung“ den neuen Parteivorsitzenden Pál Csáky vom einstigen Koalitionspartner „Partei der ungarischen Koalition“ heftig für seine nationalistische Politik kritisierten und ihm vorgeworfen haben, mit Forderungen nach einer Autonomie, dem Gebaren von Nationalistenchef Ján Slotá in nichts nachzustehen.<sup>144</sup> Die Rolle der Vermittlerin auf Dauer zu spielen, war

---

<sup>143</sup> Gehring Hubert: Slowakei: Spannungen mit Ungarn. in: [http://www.kas.de/proj/home/pub/15/1/year-2008/dokument\\_id-15120/index.html](http://www.kas.de/proj/home/pub/15/1/year-2008/dokument_id-15120/index.html) (am 27. 1. 2010)

<sup>144</sup> Gehring Hubert: Slowakei: Spannungen mit Ungarn. in: [http://www.kas.de/proj/home/pub/15/1/year-2008/dokument\\_id-15120/index.html](http://www.kas.de/proj/home/pub/15/1/year-2008/dokument_id-15120/index.html) (am 27. 1. 2010)

der Präsidentschaftskandidatin Radičová jedoch nicht vergönnt, da der national ausgerichtete bisherige Staatspräsident Gašparovič, sich auch ein weiteres Mal im Kampf um die Amtsführung durchsetzen und im April 2009 die Stichwahl mit gut 55% der Stimmen für sich entscheiden konnte.

Zeitnah hat die Regierungskoalition für neuen politischen Sprengstoff gesorgt, indem erste Beratungen geführt wurden, die eine Stärkung der slowakischen Sprache mittels eines „Sprachgesetzes“ diskutiert wurden. Das Ergebnis war in Juli 2009 ein Gesetzesentwurf, der für alle Informationen in der Öffentlichkeit die slowakische Sprache vorsieht, demzufolge auch Meldungen im Rundfunk zuerst in slowakischer und dann erst in anderer Sprache verlautbart werden dürfen und dessen Nichtbeachtung Geldstrafen bis zu 5000 Euro vorsieht.<sup>145</sup> Gegen die im September in Kraft getretene vermeintliche Einschränkung der Minderheitenrechte der Ungarn, sprach sich nicht nur die Präsidentin des ungarischen Parlaments, sondern auch der Parteivorsitzende Csáky aus, der zeitnah ausgerechnet im Fußballstadion von Dunajská Streda eine Massendemonstration von rund 6.- bis 8000 Menschen organisierte.

Diese Proteste sorgten auf der politischen Szene gehörig für Bewegung, insoweit als die Oppositionsparteien bezüglich der Gesetzesnovelle, sich ebenfalls auf die Seite der Regierung schlugen und die „Partei der ungarischen Koalition“ samt Csáky der gewollten Provokation beschuldigten, während der Vorsitzende der Slowakischen Nationalpartei sogar die Gefahr baldiger kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen der Slowakei und Ungarn heraufziehen sah.

Letzterer sorgte für im Oktober des Jahres für weitere Schlagzeilen, indem er ankündigte, die „Slowakischen Nationalpartei“ wolle einen Versuch unternehmen ein Verbot der oppositionellen „Partei der ungarischen Koalition“ zu erwirken, ein Akt der nicht nur wegen des Wegfalls des „Feindbildes“ für die Partei von Slota jeglicher Grundlage entbehrt, sondern auch weil er sich der slowakischen Verfassung nicht entnehmen und somit politisch nicht durchsetzen lässt.<sup>146</sup>

Einen neu entfachten Konflikt bildeten diesmal aber nicht die von Csáky erhobenen Forderungen nach einer Autonomie für die slowakischen Ungarn die „durch ein Gesetz die garantierte Selbstverwaltung für die ungarische Minderheit im Bereich Schulwesen,

---

<sup>145</sup> [Volksgruppen.ORE.at](http://volksgruppen.ORE.at) Kroaten& Ungarn: Szili: Bedenken gegen Sprachgesetz, in: <http://volksgruppen.orf.at/kroatenungarn/aktuell/stories/98100/>, (am 28. 1. 2010)

<sup>146</sup> Gehring Hubert, Thanei Christoph: Nationalitätenkonflikt mit Ungarn wirbelt slowakische Parteipolitik auf. in: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_17894-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_17894-544-1-30.pdf) (am 28.1. 2010) S. 2



Kultur und Gebrauch der Sprache“ gewährleistet werden sollen.<sup>147</sup>

Vielmehr war der von Slota angeführte Anlass, mit dem er sogar den Tatbestand des „Hochverrats“ erfüllt sehen will und der auch gemäßigte Politiker und Medien in der Slowakei empörte, die wiederholte Teilnahme der Vertreter der „Partei der ungarischen Koalition“ an dem vom ungarischen Parlament gegründeten „Forum der Abgeordneten des Karpatenbeckens“, welches als ständige Einrichtung des ungarischen Parlaments, die Parlamentarier Ungarns, mit den Parlamentariern ungarischer Nationalität aus den Nachbarländern vereinigt.<sup>148</sup> Denn damit entstand in der breiten slowakischen Öffentlichkeit der Eindruck, die ins slowakische Parlament gewählten Abgeordneten würden ihre Aktivitäten nicht vorbehaltlos im Interesse ihres Heimat-, sondern eines fremden Staates stellen, da ein solches Tun einer Unterordnung der Loyalitätspflicht gegenüber dem eigenen Staat unter die Interessen des Nachbarlandes gleichkommt.

Premier Fico hat deshalb konsequenterweise besagte Vorgänge als eine „Entwürdigung des slowakischen Parlaments eingestuft und sich damit als Alternative zur „Slowakischen Nationalpartei“ zum Verteidiger der nationalen Interessen aufgeschwungen, die „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ reihte sich im Oktober mit einer eigenen Initiative für ein Verbot dieser ungarischen Partei in die Regierungskoalition mit ein, die beiden anderen Oppositionsparteien hingegen, nahmen den einstigen Koalitionspartner überhaupt nicht in Schutz und äußerten diesmal sogar leise Kritik.<sup>149</sup>

Die Gründe hierfür sind parteipolitisch einzuordnen. Ein dreiviertel Jahr vor den anstehenden Parlamentswahlen, mag keine Partei die nationalistische Wählerschaft komplett der Partei von Slota überlassen und auf der anderen Seite hat sich durch den Abgang von Parteimitbegründer Bugár und der Amtsübernahme von Csáky als Vorsitzendem, die „Partei der ungarischen Koalition“ allmählich radikalisiert, indem sie sich auf heikle „nationale“ Themen fokussiert hat. Dies unter anderem deswegen, weil sie sich von der auf Initiative von Bugár neu gegründeten Partei „Most- Híd“, die sich als gemäßigte Alternative zur „Partei der ungarischen Koalition“ sieht und neben der ungarischen, auch die slowakischen Wähler anlocken will, zu profilieren versucht.

---

<sup>147</sup> [Volksgruppen .ORF.at](http://volksgruppen.orf.at/kroatenungarn/autonomie-fuer-slowakische-ungarn) Kroaten& Ungarn: Autonomie für slowakische Ungarn. in: <http://volksgruppen.orf.at/kroatenungarn/aktuell/stories/94836/> (am 28.1.2010)

<sup>148</sup> Gehring Hubert, Thanei Christoph: Nationalitätenkonflikt mit Ungarn wirbelt slowakische Parteipolitik auf. in: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_17894-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_17894-544-1-30.pdf) (am 28.1. 2010) S. 2

<sup>149</sup> Gehring Hubert, Thanei Christoph: Nationalitätenkonflikt mit Ungarn wirbelt slowakische Parteipolitik auf. in: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_17894-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_17894-544-1-30.pdf) (am 28.1. 2010) S. S.2

Den bis dato wohl aber international am meisten Aufsehen erregenden Vorfall, hat der Ende August angekündigte „Privatbesuch“ des ungarischen Präsidenten Sólyom, verursacht. Der, auf Einladung des ungarischsprachigen Bürgermeisters von Komárno, ausgerechnet am Jahrestag der Warschauer -Pakt- Invasion und ohne die Beteiligung eines offiziellen slowakischen Staatsvertreters, das Reiterstandbild des ungarischen Nationalheiligen und Staatsgründers Stephan I. in einer feierlichen Zeremonie enthüllen sollte, was die Regierung als eine Provokation ansah. Nach erfolgloser Erklärung zur „persona non grata“, wurde dem ungarischen Präsidenten an der Staatsgrenze die Einreise per diplomatischer Note verweigert.

Dieser Vorgang entwickelte sich zum größten diplomatischen Skandal in der jüngsten Geschichte beider Länder, da die Empörung darüber von der ungarischen Regierung im Rahmen der internationalen Gemeinschaft, auch an die Institutionen der Europäischen Union weitergereicht wurde, ebenso wie das die „Partei der ungarischen Koalition“ bezüglich des Sprachgesetzes dort bereits erfolglos versucht hat und nun einen neuen Versuch sogar vor dem US- Kongress startet.

Das Jahr 2010 wird umso spannender, als in beiden Ländern Parlamentswahlen anstehen, die über den weiteren Verlauf der slowakisch- ungarischen Nationalitätskonflikte wohl in erheblichem Maße entscheidend sein werden....

## ***F. Resümee***

Als Resümee lässt sich konstatieren, dass es sich bei der Nationenwerdung der Slowakei um einen langwierigen Prozess handelte, bei dem die Entwicklung in mehrere Epochen auseinanderfällt.

Die erste, gegen Ende des 18. und Anfänge des 19. Jahrhunderts, hängt mit der Schaffung einer eigenen Schriftsprache zusammen, die erst ein slowakisches Nationalbewusstsein hat entstehen lassen.

Die zweite Epoche, von der Mitte des 19. bis Anfang des 20. Jahrhunderts, ist geprägt von der Sehnsucht nach Abschüttung der ungarischen Fremdherrschaft und der Anerkennung als eine Nation, wobei es durchaus starke Strömungen gibt, die ein Zusammengehen mit den Tschechen anstreben. Eine weitere Epoche in der Geschichte

der Slowaken, bildet die Entstehung eines eigenen Staates, allerdings zunächst mit den vermeintlichen „Volksbrüdern“ den Tschechen, die sich in der Beziehung zu den Slowaken als überaus dominant erweisen, so dass auf slowaksicher Seite sich eine Unzufriedenheit breitmacht.

Die Freude über die Unabhängigkeit der Slowakei unter Tiso wiederum, hielt sich in Grenzen, zumal sich die Slowaken schnell bewusst werden, dass die territoriale Unabhängigkeit auf Kosten der politischen erkaufte wurde. Mit der Fortführung der tschechoslowakischen Republik war schließlich die letzte gemeinsame Epoche eingeläutet, es blieb bei den Grund nach altbekannten Problemen, die nur abgemildert und vom Realsozialismus übertüncht waren. Mit dem Zusammenbruch des Systems, entflammten bei den Slowaken wieder die Sehnsüchte sich dem fremden Diktat zu entziehen.

Im Zuge der nationalen Emanzipation nutzten Einzelne die Gunst der Stunde, um den Traum einer territorial und politisch unabhängigen Slowakei zu verwirklichen. Diese Zäsur in der Geschichte der Slowakei bedeutet nicht nur in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht eine Herausforderung, sondern vor allem in politischer, zumal die ungarische Minderheit im Lande ein Konfliktpotential birgt, das sich zunehmend auf die internationale Bühne verlagert.

## ***G. Literaturverzeichnis***

**Bohmann** Alfred: Menschen und Grenzen. Bevölkerung und Nationalitäten in der Tschechoslowakei. Köln. 1975.

**Brockhaus-** Enzyklopädie. 19. Aufl. Bd. 15. Mannheim. 1988

**Brockhaus-** Enzyklopädie. 19. Aufl. Bd. 23. Mannheim. 1989

**Feith** Peter: Steueroase Slowakei. Wien. 2005.

**Grigorij** Mesežnikov: Vnútropolitický vývoj a systém politických strán, in: Kollár Miroslav, Mesežnikov Gregorij: Slovensko 2003. Súhrná Správa O Stave Spoločnosti. Bratislava. 2003.

**Grigorij** Mesežnikov: Vnútropolitický vývoj a systém politických strán, in: Kollár Miroslav, Mesežnikov Gregorij, Bútora Martin: Slovensko 2005. Súhrná Správa O Stave Spoločnosti. Bratislava. 2005.

**Grigorij** Mesežnikov: Vnútropolitický vývoj a systém politických strán, in: Kollár Miroslav, Mesežnikov Gregorij, Bútora Martin: Slovensko 2006. Súhrná Správa O Stave Spoločnosti. Bratislava. 2006.

**Grigorij** Mesežnikov: Vnútropolitický vývoj a systém politických strán, in: Kollár Miroslav, Mesežnikov Gregorij, Bútora Martin: Slovensko 2007. Súhrná Správa O Stave Spoločnosti. Bratislava. 2007.

**Grigorij** Mesežnikov: Vnútropolitický vývoj a systém politických strán, in: Kollár Miroslav, Mesežnikov Gregorij, Bútora Martin: Slovensko 2008. Súhrná Správa O Stave Spoločnosti. Bratislava. 2008.

**Hejzlar** Zdenek: Reformkommunismus. Zur Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Köln, Frankfurt am Main. 1976.

**Heller** Hermann in Heckmann Friedrich: Ethnische Minderheiten, Volk und Nation-Soziologie inter- ethnischer Beziehungen. Stuttgart. 1992

**Hobsbawm** Eric: Nationen und Nationalismus- Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt am Main. 1991.

**Hoensch** Jörg: Studia Slovaca. Studien zur Geschichte der Slowaken und der Slowakei.(Hg.: Lemberg Hans und andere). München. 2000.

**Hoensch** K. Jörg: Geschichte der Tschechoslowakei. 3.Aufl. Stuttgart, Berlin, Köln. 1992.

**Hroch** Miroslav in Kellas James G.: The Politics of Nationalism and Ethnicity. London 1996.

**Jičínský** Zdenek: Das Scheitern der tschechoslowakischen Föderation, in: Kipke Rüdiger, Vodička Karel: Abschied von der Tschechoslowakei. Köln. 1993.

**Junkers** Stephanie: Ethnische Konflikte und Staatenteilung am Beispiel der Tschechoslowakei. Marburg. 2001.

**Kipke** Rüdiger: Das politische System der Slowakei, in: Ismayr Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen. 2004

**Krejčí** Jaroslav: Sozialdemokratie und Systemwandel. Hundert Jahre tschechoslowakische Erfahrung. Berlin, Bonn. 1978.

**Lemberg** Eugen in: Alter Peter: Nationalismus. Frankfurt am Main. 1990.

**Longin** Martina: Abbruch- Umbruch- Aufbruch. Der Tschechoslowakische Transformationsprozess aus Historischer Sicht. Wien. 1995.

**Mauritz** Markus: Tschechien. (Hg.: Glassl Horst, Völkl Ekkehard) Regensburg, München. 2002.

**Merschitz** Peter: Der Transformationsprozesse der Slowakei. Wien. 2005.

**Mlynárik** Ján: Geschichte der tschechisch-slowakischen Beziehungen, in: Kipke Rüdiger, Vodička Karel: Abschied von der Tschechoslowakei. Köln. 1993.

**Predavovich** von Nikolaus: Die Tschechoslowakei 1918-1992. Der Staat, den nur die Tschechen wollten. Berg am Starnberger See. 1993.

**Rasek** Marion: Das Nationale Erwachen und die Nationwerdung der Slowakei. Der Weg zur Staatscheidung auf Tschechoslowakisch. Wien. 1994.

**Riedl** Manfred: Das Ende des Tschechoslowakismus. Von der „sanften Revolution“ zur Staatsauflösung, in: Deutsche Geschichte. Die Tschechoslowakei. Das Ende einer Fehlkonstruktion. (Hg.: Eibicht Rolf- Josef und andere) 2. Aufl. Berg. 1993.

**Schönfeld** Roland: Slowakei. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. (Hg.: Glassl Horst, Völkl Ekkehard) Regensburg, München. 2000

**Sinzinger** Marc: Die Transformation und die demokratische Konsolidierung der Slowakei. Wien. 2002.

**Slimáková** Dušana: Der Entwicklungsprozess und die ungleiche regionale Entwicklung in der Slowakei. Wien. 2007.

**Wensauer** Caroline- Robertson: Slowakei: Gesellschaft im Aufbruch: Nation-Kultur-Wirtschaft. Baden- Baden. 1999.

**Zeitlberger** Otto: Von der ČSSR zur ČSFR. Vom Traum zur Wirklichkeit. Wien. 1991.

## **Internetquellen:**

**Christoph** Thanei: Slowakei in: Internationale Brennpunkte. Nr. 161/2006, in:  
[http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_9081-544-1-30.pdf?080708122814](http://www.kas.de/wf/doc/kas_9081-544-1-30.pdf?080708122814) (am 27. 1. 2010)

**Gehring** Hubert: Slowakei: Spannungen mit Ungarn, in:  
[http://www.kas.de/proj/home/pub/15/1/year-2008/dokument\\_id-15120/index.html](http://www.kas.de/proj/home/pub/15/1/year-2008/dokument_id-15120/index.html) (am 27. 1. 2010)

**Gehring** Hubert, Thanei Christoph: Nationalitätenkonflikt mit Ungarn wirbelt slowakische Parteipolitik auf, in: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_17894-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_17894-544-1-30.pdf) (am 28.1. 2010)

[Volksgruppen.ORF.at](http://volksgruppen.orf.at) Kroaten& Ungarn: Smer ab 2009 SPE- Vollmitglied? in: <http://volksgruppen.orf.at/kroatenungarn/aktuell/stories/80188/> ( am 27. 1. 2010)

[Volksgruppen .ORF.at](http://volksgruppen.orf.at) Kroaten& Ungarn: Autonomie für slowakische Ungarn, in: <http://volksgruppen.orf.at/kroatenungarn/aktuell/stories/94836/> (am 28.1.2010)

[Volksgruppen.ORF.at](http://volksgruppen.orf.at) Kroaten& Ungarn: Szili: Bedenken gegen Sprachgesetz, in: <http://volksgruppen.orf.at/kroatenungarn/aktuell/stories/98100/>, (am 28. 1. 2010)

## ***H. Anhang***

### ***1. Abstract:***

Diese Arbeit setzt sich mit der langwierigen Nationenwerdung der Slowakei und als Folge der Sezession auseinander. Einleitend wird versucht den Begriff der Nationenwerdung, sowie die damit unmittelbar zusammenhängenden Begriffe zu klären um dann in medias res einzusteigen.

Die Nationenwerdung setzt bei der Entwicklung des slowakischen Nationalbewusstseins gegen Ende des 18. Jahrhunderts mit der Entwicklung einer eigenen Schriftsprache ein. Die Etablierung der slowakischen Sprache und Kultur erweist sich aber als überaus schwierig, da das Gebiet der heutigen Slowakei seit Jahrhunderten dem Königreich Ungarn einverleibt ist, die Magyarisierung sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts steigert und so den Slowaken kaum Raum zur Entfaltung bietet.

Erst nach dem Zusammenbruch der Fremdherrschaft als Folge des I. Weltkriegs nützen die Tschechoslowakisten die Gunst der Stunde, um einen gemeinsamen Staat der Tschechen und Slowaken zu errichten. Im neuen Staat, dominieren die Tschechen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens, was zu erheblichen Spannungen zwischen beiden Völkern führt. Mit der Zerschlagung dieses geschwächten Staates durch Hitlerdeutschland kommt es zur Gründung der ersten Slowakischen Republik. Infolge des nationalsozialistischen Diktats und seiner slowakischen Auswüchse, kommt es zu einem Nationalaufstand, der aber fehlschlägt, so dass die Slowakei erst von den Sowjets befreit wird.

Nach Kriegsende entsteht wieder die tschechoslowakische Republik, die allmählich vom Kommunismus durchdrungen, zu einer realsozialistischen Republik mutiert, in der für slowakischen Nationalismus kein Platz mehr übrigbleibt. Das Aufbegehren der Slowaken während des Prager Frühlings wird durch den rigorosen Prager Zentralismus wieder zunichte gemacht, ehe es durch außen- und innenpolitische Umwälzungen auch in der Tschechoslowakei zum Fall des Sozialismus kommt.

Im Freudentaumel über die neu gewonnene Freiheit, gründen die Tschechen und Slowaken abermals einen gemeinsamen Staat, in dem die Slowaken aber in Anbetracht der Lehren der Vergangenheit eine politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich gleichbedeutende Rolle einzunehmen versuchen. Als dies in der Transformationsphase



nicht so wie gewünscht gelingt, kommt es zu einer friedlichen Sezession und am 1. Januar 1993 konstituiert sich die Slowakische Republik, die erstmals in der Geschichte der Slowaken, diesen eine völlige Selbstbestimmung garantiert. Der neue Staat steht aber vor einer ganzen Reihe von Herausforderungen, während er die wirtschaftliche und gesellschaftliche bereits mehr oder weniger zufriedenstellend gemeistert hat, erweist sich sie sich unter dem Aspekt bis dato zuweilen schwierig, zumal die slowakisch- ungarischen Nationalitätenkonflikte zunehmend an Internationalisierung gewinnen.

## **2. Lebenslauf:**

Name:	Stastny Ronald
Geburtsdatum:	13.6.1972
Wohnort:	Wien
Eltern:	Olga und Dr. Jan Stastny
Familienstand:	ledig

## **Ausbildung:**

1979- 1981	Volksschule, Lučenec (SK)
1981- 1982	Grundschule, Waldbröl
1982- 1983	Grundschule, Hutthurm
1983- 1994	Gymnasium Leopoldinum, Passau
1994- 1995	Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Nürnberg
1995- 1997	Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Würzburg
1997- 2000	Studium der Rechtswissenschaften an der Universität zu Köln
2003- 2005	Studium der Slawistik an der Universität Wien
2003- 2010	Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien